

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 5. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Diesterweg oder Kopsch?

Wir erwähnten vor einigen Tagen eine Äußerung des bekannten tüchtigsten Pädagogen und Schulpolitikers Diesterweg aus dem Jahre 1849, die mit den schärfsten Worten die öffentliche Abstimmlung bei den preussischen Landtagswahlen geißelt und als einzigen Ausweg für einen charaktervollen Beamten die Stimmenthaltung proklamiert. Die „Freisinnige Zeitung“ scheint zu fürchten, daß diese Mahnung Diesterwegs auch bei den bevorstehenden Wahlen hier und da auf guten Boden fallen und damit den freisinnig-konservativen Blockkandidaten einige Stimmen entziehen könnte. Sie hat deshalb den großen Schulpolitiker des Blocks, Herrn Kopsch, oder einen seiner kongenialen Kollegen beauftragt, gegen den toten Diesterweg und seine Landtagswahltaktik zu Felde zu ziehen, wobei das im Besonderen der Kräfte von Volksmännern nicht unerfahrene Blatt auch Diesterwegs Andenken gewissenlos beschmutzt.

Diesterweg oder Kopsch? So steht die Frage für die preussischen Volksschullehrer. Auf den ersten Blick hat Rektor Kopsch viel vor Diesterweg voraus. Kopsch ist Landtagsabgeordneter (sogar auch noch Reichstagsabgeordneter) und daneben wohlbestallter Schulbeamter. Diesterweg war zwar auch Landtagsabgeordneter; aber er war es nur geworden, weil er einige Jahre zuvor wegen seiner demokratischen Rücksichtslosigkeit aus dem Amte eines Berliner Seminarleiters gejagt worden war. Herr Kopsch ist ein guter Freund des obersten Staats- und Reichsbeamten; Diesterweg genoss bei den Ministern nicht nur keine Freundschaft, sondern sie hassten und fürchteten ihn wegen seiner barschen Geradheit und Volkstümlichkeit. Wer also ein Erfolgsglückler ist, und wer mit hoffnungsvollem Ausblick nach oben immer strebend sich bemüht, wird sich sicher für den erfolgreichen Herrn Kopsch entscheiden.

Doch bei genauerem Zusehen findet man auch bei Diesterweg einige Vorzüge. Vor allem hatte dieser Mann Grundsätze. Es waren die guten alten liberalen Grundsätze, die die traurigen Epigonen des Liberalismus seitdem gewissenlos verschleudert und schließlich durch den Schmutz der Gasse gezogen haben. Und diese Grundsätze vertrat Diesterweg mit der ihm eigenen anfeuernden Beredsamkeit. Man höre einige seiner Forderungen:

1. Keine Beschränkung der Denk- und Glaubensfreiheit. — Zwar kann man dem Menschen nicht verbieten oder dem Verbot keine Folge geben, daß der Mensch dies oder jenes nicht glaube oder denke, weil es ein innerer, unerschütterlicher Prozess ist; aber man kann den Menschen, besonders den noch unselbständigen, einschüchtern, ihn gegen den freien Denkprozess Wüsttrauen einflößen und ihn mit göttlichen Strafen bedrohen. Dieses sind allbekannte, aber Mittel der verderblichsten Art; sie hemmen die Grundursache aller freien Entwicklung und Tätigkeit.

2. Keine Beschränkung der Sprechfreiheit, werde dieselbe mündlich oder durch die Presse ausgeübt. — Also vollkommene Meinungsäußerung für einen jeden und zwar über alles ohne Ausnahme, versteht sich, daß dadurch kein anderer in seinen Rechten gekränkt wird. Keiner aber hat das Recht, darüber zu klagen, daß Meinungen geäußert werden, die den feinsten widersprechen. Die Kritik vor allem und jedem (ohne persönliche Verleumdung anderer) muß total frei sein. Kein Mitglied der Gesellschaft, keine Korporation, ja die gesamte Staatsgesellschaft hat nicht das Recht, irgend eine Beschränkung der freiesten Äußerung festzusetzen. An sie ist die freie Entwicklung, das tiefste Urrecht des Menschen, gebunden. Ohne die Befreiung dieses Urrechts gibt es keine Denkfreiheit, keine Entwicklungsfreiheit, folglich keine Freiheit überhaupt.

3. Keine Beschränkung der Willensfreiheit als die durch das allgemeine Staatsgesetz, welches die Rechte aller in gleichem Maße schützt, vorgesehene. Was nicht (zum Schutze der gleichen Rechte aller) verboten ist, ist erlaubt. Nach diesen Grundsätzen ist daher aufs gewissenhafteste zu vermeiden:

- a) jede, die freie Entwicklung der Jugend hemmende Einwirkung auf sie;
- b) aller die Dententwicklung und Denkfreiheit der Jugend beeinträchtigende Zwang, sei er moralischer oder physischer Art...
- c) jede Anrechnung der freien Meinungsäußerung;
- d) jede Vorteilszuwendung oder Bevorzugung wegen des Bekenntnisses zu diesem oder jenem. Kein staatsbürgerliches Recht darf an irgendeine Meinung, ein Bekenntnis, die Zugehörigkeit zu dieser oder jener, zu irgend einer Kirche, zu dieser oder jener politischen Meinung geknüpft werden. Denn solche Einrichtungen hemmen die freie Entwicklung des Einzelnen und des Volkes.

Dieses sind einige der Grundgesetze jeder freien Gesellschaftsorganisation. ... Je mehr einer jede Abweichung von dieser Norm, jede Art der Bevengung empfindet, desto edler ist seine Natur. Der an die Fessel gewöhnte Sklave empfindet die Fessel nicht, des Schwächlings Natur reagiert dagegen nicht, weil sie Sklaven und Schwächlinge sind. Die edelste Natur empfindet den Druck am stärksten. ... Wer irgend eine durch jene Bevengung gerechtfertigte Bevengung nicht empfindet, nicht stark und tief empfindet, ist eine unfreie, eine sklavische, eine gemeine Natur... eine Hundennatur fühlt die Kette nicht, wenn sie sich nur aus vollen Schüsseln satt fressen kann.

So sprach ein echter liberal-demokratischer Mann im Jahre 1853 unter dem Druck der Anterrevolution. Wie weit haben wir demgegenüber die Liberalen von heute unter der glorreichen

Führung von Kopsch und Konforten gebracht! Wie werden sie höhnen über jenen schwärmerischen Phantasten aus dem Jahre 1853, sie, die in ihrer jüngsten gesetzgeberischen Prachtleistung des Vereinsgesetzes strupellos gegen die Denk- und Glaubensfreiheit, gegen die Sprachfreiheit und gegen die Willensfreiheit verstoßen, ja, die sich und anderen sogar die erbärmlichen Fesseln geschmiegelt haben, unter denen sich nach Diesterweg nur slavische und gemeine Naturen wohl fühlen.

Aber Diesterweg kannte damals schon seine Pappenheimer; er hatte den Kopsch und Konforten seiner Zeit ins innerste Herz geschaut, und er hat — wenigstens im Freundeskreise — kein Hehl daraus gemacht, wie er über diese Sorte Zeitgenossen dachte. Wer sich näher darüber informieren will, dem empfehlen wir das Studium der vor einigen Monaten erschienenen „Briege Diesterwegs“, die jedem blodstrommen Volksschullehrer unserer Lage die Schamröthe ins Gesicht treiben muß über den Abstand, der ihn in bezug auf Charakterfestigkeit, Tapferkeit und eheliches Wollen für die Freiheit der Schule und des Volkes von einem Manne wie Diesterweg trennt. Wer sich aber noch nicht mit Haut und Haaren der forumpierenden Blodpolitik, dem widerslichen Fasten nach zweideutigen Augenblinderfolgen verschrieben hat, wird in der Lesüre der Diesterwegischen Briege mannigfache Stärkung seines Selbst finden. Mit Sammetpfötchen saßt Diesterweg darin freilich weder Freund noch Feind an. „Zu leisem Auftreten ist die Zeit nicht angetan. Daß ja die Freiheit unserer Gegner den höchsten Grad erreicht“, schreibt er an Hoffmann in Hamburg. Und darum wettet er mit Donnerworten gegen die Schlafmüdigkeit und Hundedemut der Lehrer. „Legen Sie es auf eine erregende Ansprache unserer schläfrigen pedantischen Lehrerverwelt an! Es ist entsetzlich, daß die meisten im deutschen Pflanzgarten untergehen“, so heißt es in einem Briefe an seinen tapferen Gesinnungsgenossen Wander. Und in seinem Aerger über die vor Junter und Pfaff zusammenknäuelnden Schulmeister gefiecht er seinem Zuseherfreund Heuser: „Ich begreife jetzt, daß es menschenmöglich war, zu wünschen, daß der letzte Aristokrat an dem Darm des letzten Pfaffen aufgeklopft würde.“

Daß er bei solcher Gesinnung nicht auf Rosen wandelte, konnte Diesterweg nicht von seinem Wege abbringen. Er wußte es wohl: „Zu allen Zeiten haben die Mächtigen die belohnt, die ihnen schmeichelten, ihrer Herrschaft Vorhub leisteten. Wer für die Entwicklung von unten auf kämpfte, ist immer gehaßt worden.“ Aber: „Die demokratischen Ideen, d. h. die Gesinnung für das Volk vertreten sich trotz alledem. Wie ein aus dem Volke hervorgegangener, für das Volk wirkender Mann, d. h. ein Lehrer, andere Gesinnung haben kann, werde ich nie begreifen.“

Herr Kopsch und seine Spießgesellen im Block haben es längst begriffen. Und nun wähle man zwischen Diesterweg und Kopsch!

## Leistungen des preussischen Staates für die Kirche.

Trennung der Kirche vom Staat ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Daß die Geistesfreiheit nichts davon wissen will, ist menschlich begreiflich, denn sie hat noch immer gefunden, daß es sich an der Staatskrippe weit wohler sein läßt, als wenn man lediglich auf die Opferwilligkeit der Gemeindeglieder angewiesen wäre. Der preussische Staat läßt sich in dieser Hinsicht nicht lumpen, denn er weiß nur zu gut, was er von einer stets willfährigen Geistlichkeit hat.

Preußen zahlt dem Konfistorialpräsidenten in Berlin 12 000 M. Gehalt, seinem Kollegen in Hannover 11 000 M. Die Konfistorialdirektoren in Königsberg, Danzig, Stettin, Posen, Breslau, Magdeburg, Münster, Koblenz, Kiel, Hannover und Kassel streichen je 10 500 M. ein, ihre Kollegen in Wiesbaden und Aachen müssen mit je 9 000 M. zufrieden sein. 17 Generalsuperintendenten beziehen je 10 000 M. Gehalt pro Jahr, fünf andere je 7 200 M., einer, der seine Stellung im Nebenamt vertreibt, bekommt dafür einen Zuschuß von 2 400 Mark. 51 Konfistorialräte beziehen 4 200 bis 7 200 M. Gehalt, einige davon auch noch 900 M. Zulage. 36 Räte sind im Nebenamt tätig, sie erhalten für diese gewiß sehr anstrengende Tätigkeit Zulagen von 600 bis 1 500 M. Außerdem haben ein Konfistorialdirektor und ein Generalsuperintendent auch noch freie Dienstwohnung. 9 Sekretäre bekommen 1 800 bis 4 800 M., 80 Kanzleidiener 1 000—1 500 M. Gehalt. Die Wohnungsgeldzuschüsse belaufen sich auf 133 392 M. Für die Dienstverrichtungen bekommen die Generalsuperintendenten noch extra eine Dienstauswärtigkeit, die mit den Reiseflohen 96 835 M. verschlingt. Dann findet sich im Etat noch eine weitere Ausgabe für Tagelöhner und Reiseflohen in Höhe von 47 350 M. Die evangelischen Konfistoren allein kosten dem preussischen Staat im Jahre 1903 die läbliche Summe von 1 612 101,40 M.

Damit ist aber die staatliche Fürsorge für die Kirche nicht erschöpft. Für ihre Geistlichen und Kirchen erhalten die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Rheinprovinz und Sigmaringen 1 602 100,16 M. Zuschuß; die Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-

Rassau beziehen 477 561,12 M. Zuschuß. Insgesamt erhält die evangelische Kirche in Preußen aus den Taschen der Steuerzahler 3 691 762,68 M.

Wenn der Staat die Geistesfreiheit so reich bedenkt, dann darf er die Geisteslosen nicht etwa zurücksetzen. An die katholischen Bischöfe werden Pauschalen bezahlt. Es erhalten: Bistum Ermland 105 240,10 M.; Bistum Kulm 99 183,43 M.; Bistum Gnesen und Posen 210 406,36 M.; Bistum Breslau 162 612,46 M.; Bistum Hildesheim 47 891,19 M.; Bistum Danabrück 31 841,22 M.; Bistum Münster 100 071 M.; Bistum Baderborn 115 068,10 M.; Bistum Fulda 63 068,50 M.; Bistum Limburg a. d. Lahn 36 124,60 M.; Bistum Köln 177 123,04 M.; Bistum Trier 97 924,42 M.; Bistum Freiburg 274,20 M.

Personliche Zuschüsse zur Erhöhung der Gehälter der Bischöfe von Hildesheim, Osnabrück und Fulda, für Reisen der Bischöfe und zur besseren Bezahlung der Domherren leistet Preußen 216 247,60 M. Den einzelnen Diözesanverwaltungen werden 195 841 M. an Zuschüssen überwiesen. Für Befoldungen und Zuschüsse an Geistliche werden 1 391 980,51 M. gegeben. Die Mitschulden erhalten 48 000 M. Die Katholiken erhalten sonach in einem Jahr 3 109 352,91 M. Rechnet man die Aufwendungen für die evangelische Kirche im Betrag von 3 691 762,68 M. hinzu, so ergibt sich: die preussischen Steuerzahler müssen im Jahre 1903 für kirchliche Zwecke das ansehnliche Summen von 6 801 115,59 M. aufwenden.

Zu diesen Kosten müssen auch jene Steuerzahler mit beitragen, die der Kirche den Rücken gekehrt, oder ihr überhaupt nie angehört haben. Es ist zu verstehen, daß die so reichlich bedachten Arbeiter und Arbeiter im Weinberg des Herrn gar kein Interesse daran haben, diesen Zustand geändert zu sehen. Für sie hat der Staat stets eine offene Hand und der kommende Landtag soll ja eine allgemeine Erhöhung der Gehälter der Geistlichen bringen. Das genügt Ohr, das Regierung und Parlament stets für die Wünsche der Geistlichkeit haben, steht in lebhaftem Kontrast zu der Hartnäckigkeit, die sich demerkbar macht, wenn es sich um eine Verbesserung der Verhältnisse der staatlichen Proletarier handelt.

Wir bekämpfen es grundsätzlich, daß der Staat Ausgaben für die Kirche macht, denn er verwendet damit Gelder Andersgläubiger zu Zwecken, mit denen diese nicht einverstanden sein können. Anstellung und Befoldungen der Geistlichen sollen den privaten Kirchengemeinden überlassen bleiben. Dann ist der Geistliche ein freier Mann, denn er ist nur von seiner Gemeinde, nicht mehr aber von den staatlichen Organen abhängig. Allerdings will die Geistlichkeit von dieser Freiheit nichts wissen, der Rückhalt, den die Staatskrippe gewährt, ist entschieden angenehmer. Die oben geschilderte Art der Verwendung der Gelder der Steuerzahler verdient bei der jetzigen Wahlagitacion ganz besonders mitbetont zu werden!

## Der Kampf um den deutschen Arbeiter.

Unter dieser bezeichnenden Ueberschrift bringt die „Königliche Zeitung“ einen Artikel, der die Frage erörtert, woher es kommt, daß die Bemühungen auf bürgerlicher Seite, die Arbeiter zu gewinnen, samt und sonders fehlschlagen. Die Arbeiterkassette, heißt es da, nehme mit der sich ausbreitenden Industrie von Jahr zu Jahr zu, sie gewinne dadurch an politischem Gewicht; das wählten alle Parteien, die „staatsbehaltenden“ wie die sogenannten staatsgefährlichen. Dann heißt es:

„Während es nun derjenigen Partei, die behauptet, die Arbeiterinteressen am richtigsten und am intensivsten zu vertreten, gelungen ist, durch eine bewunderungswürdige Organisation sich die breiten Massen der Arbeiter dienstbar zu machen und sie anstatt mit einem gefunden Gemeingefühl mit einseitigem Massenbewußtsein, anstatt mit geheimer nationaler Politik mit Klößen zu erfüllen, müssen fast alle übrigen Parteien zusehen, daß sie bei der Gewinnung der Arbeiter keine oder doch nur geringfügige Erfolge erzielt haben. Weder die christlich-soziale, noch die national-soziale Bewegung, die in erster Linie unter Akademikern ihre Anhänger hat, können sich rühmen, Einfluß auf die Massen der Arbeiter gewonnen zu haben. Nicht besser ist es den christlichen Gewerkschaften ergangen, die trotz ihrer beträchtlichen Mitgliederzahl der ungeheuren Front der freien Gewerkschaften gegenüber machtlos sind.“

Man habe sich doch, so meint das Blatt weiter, Mühe genug gegeben, die Arbeiter aufzuklären, sie von der Verantwortlichkeit sozialdemokratischer Ideen und den Vorzügen einer nationalen Politik zu überzeugen. Aber vielleicht habe man es nicht verstanden, sich in das Denken des Arbeiters hineinzuleben; vielleicht auch habe der Arbeiter bei alledem das Gefühl, daß er „nur gewertet“ wird, wenn politische oder kommunale Wahlen bevorstehen, und daß er bei diesen Wahlen obendrein für Zwecke gebraucht werden soll, die er nicht ganz als die seinen empfindet. Es mag aber selbst den „bravsten“ Arbeiter auf die Dauer unwillig, wenn man ihn nur in Wahlzeiten lenkt, sich sonst aber nicht um ihn kümmert.“ Auch der Versuch, durch sogenannte Volksunterhaltungsabende Einfluß auf die Massen der Arbeiter zu gewinnen, sei nicht glücklich; es habe sich herausgestellt, daß derartige Veranstaltungen von allen Schichten der Bevölkerung am wenigsten aber von Arbeitern besucht würden. Das liege vielleicht daran, daß der Arbeiter merkte: auch an diesen Volksunterhaltungsabenden will man etwas von mir! Wer aber etwas von der Arbeiterbevölkerung gewinnen wolle, müsse von vornherein aufgeben, etwas von ihr zu wollen, sie befehlen oder erziehen oder sie gar vor den Wagen einer politischen Partei spannen zu wollen.

Als Beispiel wie man es machen müsse, führt die „Rheinische Zeitung“ die Volksunterhaltungsabende an, die der Fabrikant Jahn in Bieren (Niederrhein) seit mehreren Jahren veranstaltet. Das Programm zerfällt in einen ästhetischen Teil musikalischer und bellamatorischer Art, und in einen belehrenden Teil mit Behandlung praktischer gemeinnütziger Fragen; die Karten würden durch Meister und bekanntere Arbeiter unter der Industriebehörden verteilt. Durch eine solche Verbindung ästhetischer und praktischer Darbietungen, so meint das rheinische Blatt, könnten auch in anderen Industriebezirken Erfolge erzielt werden, wenn die Veranstalter von vornherein selbstlos darauf verzichten, durch Aufführung beeinflusst zu werden und wenn die Abende, besonders die Vorträge, so angelegt werden, daß der Arbeiter das Gefühl hat: „Hier bin ich nicht als politischer Wähler, sondern als Mensch gemeint.“

Mit anderen Worten: die bürgerlichen Parteien sollen den „Kampf um den Arbeiter“ so führen, daß der Arbeiter nicht merkt, daß er das Kampfbild ist. Denn selbstverständlich bemühen sich die Herren Fabrikanten und die Politiker der „staatsbehaltenden“ Parteien um den Arbeiter nicht um dessen schöner Augen willen; gehen sie nicht auf den Arbeiterfang im ausgeprochenen Dienste einer bestimmten Partei, dann zielen ihre Bemühungen doch mindestens darauf hin, den Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Nur fragt sich, ob das, was in einem ultramontanen Fabrikbühnen, wo die Sozialdemokratie ohnehin noch kaum in Betracht kommt, möglich ist, sich auch für größere Orte empfiehlt, wo die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien ebenbürtig oder überlegen ist. Der Arbeiter von heute ist doch nicht mehr so geartet, daß er sich durch Volksunterhaltungsabende, auch wenn sie noch so schön angelegt sind, von der Erkenntnis seiner Klassenlage abhalten ließe.

## Englische Kolonialverlegenheiten.

Die letzten Kämpfe gegen die Mohmands sind nur das Vorbild für Schlimmeres gewesen. Heute gewinnt in London die Ueberzeugung immer mehr Raum, daß es sich um nichts weniger handelt als um einen Krieg mit Afghanistan, wenn auch dieser Krieg nicht gerade formell erklärt werden wird.

Man wußte schon lange, daß der Emir von Afghanistan sich durch den englisch-russischen Vertrag beunruhigt fühlte. War doch darin über sein Land ohne seine Zustimmung verfügt und Afghanistan als zur britischen Einflusssphäre gehörend von Rußland anerkannt worden. Das Einvernehmen zwischen Rußland und England konnte dem Emir um so weniger willkommen sein, als die Feindseligkeit der beiden Großmächte bisher seinen sichersten Schutz gebildet hatte. Nun hat zwar der Vertrag die Aufrechterhaltung des status quo in Afghanistan den Engländern zur Pflicht gemacht, andererseits aber Rußland verpflichtet, nur durch Vermittelung Englands mit dem Emir zu unterhandeln. Damit war die auswärtige Politik des Emirs völlig unter Englands Kontrolle gestellt und der Emir mußte für seine Unabhängigkeit auch in anderen Beziehungen besorgt werden. So ist es begreiflich, daß er nicht nur nichts dazu tat, die kriegerischen Stämme an der indischen Grenze von Aufständen zurückzuhalten, sondern diese vielmehr heimlich, aber wirkungsvoll unterstützte. Es sind die Mullahs, die Priester Afghanistans, die den heiligen Krieg gegen die Engländer predigen, und wohlbewaffnete afghanische Miliztruppen haben die Wochhäuser vor Landi-Khotal im Schabarparq überfallen. Seit diesem Ueberfall besteht, wie ein Londoner Blatt meint, ein inoffizieller Krieg mit Afghanistan. Alles Gerücht, daß der Emir oder der Oberbefehlshaber der Truppen Sirdar Raschid Khan ein Verbot an die Afghanen erlassen hätte, Feindseligkeiten zu unternehmen, ist vollkommen falsch. Kein derartiges Verbot ist ergangen. Es ist bekannt, daß afghanische Beamte verschiedener Grade den Mullahs bei der Organisation des Einfalls in das unter englischer Kontrolle stehende Gebiet hilfreich Hand geleistet haben.

Ueber die kriegerischen Operationen meldet das „Reutersche Bureau“ aus Simla, 3. Mai:

Eine Streitmacht von 13 000 bis 20 000 Afghanen überschritt Freitagmorgen in zwei Abteilungen die afghanische Grenze. Die größere und zugleich besser bewaffnete marschierte auf Landi-Khotal, die andere unter dem Befehl von Sufiullah nach dem oberen Bazatal. Den Sonnabend über konnte man den Feind deutlich westlich von Landi-Khotal sehen. Sonnabendnacht unternahm er einen Hauptangriff auf das Wochhaus von Rishni Kandach und machte bis 8 Uhr morgens verzweifelte Anstrengungen, es einzunehmen. Dies gelang ihm aber nicht und die Garnison erlitt nur geringe Verluste. In der vergangenen Nacht bemühte sich der Feind ständig, die Karawanserei einzunehmen, das heftige Feuer aus dem Wochhaus bereitete jedoch auch hier keinen Verlust. Jetzt haben sich die Afghanen nach Süden zurückgezogen. Inzwischen haben die Hauptlinge der Zoffalheide, die längst Umarmen hervorriefen, dem Oberst Koskoppel, dem Offizier der Schabar-Region, ihre Dienste angeboten. In Landi-Khotal wird berichtet, daß sich keine Afribs mit Sufiullah vereinigt haben. General Willcocks hat mit der dritten Brigade, mit acht Kanonen und einer Schwadron Kavallerie heute Landi-Khotal erreicht. Auf den Höhen sieht man wenige Feinde, wenige Schüsse werden abgefeuert. An der Mohmand-Grenze ist alles ruhig.

Trotz strenger Depeschensur werden umfangreiche Truppenbewegungen in Nordindien bekannt, deren Bestimmungsort geheim gehalten wird.

Der Krieg kann den Engländern um so größere Verlegenheiten bereiten, als die Stimmung der einheimischen Bevölkerung in Indien selbst große Unzufriedenheit erkennen läßt. In Murghassarpur wurde vor kurzem ein Bombenattentat verübt, dem zwei Engländerinnen zum Opfer fielen. Die Bomben waren aber für den englischen Richter Kingsford bestimmt. Im Zusammenhang mit dem Attentat wurde in Kalkutta eine Verschwörung von Eingeborenen entdeckt, die mißliebige Regierungsbeamte gewaltsam beseitigen wollten. Die Polizei entdeckte bei einer Durchsuchung in zwei Häusern ein Waffen- und Bombenlager. Die Polizei glaubt, daß es sich um eine weitverzweigte terroristische Organisation handle.

Als ob es an diesen Hotspots nicht genug wäre kommen aber auch aus dem afrikanischen Kolonialgebiet unglückliche Nachrichten. Im englischen Sudan ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. Aus Kairo wird telegraphiert:

Der stellvertretende Inspektor der Wäse Nil-Provinz Scott Moncrieff ist von einem Scheit, der sich selbst zum Propheten ausgerufen hatte, ermordet worden. Der Scheit hatte etwa 150 alte Dermische um sich gesammelt und in der Nacht zum Sonnabend bei unter dem Befehl des Distriktskommandeurs Dickinson-Bei stehenden Truppen angegriffen, die zur Wiederherstellung der Ruhe eingesetzt waren. Eine Ueberumpelung des Lagers wurde abgeschlagen, 85 Dermische wurden dabei getötet. Auf englischer Seite fielen zwei eingeborene Offiziere, der Major Logan und der Kommandeur Dickinson-Bei wurden verwundet.

Es hat den Anschein, als ob wieder einmal England seine Kolonialpolitik schwere Sorgen bereiten und große Opfer auferlegen würde. —

# Aus dem Wahlkampf.

## Blodbrüderliche Einigkeit.

„Wir sind konservativ!“

Diese Antwort erhielt der Wahlspruch der freisinnigen und der nationalliberalen Partei für den Landtagswahlkreis Teltow-Weesow-Storkow von der Redaktion des „Teltower Kreisblattes“, als er sich wegen Nichtaufnahme eines Inserats beschwerte. In dem verweigerten Inserat sollten, wie die „National- und Zeitung“ mitteilt, die gemeinsamen liberalen Kandidaten, ein Oberkassarzt a. D. und ein Amtsgerichtsrat a. D., empfohlen werden. — Darob natürlich große Entrüstung im liberalen Lager. Die liberale Presse verweigert zwar in der Regel die Aufnahme sozialdemokratischer Versammlungsinserate, was die liberalen Mannesgeelen auch stets als vollkommen berechtigt angesehen haben. Jetzt freilich, wo sie einmal der leidende Teil sind, schreien sie. Die Sache entbehrt aber deshalb nicht des Humors, weil es Blodbrüder sind, die sich so behandeln, und weil das gestimmungsstramme Kreisblatt nicht etwa im finstersten Winkel Ostpreußens erscheint, sondern vor den Toren Berlins! Der Liberalismus entwirrt sich, aber nach der Weise der Konservativen und ihres obersten Führers Bälou tanzt er doch!

## Freisinn gegen Nationalliberale.

Der Wahlkreis Görlitz war bisher im Landtag durch zwei Nationalliberale und einen Konservativen vertreten. Dem Freisinn hat es offenbar geschmerzt, daß er gerade in Görlitz, das eine der höchsten Stufen des Freisinn, Herr Dr. Mugdan, im Reichstage vertritt, völlig ausgeschaltet ist. Deshalb boten die Freisinnigen den Nationalliberalen ein Kompromiß an, nachdem ihnen der selbsterhaltende Stig überlassen werden sollte. Vermutlich wollten sie auf diese Art den Konservativen gleich ihren Dank abstellen dafür, daß sie bei den Göttertotenwahlen zugunsten des Herrn Dr. Mugdan auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet hatten. Dieses brünstige Liebeswerben fand aber bei den Nationalliberalen kein Gehör, diese wollen die Waffenbrüderschaft mit den Konservativen nicht aufgeben. Der Freisinn hat sich daher auf seine eigene „Kraft“ besonnen und stellte drei freisinnige Kandidaten auf, die selbstverständlich durchfallen werden. So bettelt der Freisinn bei fast allen Parteien um Mandate, wirft man ihn bei diesem Begehren die Treppe hinab, dann wird er stolz und währt seine — „Prinzipien“.

## Freisinnige als Schutztruppen der Konservativen.

Mit hoher Befriedigung meldet die „Vossische Zeitung“, daß im Kreise Niederbarnim, dessen zwei konservative Mandate durch die Sozialdemokraten bedroht sind, Verhandlungen zwischen Konservativen und Freisinnigen eingeleitet sind, um einen sozialdemokratischen Sieg zu verhindern! Man darf mit Sicherheit damit rechnen, daß dieses freisinnig-konservative Bündnis zustande kommt. Der „wahlrechtsbegeisterte“ Freisinn schaut denn auch dort den wahlrechtsfeindlichen konservativen Mandate zu, nur um zu verhindern, daß ein grundsätzlicher Anhänger des freien Wahlrechts, ein Sozialdemokrat in den Landtag gewählt wird! In diesem Falle zeigt sich wieder einmal die unglaubliche Unverfrorenheit des Freisinn, die Sozialdemokratie der Förderung der Reaktion zu zeihen, weil es das Proletariat ablehnt, freisinnige ohne jede Bedingung und Gegenleistung in den Landtag zu wählen. —

## Wie Zentrumsbauern reden.

Mit viel lebhafterem Eifer und viel größerer Entschiedenheit als die katholischen Arbeiter machen die Zentrumsbauern für die bevorstehenden Landtagswahlen mobil. Die ultramontanen Bauern wissen, was sie wollen und sie tragen kein Bedenken, ihre Wünsche so vernünftig und entschieden wie möglich zum Ausdruck zu bringen. Die „Rheinische Volksstimme“ ist voll von Artikeln und Einfendungen, worin die Zentrumsbauern auf Verächtlichmachung der agrarischen Interessen bei der Aufstellung von Kandidaten und der Zusammensetzung der Wahlkomitees dringen. So heißt es in einer Zuschrift des Blattes aus Schleiden:

Morgen ist für unseren Kreis Aufstellung des Kreiskomitees. Man ist überall gespannt, ob man da etwa auch wasagen wird, dieselben Mandate aufzuführen, wie im vorigen Jahre. Das können wir den Herren aber heute schon sagen: auch wenn sie wieder mit allen Dingen arbeiten und auch wenn es ihnen gelänge, den Bauern ihr Recht zu nehmen und uns ein Komitee zusammen zu suchen, in dem die Bauern wieder „nix te seggen“ haben, wir Eiferer machen die Geschichte nicht mehr mit. Die wohlbekannten Herren, welche glauben, nach den „dummen Bauern“ brauchte man nicht zu fragen, werden sich gewaltig täuschen. Wenn der Bogen zu straff gespannt wird, bricht er. Bis jetzt hat man das immer noch so gemacht, aber jetzt heißt es: Schluss! Wir sind ebenso gut Menschen, wie andere, wenn es uns auch nicht so gut geht wie anderen. Wir werden den Kandidaten bestimmen, den wir haben wollen, aber nicht den, der uns von einem Pfingel angetragen wird. Wir wollen nicht länger mehr der ganzen Provinz zum Gespötte dienen.“

Und in einem Artikel des zentrumsagrarischen Blattes über Landtagskandidaturen wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß in der Zentrumspartei die bisher oft genug unberücksichtigt gebliebenen Wünsche der Bauern nicht länger mehr ignoriert werden dürfen. Das sei keine Gefühlspolitik, sondern eine Erwägung praktischer Art. Denn: „Unternimmt das Zentrum einen Schritt, der geeignet ist, in weiteren Kreisen Unzufriedenheit zu erregen, dann sieht man bereits die Schatten der Männer, die darauf warten, solche Unflughet in ihrem Interesse zu nützen. Den Bauern kann es gleich sein, ob ihnen aus dem oder jenem Grunde ihr Recht wird: die Hauptsache ist, daß es ihnen wird. Aus diesen Erwägungen heraus wurde wohl auch der Gedanke geboren, das Versprechen einer entsprechenden Berücksichtigung der nur allzu begründeten Wünsche der Bauern nach angemessener Vertretung durch ihnen nahe stehende und mit ihnen stehende Männer einzulösen.“

Mit anderen Worten: die christlichen Bauern pfeifen aufs Zentrum, wenn dieses nicht in ihrem Interesse tätig ist. Mit dem „Schatten der Männer“, die auf den Abfall der ultramontanen Bauern vom Zentrum lauern, ist der Bund der Landwirte und die Deutsche Vereinigung der Nationalkatholiken gemeint. —

## Christlichsoziale für Scharfmacher!

Die „Arbeit“, das Organ der christlichsozialen Partei des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, hat vor einiger Zeit mitgeteilt, daß der Vorstand strengste Wahlfesthaltung beschloffen habe. Als Grund wurde die Nichtbenutzung der Christlichsozialen bei der Aufstellung der Kandidaten angegeben.

Herr Behrens, Christlichsozialer Agitator und Sekretär des Gewerkevereins der Christlichen Bergleute, hat sich aber vor einiger

Zeit für Unterstützung großindustrieller Kandidaten ausgesprochen. Und die Verpflüchtungen, die Herr Behrens eingegangen ist, scheinen stark genug zu sein, um die Beschlüsse eines Vorstandes über den Hausen zu werfen! Die „Rhein-Westf. Ztg.“ berichtet aus Mülheim:

„Die Vertrauensmänner der christlichsozialen Partei des Wahlkreises Mülheim (Ruhr) - Ruhrort sprachen sich in einer Versammlung, die gestern hier stattfand, einstimmig für die Landtagskandidatur des Kommerzienrats Köcher aus.“

Köcher ist der Erkorene der scharfmacherischen Nationalliberalen!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Mai 1908.

### Ostmarkenzulage und Teuerungszulage.

Unter den Vorlagen, mit denen sich heute der Reichstag zu befassen hatte, standen zwei in einem für unsere politischen Verhältnisse recht interessantem Gegensatz zu einander.

Die Teuerungszulage für alle Beamte ist ein dürftiges und veraltetes Zugeständnis, das der Reichstag der Regierung durch jährlich wiederholtes Drängen abgerungen hat. Anstatt einer notwendigen Gehaltsaufbesserung eine einmalige Teuerungszulage, nachdem die künstliche Steigerung der Lebensmittel durch unsere Schutzpolitik gerade den kleineren Beamten ihre Notlage um so fühlbarer gemacht hatte. Wie langsam arbeitete da der Regierungsapparat und welch spärliches Ergebnis fördert er jutage!

Mit welcher ungewöhnlicher Zügigkeit fungierte aber der nämliche Apparat, als es galt, eine wirtschaftlich nicht bedingte, aber zur Belohnung der „Gefinnungstüchtigkeit“ bestimmte Zulage für die Handhabung der Antipolenpolitik zu erwirken. Vor wenigen Tagen beschloß die Blochmehrheit des Reichstages in einer Resolution eine unwiderrufliche Zulage für Reichsbeamte in den Ostmarken zu fordern. Postwendend war die Vorlage da. Heute konnte sie in erster Lesung beraten werden. Trotzdem die Vorlage dem Sinne der Reichstagsresolution keineswegs entspricht, da sie die Zulage nur auf ein Jahr unwiderruflich macht, dann aber jederzeit es den Behörden überläßt, die Weitergewährung von dem „Wohlverhalten“ der Beamten abhängig zu machen, sprachen die Blochparteien ihre Zustimmung aus. Sie beschränkten sich auch ihrer neuen Praxis gemäß wieder auf wenige Worte. Ausführlicher wurde dagegen diese blamable Maßregel durch Ordbör für das Zentrum, Drejski für die Polen und den Genossen Ledebour für die Sozialdemokratie bekämpft.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die beiden ministeriellen Vertreter der Vorlage, der Staatssekretär des Schatzes Sydow und der Staatssekretär der Post Kraetke zwar feierlich bestritten, daß die Ostmarkenzulage als Korruptionsfonds dienen solle, aber sich völlig ausschwiegen auf die Frage Ledebours, ob ein Beamter, der in freundschaftlichen Verkehr mit Polen treten würde, etwa noch würdig für die Ostmarkenzulage erachtet werden würde. Die Frage war um so mehr angebracht, da ein Beamter, der mit Sozialdemokraten in freundschaftlichen Verkehr tritt, sich in Preußen bekanntlich jedes obrigkeitlichen Vertrauens unwürdig macht. Keine Antwort ist in diesem Falle auch eine Antwort, und zwar eine sehr deutliche.

Außerdem kam auch noch die Maß- und Gewichtsordnung in zweiter Lesung zur Erledigung, unter Ablehnung sämtlicher sozialdemokratischer Verbesserungsanträge, die durch die Genossen Stolle und Sachse vertreten wurden. Hauptsächlich handelte es sich da um die im Interesse der Bergarbeiter gestellte Forderung, daß Förderwagen und Fördergefäße, soweit sie im Bergwerksbetriebe zur Ermittelung des Arbeitslohnes dienen, ebenfalls der Eichung bedürfen.

Die Sozialdemokratie blieb bei der Abstimmung über diesen Antrag völlig allein.

Bei Festsetzung der Tagesordnung für den Dienstag wurde noch ein Antrag des Genossen Hoch angenommen, im Interesse der Handlungsgesellen auch die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffs der Konkurrenzklause auf die Tagesordnung zu setzen.

### Der Kaiser und der Fall Eulenburg.

Die „S. Z.“ am Mittag hat von zuverlässiger Seite folgende Mitteilung erhalten:

Dem Kaiser ist über den Münchener Prozeß und seine Folgen täglich ausführlich Bericht erstattet worden. Der Kaiser hat sich seiner Umgebung gegenüber in sehr deutlichen Ausdrücken dahin ausgesprochen, daß die Justiz dem Fürsten Eulenburg gegenüber keinerlei Rücksicht nehmen dürfe, und es ging aus diesen Äußerungen hervor, daß der Kaiser den Fürsten Eulenburg als des Verdachens des Meineides schon überführt ansieht und dies um so schwerer empfindet, als er sich in seinem freundschaftlichen Vertrauen zu diesem Manne auf das grüßte getraut hat. Unser Gewährungsmann glaubt zu wissen, daß von Kock aus die Weisung erteilt worden ist, den Fürsten Eulenburg justizgemäß nicht anders zu behandeln wie einen anderen Sterblichen.

Wir können kaum annehmen, daß die Mitteilung richtig ist. Denn wenn der Kaiser tatsächlich die Weisung erteilt hätte, Fürst Pflü solle justizmäßig nicht anders behandelt werden wie gewöhnliche Sterbliche, so hätte er damit ohne weiteres eingelassen, daß er der Ansicht ist, die Justiz urteile keineswegs immer ohne Ansehen der Person, sondern ziehe die soziale Stellung des Verbrechens mit in Betracht. Hatte der Kaiser diese Ansicht nicht, setzte er vielmehr in die preußische Justiz das Vertrauen, sie werde in allen Fällen, ohne Rücksicht auf Stand und Reichum, nach dem Gesetz urteilen, dann war die Weisung überflüssig. —

### Rücktrittliche Sozialpolitik.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Fabriken ist durch § 137 der Gewerbeordnung für die Zeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend und an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags gestattet. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf nach demselben Paragraphen die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage zehn Stunden nicht überschreiten. § 139a der Gewerbeordnung ermächtigt aber den Bundesrat zu Ausnahmen. Solche Ausnahmen sind durch die bundesrätlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konserverfabriken unter dem 11. März 1908 für die Zeit bis zum 30. April 1908 zugelassen. Trotz dieser reichlich langen Uebergangszeit und trotzdem die Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen auf zehn Stunden herabgesetzt werden soll, hat jetzt der Bundesrat durch eine im gestrigen „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung vom 1. Mai diese Ausnahmevorschriften zu ungunsten der Arbeiterinnen bis zum 30. April

1910 verlängert. Das nennt Beshmann-Gollweg sozialpolitischen Arbeiterschulung.

**Der Fall Hill in verfeinerter Auflage.**

In englischen und norwegischen Blättern bespricht man ein neuerliches Eingreifen des Kaisers in die Befetzung diplomatischer Stellen. Der norwegische Gesandte in London, der berühmte Nordpolarforscher Fritzof Nansen, hat seinen Londoner Posten verlassen. Die norwegische Regierung soll beabsichtigt haben, den Berliner Gesandten von Ditten zum Nachfolger Nansens in London zu ernennen. Der Kaiser habe aber der norwegischen Regierung seinen ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, von Ditten auf dem Berliner Posten zu belassen. Angeblich habe der Kaiser, erzählten Londoner Blätter, auf diese Weise ausgedrückt wollen, daß London für den Diplomaten kein höherer politischer Posten sei, als Berlin. In London und in Christiania hätte zwar der Schritt des Kaisers einigermassen überrascht, doch hätte Norwegen sich dem Wunsche des Kaisers gefügt. Das offiziöse Wolffsche Korrespondenzbureau verbreitet nun heute folgenden Kommentar des in Christiania erscheinenden offiziellen "Morgenblattes": "Die zugespitzte Form, die der "Standard"-Korrespondent dieser Episode gegeben, stellt die Verhältnisse nicht ins rechte Licht. Von der norwegischen Regierung ist überhaupt nur eine Anfrage betrefis des Gesandtenpostens in London ergangen, nämlich an den Minister Hagerup in Kopenhagen. Die Nachricht, daß der norwegische Gesandte in Berlin von Ditten für den Posten ausgeschieden sei, stamme, Zeitungsmeldungen zufolge, nicht aus Regierungskreisen. Wie verlautet, wurde dies vor längerer Zeit deutschen Blättern telegraphiert, worauf Kaiser Wilhelm dem deutschen Gesandten in Christiania ein Telegramm sandte, mit dem Wunsch, von Ditten möge in Berlin bleiben. Für die norwegische Regierung lag kein Grund vor, dem Wunsche des Kaisers nicht nachzukommen."

Uns will scheinen, als würde durch das Blatt gerade das Gegenteil bestätigt. Wilhelm II. hat ähnlich wie in der Hill-Affäre, wenn auch aus anderen Motiven, einen gewissen moralischen Einfluß auf eine fremde Regierung bei Ernennung ihrer Vertreter ausgeübt. Daß dieser Schritt bei dem kleinen Norwegen mehr Erfolg hatte, als bei den mächtigen Vereinigten Staaten, läßt ihn deswegen prinzipiell nicht weniger unopportun erscheinen.

**Nochmals der „faulenzende Abgeordnete“.**

Der Kommissionsbericht des Abgeordneten Schäd über die Forderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs ist endlich, endlich erschienen und ist uns gestern zugegangen. Beim ersten Anblick erschien es uns, daß Herr Schäd, was er an Zeit versäumt, durch Gründlichkeit einigermaßen wieder gutzumachen versucht habe, denn der Bericht weist 32 Spalten auf. Beim näheren Zusehen fanden wir aber, daß deren vier Fünftel den Ausführungen der Regierungsvertreter und nur etwa ein Fünftel denen der Kommissionsmitglieder gewidmet sind. Das ist auffällig, erklärt sich aber, wie wir feststellen haben, in folgender Weise: die Regierungsvertreter haben ihre Ausführungen auf Papier gebracht und haben diese Niederschrift dem Berichterstatter übergeben. Die Ausführungen der Kommissionsmitglieder mußte Herr Schäd aber selbst wiedergeben, welche Aufgabe er sehr leicht genommen hat. Mit einigen 20 bis 40 Zeilen sind die Redner im Bericht abgetan; nur einer macht eine Ausnahme. Es ist der vierte Redner im Bericht, den Herr Schäd vorzüglich beachtet hat. Seine Ausführungen nehmen im Bericht annähernd ebensoviele Raum ein, wie die der übrigen fünf Mitglieder der Kommission, von denen ein Mitglied obendrein zweimal das Wort genommen hat. Und wer war der Glückliche, den Herr Schäd so liebevoll in sein Herz geschlossen hat, daß er ihn so auffällig bevorzugte? Ach, es war, wie aus dem Inhalt der wiedergegebenen Ausführungen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, Herr Schäd in höchsteigener Person!

Für die Handlungsgehilfen würde es allerdings besser gewesen sein, wenn Herr Schäd in dieser persönlichen Sache etwas mehr Bescheidenheit an den Tag gelegt, dafür aber für die frühere Fertigstellung des Berichts gesorgt hätte, auch wenn ihn die Regierungsvertreter mit der Niederschrift wortlos ließen. Er hätte energisch drängen oder ihre Ausführungen im Auszuge wiedergeben sollen.

Aber Herr Schäd gehört ja zum Block, und da muß er den Regierungsvertretern zart entgegenkommen, wenn dann auch das Gesetz nicht mehr vor der Verlegung verabschiedet wird. Die Handlungsgehilfen können warten. Wenn die Interessen der von Herrn Schäd vertretenen Handlungsgehilfen mit den Wünschen der Regierung kollidieren, dann wartet er und enthält sich der Stimme, wie sein Fraktionsfreund Herr Wehrens sich ja bekanntlich beim Vereinsgesetz der Abstimmung ebenfalls enthalten hat, weil er als Mitglied einer Blockpartei doch nicht gegen die Regierung Stimmen durfte!

**Was die „Deutsche Tageszeitung“ nicht zitiert.**

Auf der Suche nach „liberalen“ Kronzeugen gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht hat die „Deutsche Tageszeitg.“ auch den früheren Landtagsabgeordneten Louis Berger-Witten aufgegabelt, der in seinem Buche „Der alte Dorfort“ sich darüber moquiert, daß z. B. Wisnand bei der Reichstagswahl mathematisch nicht mehr Wahlrecht habe als ein Pfeifenstopfer. Das paßt dem Junkerblatt in den Kram, aber manches andere nicht, das in dem Buche steht. So schreibt Berger u. a. (Seite 423) auch folgendes:

„Gnade lebte schon in der nächstfolgenden Session und die demokratische Partei nach Beginn der Regentschaft in die Kammer zurück, abgesehen daß noch heute gültige Dreiklassenwahlgesetz nicht die geringste Veränderung, mithin die ursprüngliche Rechtsverleugung keine Sühne erfahren hat.“

Jedenfalls aus zarter Rücksichtnahme für die Blockfreunde übernahm der Artikel auch folgenden Empörungsausruf über Wahlmanie der Regierung:

„Mit einer Verlogenheit sondergleichen stellte man in dem nun entfallenden Wahlkampfe — 1899 — die liberale Mehrheit als die eigentliche Urheberin des Streites mit Oesterreich und den Mittelstaaten dar, ja, die Verleumdung verfiel sich zu der ungläublichen Behauptung, daß der Landtag „die Arme hungern lassen wolle.““

Vorüber sich der „liberale“ Berger noch 1902 — in diesem Jahre gab er ein Buch heraus — empörte, das trieben die Liberalen selbst im Verein mit den Junkern ganz ungeniert im Jahre 1907; ihre „Verlogenheiten“, „Verleumdungen“ und „ungläublichen Behauptungen“ richteten sich gegen die Sozialdemokratie und teilweise gegen das Zentrum.

Auch das heute noch von Agrariern und Freisinnigen mit gleicher Liebe gehegte und verteidigte Polizeisystem und die fiesmütterliche Behandlung der Schule hat Hartort schon scharf gegeißelt. Bei dem Kredit- und Steuerdebatten im April 1884 sagte er:

„Es heißt immer, es ist kein Geld da; aber ich frage Sie, wie bedeutend haben Sie nicht die Gefandtschaften dotiert? Haben Sie nicht 80 000 Taler der geheimen Polizei gegeben? Für solche Zwecke war Geld da. Aber wenn es heißt, das Mißtrauen unserer preussischen Nation, die Erziehung ihrer Kinder, zu stärken, dann ist kein Geld vorhanden, dann ziehen Sie es vor, die Polizei und Häfcher zu besolden, um diejenigen in die Zukunft zu bringen, die in der Schule nichts gelernt haben! Bravo links! meidet der stenographische Bericht.“

Und heute? Heute treten die Liberalen nicht nur als Verteidiger der Polizeistellen gegen Wahlrechtsdemonstranten auf, sie rechtfertigen auch die Konfignierung des Militärs gegen friedliche Straßen-demonstranten! —

**Ministerielle Informationen.**

Am 1. Mai hat in Verteidigung der Krupp'schen Wohl-fahrtsplage im Reichstage der Staatssekretär Dr. Nieberding ausgeführt:

„Wenn zum Beispiel das Krupp'sche Unternehmen in den letzten 22 Jahren der Klasse 18 Millionen Mark zugewendet hat, so ist das offenbar eine wohlthätige Zuzwendung.“

Da wir nicht behaupten können, Herr Nieberding habe absichtlich die Deffentlichkeit täuschen wollen, so müssen wir schon von ihm verlangen, sich besser zu informieren und sich nicht als Verteidiger der Hausinteressen der Krupp's misshandeln zu lassen. Die Millionenzuwendungen sind tatsächlich nichts anderes als — Sand in die Augen! Davon kann auch Herr Nieberding sich aus den Geschäftsberichten der Krupp'schen Pensionskasse überzeugen. Uns liegen die Jahresberichte von 1895 bis einschließlich 1901 (außer 1898) vor. Wir machen daraus eine Zusammenstellung der Einnahmen aus Arbeitermitteln (Beiträge, Zuschüsse, verfallene Lehrlingslöhne und nicht erhobene Rabattbeiträge von den Werkskonsumenten) und den Aufwendungen für Pensionen. Es betrug

	Die Einnahme aus Arbeitermitteln	Die Summe der gezahlten Pensionen	Ueberschuß aus Arbeitermitteln
1895	648 252	602 881	45 371
1896	814 301	697 918	116 383
1897	1 129 074	850 006	279 068
1898	1 297 157	992 000	305 097
1900	1 845 947	1 077 221	768 726
1901	1 286 429	1 114 451	171 978
			1 171 687

Demnach sind nicht nur die gesamten Pensionen aus Arbeitermitteln gezahlt worden — in den sechs Jahren wurde aus diesen Leistungen auch noch ein Ueberschuß in Höhe von 1 171 687 Mark erzielt! Von den Beiträgen der Firma und von den Millionenzuwendungen ist nicht ein Pfennig verwendet worden! Die berühmten Schenkungen sind im Effekt lediglich ein Buchungsvorgang, der rechnerisch das Vermögen der Kasse vergrößert, der Firma aber wenig oder gar nichts kostet.

Die Firma behält das Geld und verzinst es mit 5 Proz. Da diese 5 Proz. aber auch nicht verbraucht werden, sondern ebenfalls das Vermögen erhöhen, bleiben sie auch im Säckel der Firma.

Diese Buchungswohlfahrt verschaffte der Firma einen Weltruhm, die Arbeiter haben nicht das geringste dabei profitiert!

**Abermals ein Reichsverbandsschwindel aufgedeckt!**

Während der Gemeinderatswahlen, die im November vorigen Jahres in Jena stattfanden, hatten die beiden in Jena bestehenden bürgerlichen Zeitungen, das angeblich freisinnig-demokratische „Jenaer Volksblatt“ und die national-liberale „Jenaische Zeitung“ sich eine dreifache Verunglimpfung der Sozialdemokratie erlaubt, indem sie ihren Lesern erzählten, daß die Sozialdemokratie zu der Gemeindevahl eine unerhörte Wahlbeeinflussung beabsichtige. Es sollten am Tage der Wahl die Vertrauensleute der Partei die mit ihr als Mitglieder oder Freunde verbundenen Wähler in der Wohnung besuchen und sich die Wahlzettel vorlegen lassen, um zu kontrollieren, ob die Zettel richtig, d. h. nach der Parteiliste ausgefüllt seien oder in ihrer Gegenwart richtig ausgefüllt werden. Daß dabei noch allerhand häßliche Stoffen über die Sozialdemokratie gemacht waren, bedarf eigentlich keiner Erwähnung. Die Parteileitung in Jena sandte den beiden Blättern Verichtigungen, da auch nicht ein Wort von den nach echter Reichsverbandsmanner kurz vor der Wahl ausgestreuten Verdächtigungen wahr war. Die Verichtigungen wurden aufgenommen. Die „Jenaische Zeitung“ hielt jedoch ihre Behauptung aufrecht, ja sie fügte den ersten Unwahrheiten noch weitere hinzu. Die Parteileitung strengte zur Feststellung der Wahrheit gegen die beiden Blätter Klage an. Am Donnerstag war Termin. Der Redakteur des „Jenaer Volksblattes“, Popelius, ein ehemaliger Sozialdemokrat, wurde zu 10 M. Geldstrafe event. einem Tag Gefängnis, der Redakteur der „Jenaischen Ztg.“, Dr. Reuenhahn, zu 20 M. Geldstrafe event. zwei Tage Gefängnis verurteilt. Außerdem wurden in beiden Fällen auf Publikationsbezugnis erkannt. Die Verurteilten mußten sich in der Verhandlung dazu bequemen, zuzugeben, daß auch nicht ein Wort von dem richtig ist, was sie behauptet hatten. Sie erklärten, daß sie von ihren Gewährsmännern — wer sollte es anders sein als Angehörige des Reichsverbandes — getäuscht worden seien.

Wieder eine schmutzige Verleumdung der Sozialdemokratie. Der Berliner „Reichsbote“ behauptete in einer seiner jüngsten Nummern, bei einer Prüfung der Klasse des Parteikassierers Zaumann in Wunsiedel habe der Gauvorstand für Nordböhmen ein nach Hunderten zählendes Manko entdeckt, der Vorstand habe jedoch den Verlust stillschweigend gedeckt und Zaumann trotz der begangenen Unterschlagung als Landtagskandidaten für den Kreis Wunsiedel präsentiert. Die Geschichte ist glatt aus der Luft gegriffen. Zaumann ist Arbeitersekretär in Wunsiedel und bekleidet gar keinen Kassistenposten, der Gauvorstand konnte also auch keine Revision bei ihm vornehmen. Ebensovienig wurde Zaumann vom Gauvorstand als Wahlkandidat präsentiert, seine Aufstellung geschah durch die Wähler des Wahlkreises. Der Genosse Zaumann wurde aufgefordert, gegen den „Reichsboten“ Verleumdungsklage zu erheben.

**Die Gemeinderatswahlen in Frankreich.**

Paris, 4. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Wahlen am Sonntag haben keine bedeutenderen politischen Nachverschiebungen gebracht. In Paris haben unsere Genossen ihre Positionen ziemlich behauptet. Sieben Genossen sind wiedergewählt. Zwei stehen in Stichwahl, die allerdings bei der Unverfäglichkeit der bürgerlichen Parteien nicht sehr aussichtsreich sind. Unsere Partei erhielt 102 000 Stimmen. Im Jahre 1904 wurden 151 000 Stimmen abgegeben, doch sind darin auch die Stimmen eingerechnet, die jenen unsicheren Radikalisten zufielen, die sich seitdem von der Partei getrennt haben. Diese „unabhängigen Sozialisten“ brachten es diesmal auf 45 000 Stimmen. Die Nationalisten haben weiter an Terrain verloren und über 40 000 Stimmen eingebüßt.

In der Provinz sind uns Limoges und Dijon verloren gegangen. In Orest und Toulouse stehen wir in wenig aussichtsreicher Stichwahl. Dagegen sind die Bergarbeiterbezirke in Pas de Calais glänzend behauptet worden. Ebenso Montceau und Carmaux. Im Norddepartement erzielten die Sozialisten schöne Erfolge. In Lille erhielten die Progressiven 17 000, die Sozialisten 16 000, die Radikalsozialisten 3500 Stimmen. In Roubaix wurden 15 Progressiven und 15 Sozialisten gewählt. 6 Stichwahlen sind notwendig, deren

günstiger Ausfall uns die Majorität sichern würde. Die Eröberung von Bourges in der Stichwahl ist sicher. London wurde im Verein mit den fortgeschrittenen Radikalen gegen die Regierungsfreunde der Koalition behauptet.

Unsere Genossen sind mit dem Gesamtergebnat nicht unzufrieden. Die Verluste beweisen mehr den Verfall der bürgerlichen Demokratie, die sich ganz im Sinne der Regierung Clemenceaus mit der Reaktion gegen die Sozialisten zusammenschließt.

**Oesterreich.**

**Militär gegen Studenten.**

Wien, 4. Mai. In der hiesigen tierärztlichen Hochschule veranstalteten heute die Studenten in den Höfen und Gängen Demonstrationen, die sich gegen die von ihnen seit langem gerügten Uebelstände in den Laboratorien richteten. Da die tierärztliche Hochschule dem Kriegsministerium untersteht, so traf zur Aufrechterhaltung der Ruhe Militär ein, welches die Studenten, wie diese behaupten, mit aufgeflossenen Bajonetten auseinandertrieb. Es verlautet, daß einige Studenten hierbei verwundet wurden. Eine Deputation von Studenten führte sofort im Abgeordneten-hause bei einigen Abgeordneten Beschwerde. Mehrere Abgeordnete begaben sich unerbötlich nach dem Kriegsministerium und erhoben gegen diese Behandlung der Studenten Protest.

**Italien.**

**Der Landarbeiterstreik.**

Rom, 3. Mai. Der Ausstand der Landarbeiter in der Provinz Parma hat gestern zu verschiedenen Zwischenfällen geführt, 300 freiwillige Arbeiter wollten die Ausständigen in St. Prospero erschrecken. Die Frauen und Kinder der Ausständigen warfen sich quer über die Straßen, um die Wagen der Arbeitswilligen daran zu hindern, den Weg fortzusetzen. Es kam zu großen Schlägereien. Verschiedene Rekolberschäfte fielen, 5 Personen sind verwundet worden. Angefichts dieser Zwischenfälle sind Truppenverpflichtungen nach den verschiedenen Orten abgeandt worden.

Rom, 4. Mai. Die Zahl der ausständigen Landarbeiter beträgt 50 000. Täglich werden Truppenverpflichtungen nach den Hauptagitationszentren abgeandt. Die Abgeordneten der Provinz bemühen sich, die Bevölkerung zu beruhigen und versuchen, die Regierung zu einer Vermittelung zu bewegen. Kenner der Verhältnisse versichern, daß es sich auf einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den Pädtern und den Landarbeitern handelt, dessen Ausgang noch nicht voraussagenbar sei.

**England.**

**Parlamentarische Nachwahlen.**

London, 2. Mai. Eine der parlamentarischen Nachwahlen, die infolge der Erneuerung des Kabinetts erforderlich wurde, findet am Dienstag in Wolverhampton (W) statt. Bei den Hauptwahlen im Januar 1906 kandidierten dort Sir Henry Fowler (liberal) und L. S. Amery (kons.). Ersterer wurde mit 6610 gegen 2745 Stimmen gewählt. Da Fowler kürzlich die Pairwürde erhalten hat und ins Oberhaus berufen wurde, mußte eine Nachwahl ausgesprochen werden. Es kandidieren dort: Thorne (liberal) und Amery. Ein Arbeiterkandidat wurde nicht aufgestellt. Der Wahlkampf vollzieht sich vollständig auf Grund der Tarifreform. Amery ist einer der gewandtesten konservativen Schriftsteller. In seinen Wahlreden wandte er sich vielfach an die Arbeiter und wollte ihnen beweisen, daß die schlechte Lage der Schloßfabrikation, die in Wolverhampton vielfach betrieben wird, dem Freihandel geschuldet sei, der die freie Einfuhr deutscher und amerikanischer Metallwaren gestattet. Ein Arbeiter gab ihm folgende bemerkenswerte Antwort:

„Die Lage der Schloßarbeiter hat sich nicht infolge der ausländischen Konkurrenz verschlechtert, denn die Schloßfabrikation an sich ist in einem blühenden Zustande. Die wirkliche Ursache der niedrigen Löhne und des Mangels an Arbeitsgelegenheit ist zu finden in der Einführung von arbeitssparenden Maschinen. Würde der Schutz Zoll die ausländische Konkurrenz unmöglich machen, so wäre wohl den Fabrikanten damit geholfen, aber nicht den Arbeitern. Die größere Nachfrage nach unseren Waren würde nur die Aufstellung von mehr Maschinen zur Folge haben, aber nicht die Anstellung von mehr Arbeitern und die Zahlung von besseren Löhnen.“

Zu bemerken ist noch, daß Wolverhampton drei Wahlkreise hat, wovon einer (der westliche) vom Arbeiterabgeordneten Richard im Unterhause vertreten ist. —

Der Handelsminister Winston Churchill wurde in Dundee aufgestellt, aber auch die Arbeiterpartei stellte dort den Genossen W. D. Stuart auf.

Auch in Montroseburgh, dem Wahlkreise John Morley's, ist eine Nachwahl erforderlich, da Morley ins Oberhaus berufen wurde. Die Arbeiterpartei stellte dort den Genossen Josef Burge auf. Burge war früher Redakteur der „Workman Times“ und ist einer der begabtesten Genossen der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Der Wahltermin von Dundee und Montrose ist noch nicht bekannt. —

**Rumänien.**

**Der 1. Mai.**

Bukarest, 2. Mai. (Eig. Ber.) In Bukarest wurde der 1. Mai durch ein inoposantes Meeting gefeiert, an welchem mehr als 2000 Arbeiter teilnahmen. Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen die Volksunterdrückungspolitik der „liberalen“ Regierung abgenommen. Trotz der ruhigen Haltung der Demonstrierenden stand Bukarest am 1. Mai unter Belagerungszustand. Alle Straßen um das Versammlungslokal sowie die wichtigsten Verkehrspunkte waren dicht von Militär besetzt.

Ueberall im Lande, wo Versammlungen abgehalten wurden, verliefen diese ruhig. Nur in Zurnui-Seberin feierte die heldenmütige Polizei ihren Kaiserfest. Als der friedlich einher-schreitende Proletarierzug aus dem Vororte, wo die Arbeiter den 1. Mai feierten, unter dem Sang der „Internationale“ in die Stadt hineingog, wurde er, nach acht preussischer Art, vor den Stadttoren „zurückgedrängt“. Mehrere Arbeiter wurden leicht verletzt und die rote Fahne der Demonstrierenden von den Reitern der gefährdeten Staatsordnung zerstört.

**Persien.**

**Unruhen.**

Persien hat gegenwärtig eine Ministerkrise. Die Minister haben demissioniert, weil es an Geldmitteln mangelt, um die von den Beamten und dem Militär dringend geforderten Gehaltsstände auszugahlen. Unterdessen dauern die Unruhen an der Grenze fort und nehmen immer größeren Umfang an. Aus Teheran, 3. Mai, wird telegraphiert:

Aus den Städten Khol, Saftas und Arnia wird gemeldet, daß am 28. April wurden zahlreiche Dörfer der Umgebung zerstört, über zweitausend Personen getötet und das Eigentum und Vieh der Besohner geraubt haben. Sie bedrohen jetzt die genannten drei Städte. Auch in Azerbaigan sind Unruhen ausgebrochen, welche Verluste an Menschenleben und Eigentum im Gefolge hatten.

Tiflis, 2. Mai. Unter Leitung des Khan Mahomed-Ali und anderer Führer haben sich an der persischen Grenze die kriegslustige Bande gebildet, die täglich Verstärkung erhalten. Eine russische Strafexpedition befindet sich zwischen Prischib und Besogowar. Der Vizegouverneur und der Chef des kaukasischen Grenzbezirks sind nach Besogowar abgereist.

## Marokko.

### Ein Erfolg des Sultans.

Paris, 3. Mai. Admiral Philibert telegraphiert, daß am 3. Mai die Truppen des Nachen Saffi ohne Zwischenfall wieder besetzt haben.

Dies würde einen Erfolg für Abd ul Afis bedeuten. Ueber das Schicksal Ruler Kasids lauten die Nachrichten widersprechend. Offiziell wird behauptet, daß er von den Stämmen verlassen sei, während Privatnachrichten versichern, daß sein Einfluß in Wadras und zu erwarten sei, daß er demnächst in Fez einziehen werde.

## Peru.

### Der übliche Putz.

Lima de Janeiro, 2. Mai. Einem Telegramm von der Westküste Südamerikas zufolge ist in Peru eine Revolution ausgebrochen. Die Bewegung nahm ihren Ausgang in der Umgebung von Lima. Die Aufständischen durchschnitten die Drähte der elektrischen Leitung in Lima und bemächtigten sich eines Eisenbahnguges. Es wurden unerbittlich Truppen gegen sie aufboten.

Santiago de Chile, 3. Mai. Nach einer Meldung aus Lima ist die dort ausgebrochene revolutionäre Bewegung von Regierungstruppen unterdrückt worden. Die Aufständischen flohen ins Innere. Lima ist von den Truppen besetzt.

## Gewerkschaftliches.

### Wenn man die Arbeiter fortjagt!

Wie wir wiederholt geschildert, hatte die Hartzigkeit der Kohlenbarone Niederschlesiens (Waldenburg, Altwasser, Gottesberg, Hermsdorf usw.) zur Folge, daß Tausende von Bergleuten ihre Heimat verließen und nach dem Westen, nach dem Ruhrgebiet und Saarrevier, auswanderten. Die weitere Folge war ein Massenbankrott niederschlesischer Geschäftsleute, ein stetiges Niedersinken von ehemals „gesicherten Existenzen“ ins existenzunsichere Proletariat. Das alles blieb aber auch auf die hochmütigen Grubenproben nicht ohne Wirkung. Sie mußten auf ein großes Quentchen Profit verzichten, da sie keine Ersatzarbeiter fanden und durch eigener Hände Arbeit nichts verdienen können.

Das nächste war, daß man sich ausländische Arbeiter zu verschaffen suchte. Das war sehr teuer. Einmal, weil selbst die Leute bessere als die niederschlesischen Löhne gewöhnt waren. Dann aber auch, weil die Transport- und Vermittlerkosten infolge der starken Nachfrage gehörig stiegen und weil schließlich eine Anzahl gerissener Seelenverkäufer sich die augenblickliche Kollage der Grubenherren arg zunutze machten und sich die Taschen füllten.

Und alles Geld, das dafür ausgegeben, war wegge worfen: Der Verein für bergbauliche Interessen Niederschlesiens macht soeben bekannt, daß man mit den galizischen Arbeitern durchweg nur schlechte Erfahrungen gemacht habe! So schlecht, daß diese Erfahrungen zu einer allgemeinen Einstellung galizischer Arbeiter (wie man es prächtig beabsichtigt, um die „roten Verbändler“ aushungern zu können) „nicht ermuntern.“ Innerlich wünschten sich die Herren ihre eingearbeiteten alten Arbeiter wieder zurück, aber ihr Hochmut ließ es nicht zu, ihnen das zu geben, was man den Ausländern gab.

Rum verfiel man auf eine neue „geniale“ Idee. Man hatte viel davon gelesen, daß die in den Wolgagenden n Kantonrevolutionen Deutschen in ihrer Existenz unter der Konterrevolution arg gefährdet seien und Lust hätten, nach Deutschland zurückzukehren. Tatsächlich bildete sich auch in Berlin ein sog. „Rückwärtsausmarsch“ für die notleidenden Deutschen Rußlands, der den von Kosaken und anderen Banditenhorden Gefährdeten die Rückkehr nach Deutschland ermöglichen sollte. Selbstverständlich bildeten sich die Grubenherren um Pleß und Genossen ein, die russifizierten Deutschen zu arreten nur so darauf, von ihnen als Ausbeutungsobjekte engagiert zu werden. Schleunigst schickten sie einen „Kommissär“ mit viel Geld und noch mehr guten Worten herüber in die Wolgabistritte, damit er flott die Werbetrommel rühre. Eine ganze lange Weile hörte man von ihm nichts. Er „nahm Fühlung“ mit den Arbeitern und russischen Beamten. Das meiste Geld ging dabei drauf. Endlich war ein kleiner Trupp Deutscher zusammengesammelt und sollte nach Niederschlesien „verladen“ werden. Aber da trat dem Transport plötzlich ein graufiges Hindernis in den Weg: Die Cholera! Wegen starken Grassierens der asiatischen Cholera wurde der Transport inhibiert und das ganze Geld war nutzlos veran. Arme Kohlenbarone!

Aber sie sind zäh wie Leder. Sie warteten. Als dann die Cholera angeblich erloschen war, nahmen sie mit ihrem Kommissär die Verhandlungen wieder auf. Wieder gelang es, einen Trupp Deutschrussen und Arbeitswillige zu finden, wieder sollte er gerade verladen werden, da trat ein neues Hindernis ein: An den Verein der Bergproben erging eine beö r d l i c h e V e r f ü g u n g, daß diese angeworbenen Leute, „wie überhaupt Deutsche aus Rußland“ zwar in niederschlesischen Betrieben Verwendung finden könnten, aber — nicht unter Tage, und zugleich schickte der Kommissär den Bescheid, daß Unverheiratete überhaupt nicht für bergbauliche Zwecke zu finden seien!

Das war ein schwerer Schlag für die ausgefessenen Grubenproben — und er wäre ihnen sehr an die Nieren gegangen, wenn ihnen nicht inzwischen ein unerwarteter Hilfsfaktor zu Hilfe gekommen wäre: Die Krise in Deutschland. Die erdemögliche es den Geprellten, aus der Arbeitslosigkeit in anderen Berufen des eigenen Vaterlandes Vorteil zu ziehen und ihren Reinfall mit dem deutschrussischen Experiment zu verschmerzen.

Das Experiment ist aber auch volkswirtschaftlich von Interesse und Bedeutung: Es lehrt, daß die deutschen Unternehmer bald daran denken müssen, deutschen Arbeitern anständige Löhne zu zahlen . . .

### Berlin und Umgegend.

#### Der neue Tarifvertrag für das Baugewerbe

Ist nun auch von den Arbeitnehmern in allen drei Bauberufen angenommen worden.

Der Berliner Zweigverein des Bauhülfsarbeiterverbandes hat bekanntlich schon vor acht Tagen in seiner Generalversammlung über die Einigungsvorschläge abgestimmt und seinen Vertretern Auftrag erteilt, den Vertrag abzuschließen.

Im Berliner Zweigverein der Maurer haben die Abstimmungen in den Bezirken und Zählstellen, die am Mittwoch und Donnerstag stattfanden, mit Zweidrittelmehrheit die Annahme des Vertrages ergeben.

Die Zählstelle Berlin und Umgegend des Zimmerer-

verbandes hielt am Mittwoch der verflochtenen Woche eine Zählstellenversammlung ab, in der der Vorsitzende Witt über das Ergebnis der Verhandlungen berichtete und den Tarifvertrag zur Annahme empfahl. In der Diskussion trat zwar eine starke Unzufriedenheit mit dem Erreichten hervor, doch sprachen sich die meisten Redner im Sinne des Referenten aus. Die Abstimmung wurde vertagt, um erst den Mitgliedern in den Bezirken Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern. Am Sonntag hat nun in einer Fortsetzung der Zählstellenversammlung die Abstimmung stattgefunden. Hier wurde der Tarifvertrag angenommen gegen fünf Stimmen.

In der Folge haben denn nun auch die Zentralvorstände der in Betracht kommenden Organisationen zu der Frage Stellung genommen. Diese willten am gestrigen Vormittag dem Berliner Gewerbegericht ihre Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen mit, so daß nun der Friede im Bauberuf gesichert ist.

In den nächsten Tagen beginnen nun die Verhandlungen zur Festlegung der Einzelbestimmungen in den Orten, wo bisher eine solche Fixierung nicht erfolgt ist. Konflikte liefergehender Natur sind daraus nicht mehr zu befürchten.

In Senftenberg und Guben wurde in Konsequenz der bisherigen Verhandlungen die Aussperrung aufgehoben.

### Die Rinaussperrung.

Ueber die Aussperrung, soweit sie sich auf die Berufe der Metallarbeiter und der Holzarbeiter erstreckt, haben wir bereits berichtet. Nach einer Umfrage bei den übrigen Verbänden ist zu konstatieren, daß die Unternehmer Aussperrungen nur in geringem Umfange vorgenommen haben. Wo in einer Werkstatt die Arbeiterruhe beschlossen und einmütig durchgeführt wurde, da haben sich fast überall die Unternehmer ruhig damit abgefunden und es vermieden, einen Streik vom Zaun zu brechen. Zahlreich feierten Bäcker, Schneider, Buchbinder, Tapezierer, Glaser, Lithographen, Töpfer, aber von Aussperrungen war bis Montagabend in den Verbandsbureaus dieser Gewerkschaften nichts oder nur in einzelnen Fällen etwas bekannt geworden. Im Bureau der Zementierer wurden am Sonnabend 93 Aussperrte gemeldet, am Montag noch etwa 50.

Bei den Sattlern wurden 70 Aussperrte gemeldet, darunter 12 weibliche. Die Aussperrung dauerte einen Tag.

Im Handels- und Transportarbeiterverband waren nur wenige Meldungen eingelaufen; man nahm trotzdem an, daß viele Mitglieder auf einen Tag ausgesperrt wurden, die aber deswegen keine Meldung erstattet hatten.

Im Baugewerbe ist trotz der Drohungen der Bauherren von einer Aussperrung in größerem Umfange keine Rede. Maurer haben sich als ausgesperrt nur 25 gemeldet. In einer Versammlung der Zimmerer am letzten Mittwoch wurde die Arbeiterruhe einmütig beschlossen, und es galt als selbstverständlich, daß jeder diesem Beschluß nachkommt. Die Zimmerer haben 27 Aussperrte zu verzeichnen. Von den Bauhülfsarbeitern haben sich bis Montag 73 als Aussperrte gemeldet. Man nimmt an, daß ihre Zahl hundert nicht überschreiten wird.

Achtung, Klempner! Der Betrieb von Winter, Kummelsburg, ist gesperrt. Wir ersuchen, den Betrieb zu meiden. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Gegen die Affordarbeit im Rohrlegerberuf.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Sonntag eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer statt, die sowohl durch ihren zahlreichen Besuch wie durch ihren Verlauf einen Beweis dafür bildete, daß die Arbeiter dieses Berufes wieder mehr und mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß jener Verband und nicht der Wissenschaftliche Berufen ist, ihre Interessen zu vertreten. Gewerkschaftssekretär Körsten hielt einen lehrreichen Vortrag über „Arbeitsvertrag, Zeit- und Stücklohn“. Dem Vortrage, der lebhaften Beifall fand, folgte eine rege Diskussion, in der namentlich die Frage der Affordarbeit im Rohrlegerberuf erörtert wurde. Ueblich ist die Affordarbeit nur bei den Holzungsarbeiten, obgleich auch in dieser Branche große Firmen vorhanden sind, die nur in Teilzahl arbeiten lassen. Nun hat sich jedoch auf Wunsch der Unternehmer der angeblich so radikale „Allgemeine Metallarbeiterverband“ bereit erklärt, über die Einführung und Regelung der Affordarbeit auch für die Gas- und Wasserleitungsrohrleger zu verhandeln, obwohl sich im vorigen Jahre eine von dieser Organisation veranstaltete Rohrlegerkonferenz entschieden gegen die Affordarbeit ausgesprochen hat, in Uebereinstimmung mit dem, was die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer fordern. Verschiedene Redner erklärten, daß, wo sie mit Mitgliedern jener Organisation über die Sache sprachen, diese sich gegen die Affordarbeit äußerten. Auch ein dem „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ angehörender Diskussionsredner sprach sich entschieden gegen die Affordarbeit und damit gegen die Haltung seiner Organisationsleitung aus, und ein lokalorganisierter Rohrleger erklärte das Verhalten Wissenschafts zu dieser Frage für einen schändlichen Verrat der Interessen der Rohrleger. Man meinte im übrigen, daß es Sorge um die Erhaltung ihrer Organisationsfähigkeit war, was die Leitung des „Allgemeinen Metallarbeiterverbandes“ zu dieser Stellungnahme für die Affordarbeit veranlaßte. Da jetzt bereits wieder über 1700 der Rohrleger und Helfer Berlins im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind und ihre Zahl immer mehr wächst, ist jene Sorge jedenfalls berechtigt.

In der „Zeit am Montag“ ist nun kürzlich ein vom Obmann der Schlichtungskommission der Berliner Rohrleger unterzeichnetes Interat veröffentlicht worden, durch das die Rohrleger, die Abänderungsanträge zum Tarif stellen wollen, aufgefordert wurden, dies bis zum 20. Juni zu tun. Der Ortsbevollmächtigte Cohen vom Deutschen Metallarbeiterverband machte nun die Versammlung darauf aufmerksam, daß es mit diesem Interat offenbar auf eine Täuschung abgesehen ist und ersuchte die Verbandsmitglieder, sich lediglich an ihre eigene Schlichtungs- und Agitationskommission zu halten, die den Rohrlegern und Helfern rechtzeitig Gelegenheit geben wird, zum Tarif Stellung zu nehmen.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer vom Deutschen Metallarbeiterverband erklärt sich entschieden gegen jede Erweiterung der Affordarbeit in ihrer Branche und bedauert sehr, daß Kollegen von einer anderen Organisation sich von einer einzelnen Person verleiten lassen, die Interessen der Rohrleger und Helfer aufs Schwerste zu schädigen. Die Versammlung tritt bei eventuellen Verhandlungen nur für Zeitlohnerteil ein, um so aus unserer Arbeit keine Affordarbeit zu machen. Die Kollegen verpflichten sich, mit zu helfen, die Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes so zu stärken, daß es möglich sein wird, die Affordarbeit überhaupt zu beseitigen.“

Achtung, Steinarbeiter! Rinaussperrte und Arbeitslose! Während der Dauer der Aussperrung ist das Zusprechen und Annehmen von Arbeit in allen aussperrenden Geschäften zu unterlassen. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den einzelnen Geschäften darf nur durch die Gesamtheit der Aussperrten erfolgen. Einzelangebote sind entschieden zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Filiale Berlin I.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister B. Geberl, Stettin, sucht unter Besoldung in der Berliner „Volkzeitung“ Ar-

beitswillige zu werben. Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Stettin sehr miserabel sind, die Arbeitgeber aber kein Entgegenkommen zeigen, befinden sich die Kollegen im Streik. Wir ersuchen dieses zu beachten.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma M. Neuhaus u. Co. in Luckenwalde haben die im Puffometer- und Injektorenbau beschäftigten Dreher, Schlosser, Formner usw. die Arbeit eingestellt. Wir ersuchen, auf Arbeitsangebote von dieser Firma nicht zu reagieren und den Zugang von Luckenwalde fernzuhalten. Da die Firma auch Schraubensabrikation hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß für die Schraubensabrik Arbeitskräfte gesucht werden. Auch in solchen Fällen ersuchen wir die etwaigen Arbeitsangebote für die Firma M. Neuhaus abzulehnen.

Deutscher Metallarbeiterverband, 3. Bezirk  
S. Jernide.

Der Streik in der Wolgaster Zementfabrik dauert ununterbrochen fort. Wir bitten, den Zugang mit allen geeigneten Mitteln fernzuhalten.  
Die Streikleitung.

Bei der Firma „Westdeutsche Steingew., Chamotte- und Dinastwerke zu Euslirchen ist ein Streik ausgebrochen. Die Direktion kündigte den Vertrag und reduzierte dann die Arbeitspreise um 5 Proz. Da die Firma jedes Zugeständnis ablehnte, so trat die ganze Belegschaft von circa 400 Mann in den Streik ein. Beteiligt sind der Fabrikarbeiterverband, der Töpferverband und der Verband der christlichen Keramikarbeiter. Da die Firma versucht, über Berlin Arbeiter zu erhalten, so wird um Fernhaltung jedes Zuguges von Arbeitern nach Euslirchen ersucht. Um Abdruck wird gebeten.  
Die Streikleitung.

### Die Rai-Aussperrung in Hamburg.

Hamburg, 4. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Un- lässlich der Raifeier sind hier insgesamt an 3000 Mann ausgesperrt worden. Ein großer Teil davon ist jedoch jetzt schon wieder in Arbeit.

### Streiks im Hamburger Transportgewerbe.

Wegen Lohnforderungen sind die Roll- und Blodwagenkutscher in den Streik getreten. Die Mauersteinarbeiter, eine Sektion des Hafenarbeiterverbandes, streikten ebenfalls; 150 Mann haben die Forderungen bereits bewilligt erhalten. Wegen Lohnforderungen traten 400 Schuhmacher in den Streik.

Einen komischen Kasentüber haben sich die Hirsch-Dunderschen in Posen bei den Vorbereitungen zur demnächst stattfindenden Gewerbegerichts Wahl geholt. Ihre Liste wurde nämlich von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zurückgewiesen, weil dieselbe den Anforderungen des § 10 nicht entspreche. Der erwähnte Paragraf behandelt nämlich die Sauberkeit der Listen. Abgesehen davon, daß sie sämmtlich war, wurde dieselbe auch noch zwei Tage zu spät eingereicht. Aus ähnlichen Gründen wurde auch die Liste der Christlichen zurückgewiesen. Nur die Liste der freien Gewerkschaften und die der Polen sieht jetzt zur Wahl. Die Hirsche beschloßen nun aus Wut über diese Blamag. Stimmenthaltung bei der Wahl.

### Etuisarbeiter-Aussperrung in Pforzheim.

Am Sonnabend, den 2. Mai, soll der Verband deutscher Etuisfabrikanten, der am 3. Mai in Berlin seine Generalversammlung abhielt, über die Pforzheimer Aussperrung beraten haben. Vier Pforzheimer Fabrikanten nahmen daran teil, die zu ihrer Hilfe gern eine allgemeine Aussperrung der Etuisarbeiter herbeigeführt sehen möchten. Damit hat es erhoffen aber gute Wille und zweitens braucht der Buchbinderverband eine solche um so weniger zu fürchten, als nur einige Hundert Personen in Frage kämen, da Berlin durch dreijährigen Tarifvertrag gebunden ist.

Gestern, Montag, den 4. Mai, fanden in Pforzheim, auf Einladung des dortigen Gewerbegerichtsvorsitzenden, Einigungsverhandlungen statt, deren Resultat noch aussieht. Die Vertreter der Arbeitererschaft werden sich mit Recht auf den Schiedspruch für das Baugewerbe berufen, monach Lohnherabsetzungen auf keinen Fall eintreten dürfen, insofern der stark gestiegenen Preise für die gesamten Lebensbedarfsartikel.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Militär gegen Streikende.

Salzburg, 4. Mai. (V. S.) Die Tunnelarbeiter an der Lannernbahn streiken. Da Unruhen befürchtet werden, ist ein Bataillon Infanterie nach Bockstein abgegangen, das die Maschinenanlagen und die Verwaltungsgebäude besetzt.

### Explosion.

Paris, 4. Mai. (V. S.) In den Telephonwerken der Rue des Entrepreneurs erfolgte heute eine Explosion, wobei ein Monteur getötet und ein Elektriker lebensgefährlich verletzt wurde. Der Arbeitsminister Vidiani schickte den Chef seines Ministeriums an Ort und Stelle, um eine Untersuchung einzuleiten und sich über die Verhältnisse der Opfer und ihrer Hinterbliebenen zu erkundigen.

### Lawinen.

Paris, 4. Mai. (V. S.) Eine Lawine, welche gestern bei Chamounix niederging, hat acht Arbeiter der Bahn Montanvert verschüttet. Zwei waren sofort tot, die übrigen erheblich verletzt.

Junobrud, 4. Mai. (V. S.) Gestern nachmittag ist in der Nähe der Ortschaft Dornauberg im Zillertal eine große Lawine niedergegangen, deren größter Teil sich im Zembach ablagerte. Dieser Schmol mächtig an und brach gegen die Ortschaft Raxhofen aus. Die Umgegend von Raxhofen wurde vollständig überschwemmt. Mehrere Brücken wurden weggerissen. Der Schaden an Feldern und Gärten ist groß.

### Graf und Ruppelwater.

Wien, 4. Mai. (V. S.) Wie die Blätter melden, hat die 10jährige hübsche Tochter Marie des hier wohnhaften römischen Grafen Marcell Weith sich deshalb im Donaukanal ertränkt, weil sie von ihrem eigenen Vater zum unstilligen Lebenswandel gezwungen wurde. Graf Weith wurde verhaftet.

### Die Ueberflutungen in Rußland.

Petersburg, 4. Mai. (V. S. B.) Aus den Städten Mohilew, Homel, Kopyn, Muzan, Kremenstschug und den Bezirken Gorygorli und Orsha laufen weitere Meldungen über die Ueberflutungen ein. Fast überall stehen Hunderte von Häusern unter Wasser. Nach dem Oradistrikt, wo Menschenleben in Gefahr sind, gehen Dampfer und Barken ab. Bei Tschernigow ist der Bahnverkehr unterbrochen. Aus Kiew und vielen Städten des Südwestgebietes wird dagegen ein Sinken des Wassers gemeldet. Die Bahnverbindung ist dort wieder hergestellt, auch wird die Verantwortung für den Frachtverkehr wieder übernommen.

### Zenggewitter.

München, 4. Mai. (V. S.) Sei dem gestern über München und Umgegend niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in eine Schafherde und tötete acht Schafe. Auch der Hirt wurde vom Blitz getroffen und betäubt am Boden gefunden. Das in seinen Taschen befindliche Geld sowie Uhr und Kette waren geschmolzen.

Reichstag.

140. Sitzung am Montag, 4. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Sydow. Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betreffend einen zweiten Nachtragsetat für 1908 (Ostmarkenzulagen). Es werden zu außerordentlichen unwiderruflichen Zulagen für die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten der Postverwaltung 710 000 M., der Seereserverwaltung 338 350 M. gefordert; bei der Seereserverwaltung ist die Zulage auch für die Unteroffiziere bestimmt.

Abg. Schulz (Rp.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. Gröber (Z.): Die Regierung will die Unwiderruflichkeit der Zulage für das Rechnungsjahr bestehen, in welchem sie gewährt wird, der Reichstag vertritt darunter aber die Unwiderruflichkeit während der gesamten Anwesenheit des betreffenden Beamten in den Ostmarken. Die Zulage wird nur für die Ostmarken gefordert, während auch außerhalb der Ostmarken in vielen Industriegebieten Tausende von polnischen Arbeitern an den Poststellen polnisch zu sprechen gewohnt sind und sich hier dieselben Schwierigkeiten für die Beamten ergeben; das beweist, daß die Vorlage eine politische Tendenz hat. Wir lehnen die Vorlage ab, wir verlangen vom Beamten, daß er seine Pflicht tut, und wir verwerfen die Bezahlung einer bestimmten politischen Gesinnung und Betätigung; diese fördert nur die politische Gesinnungslosigkeit und züchtet ein charakterloses Strebertum, ein politisches Spionage- und Denunziantensystem. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Reichssekretär Sydow: Auf die sachliche Begründung der Vorlage kann ich wohl verzichten, da sie auch einem Wunsch des Reichstages entspricht. Die Resolution des Reichstages forderte eine unwiderrufliche außerordentliche Beihilfe, darunter kann etatsmäßig aber nur verstanden werden: unwiderruflich während des Rechnungsjahres. Einen politischen Zweck hat die Vorlage nicht, sondern einen wirtschaftlichen.

Abg. Ortel (nall.) erklärt, daß die nationalliberale Partei der Vorlage zustimmen werde.

Abg. Dr. Pashke (fr. Bg.): Wäre das Gebiet der Ostmarkenzulage noch unbetreten, so würden wir wohl auf unserm ablehnenden Standpunkte verharren. Nachdem aber Preußen vorgegangen ist und nachdem durch uns die Unwiderruflichkeit in die Vorlage hineingekommen ist, wird die überwiegende Mehrzahl unserer Fraktionsgemeinschaft der Vorlage zustimmen. Einen politischen Zweck hat die Vorlage nicht, wie der Staatssekretär selbst betont hat; daran halten wir uns (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten). Wir halten es für möglich, die Vorlage ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Abg. Bruhn (Antif.) erklärt sich für die Vorlage.

Abg. Drejski (Pol.): In wirtschaftlicher Beziehung hat der Beamte im Osten nicht größere Aufgaben zu erfüllen, als im Westen; mit wirtschaftlichen Gründen läßt sich die Vorlage nicht rechtfertigen. Man verlangt aber von den Beamten, daß sie die von den Kasakisten gegründeten Wirt- und Geschäftshäuser unterstützen, und dazu will man ihnen Zulagen gewähren. (Zustimmung bei den Polen.) Diese Zulagen sollen Prämien auf Kasakismus sein, die wir ablehnen müssen. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetzle: Die beleidigenden Beschuldigungen des Redneres gegen die Beamten weise ich zurück. Es handelt sich um eine Gleichstellung der Reichsbeamten mit den preussischen Beamten.

Abg. Lebebour (Soz.): Die Vorlage läßt den Behörden vollkommen freie Hand, die Zulage widerruflich zu machen, ja, sie gibt ihnen dazu die Fingerzeige. In § 3 wird ausdrücklich gesagt, daß die Zulage nicht über ein Jahr hinaus gewährt werden soll. Die Behörde ist also in der Lage, jederzeit bei Beginn eines neuen Jahres sich die Beamten, denen sie eine Zulage gewährt hat, unter die Lupe zu nehmen und sie auf ihre Würdigkeit zu prüfen. Die Zulage ist also nur unwiderruflich auf ein Jahr und nicht auf die Dauer, und das ist für die Beamten das Entscheidende. Die Beamten wissen genau, daß, wenn sie nicht die Zufriedenheit der Behörde erwerben, sie der Zulage verlustig geben. Die Zulage wird ja auch nur bei vollständig betriebendenden dienstlichem und auherdienstlichem Verhalten gewährt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte die Herren von der Regierung fragen, wie sie darüber urteilen würden, wenn ihnen mitgeteilt wird, daß ein Beamter auherdienstlich freundschaftlich mit

Polen verkehrt, z. B. mit Herrn Drejski. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, würde diesem Beamten die Zulage entzogen werden, denn es sind schon Beamte gemahregelt worden, nur weil sie an einem Tisch sitzend mit Sozialdemokraten getroffen wurden. Wir haben ja auch stets gehört, daß all die Schikanen beim Bestellen von Briefen und Paketen mit polnischer Aufschrift zur treuen Erfüllung eines deutschen Beamten in den Ostmarken gehören. Also für so naiv halte ich keinen von Ihnen, daß er wirklich im Innersten seines Herzens glaubt, daß irgendein deutscher Beamter in den Ostmarken, der sich nicht voll und ganz in den Dienst der Ostmarkenpolitik stellt, die Zulage erhalten könnte. Die Behauptung, daß die Vorlage gar nicht den Zweck habe, die Germanisation zu fördern, ist vollkommen unhaltbar. Die Zulage wird ja nur in den Provinzen der Ostmarken gewährt, in denen der überwiegende Teil der Bevölkerung polnisch ist. Diese Landesteile will man eben germanisieren. Nach allen Erfahrungen, die man nicht nur in Deutschland, sondern bei allen kulturell einigermmaßen entwickelten Völkern gemacht hat, pflegen obrigkeitliche Eingriffe zugunsten einer bestimmten Partei oder Bevölkerung immer diejenigen Bevölkerungsteile zu schädigen, zu deren Gunsten angeblich die Regierung eingreift. Zweifellos ist, daß das Beamtentum durch solche Maßnahmen völlig korrumpiert wird. Würden denn Sie (nach rechts) es nicht fälschlich als eine Schande empfinden, wenn Sie für eine derartige Tätigkeit, wie sie von den Beamten hier verlangt wird, prämiert würden? (Unruhe rechts.) Gerade darin liegt ja vom deutschen Standpunkt aus der schwere Mißgriff, daß durch alle diese sogenannten Germanisationsmaßnahmen die Entwicklung des Deutschums, die Entwicklung der deutschen Bevölkerung nicht gefördert, sondern gehemmt wird. Sie werden nur das erreichen, was in der Zeit der bürokratischen Germanisationsbestrebungen in den deutsch-österreichischen Provinzen erreicht worden ist, wo unter den Tschechen, Slowenen und anderen Volkstümern eine starke Opposition gegen das Deutschum hervorgerufen und das Gegenteil von dem erreicht wurde, was man wollte. Auch aller völkerverwissenschaftlichen Erfahrung ist es ganz zweifellos, daß durch die Versuche, die Polen künstlich zu germanisieren, der umgekehrte Erfolg erreicht werden muß. Die Polen werden von allen Völkern ausgeschlossen, sie sind genötigt, sich lediglich auf die wirtschaftliche Tätigkeit zu stützen und dadurch wird mit ihrer wirtschaftlichen Auffassung bedingt. Andererseits muß sich das Nationalgefühl, das Nationalbewußtsein der Polen entwickeln, ihre Empörung gegen die sprachliche Unterdrückung, ihre Leidenschaften müssen sich unter einer solchen Verfolgung viel intensiver entwickeln. Also die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Polen wird gefördert, die der Deutschen, welche sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit verlassen, sondern nach der Begünstigung durch die Regierung schielen, geschädigt. Einem feinempfindenden Beamten wird es geradezu unmöglich gemacht, unter solchen Verhältnissen in die Ostmarken zu gehen. Ein Beamter von Ehrgefühl und Freiheitsgefühl wird geradezu aus den Ostmarken herausgetrieben.

Präsident Graf Solberg: Sie dürfen nicht sagen, daß die Regierung sich Nähe gibt, Beamte, welche Ehrgefühl haben, herauszutreiben. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Lebebour (fortfahrend): Jedenfalls wird die Wirkung dieser Politik notwendigerweise dahin führen, feinfühligere Beamten es nahelegen, sich von den Ostprovinzen nach den Westprovinzen versetzen zu lassen. Im Interesse der Ehre und des Ansehens des deutschen Volkes werden wir bei jeder Gelegenheit gegen eine solche Politik stimmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.): Herrn Lebebour erwidere ich, daß ich als Postbeamter die Ostmarkenzulage nicht gern nehmen würde, ich würde eben nicht gern in den Ostmarken Beamter sein, um nichts mit den Polen zu tun zu haben. (Abg. Lebebour: Das ist ausweichend!)

Damit schließt die Diskussion; die Verweisung an eine Kommission ist nicht beantragt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung. Die §§ 1 bis 6 werden debattellos angenommen. Die §§ 7, 8, 9 und 14 werden zusammen beraten. In den §§ 7 bis 9 wird in der Hauptfrage bestimmt, daß zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen benutzt werden dürfen, daß Förderwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe, soweit sie zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, der Neueichung bedürfen, und daß endlich Weizen, Obstwein und Bier bei sachweisem Verkauf nur in geeichten Mäßen verkauft werden darf. Eine Ausnahme findet nur bei ausländischen Originalgebinden statt. § 14 zählt die Maße auf, die zur Eichung zugelassen sind.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, daß auch im nichtöffentlichen Verkehr benutzte Maße geeicht werden

müssen, ferner daß Förderwagen und Fördergefäße, die im Bergwerksbetriebe zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, auch der Neueichung bedürfen.

Die Abg. Dr. Delebrück (fr. Bg.) und Genossen beantragen, daß Gewichte, welche dem vierten und dem achten Teile des Kilogramms entsprechen, nicht zugelassen sind.

Abg. v. Kaphengst (L.) beantragt, daß Bier auch beim Verkauf in Flaschen, Glasballons, Krügen und Siphons nur in solchen Gefäßen überliefert werden darf, welche auf ihren Rauminhalt geeicht sind.

Abg. Sasse (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Wir halten es für ungerecht, daß nur im öffentlichen Verkehr benutzte Gewichte geeicht werden sollen, während in den landwirtschaftlichen Betrieben sogenannte Hausmaßungen vorgenommen werden und auch in anderen Betrieben ungeeichte Maße verwendet werden können. Unser Antrag entspricht der früheren Regierungsvorlage, und ich bitte Sie dringend, das Wort „öffentlich“, das in ihr nicht enthalten war, wieder zu streichen. Den Bundesrat möchte ich ersuchen, auf keinen Fall einer Anregung des Herrn Abg. Engels zu folgen, die er einmal dahin gegeben hat, daß die englischen Maße ausnahmsweise in gewissen Hüttenbetrieben, insbesondere der Textilindustrie, zugelassen werden sollen. Die Arbeiter fühlen sich dadurch beschwert, weil sie die englischen Maße nicht so kontrollieren können, wie die deutschen. Unseren weiteren Antrag auf Neueichung von Förderwagen und Fördergefäßen, die im Bergwerksbetriebe zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, haben wir gestellt im Hinblick auf die vielfachen Betrügereien, die in den Bergwerken zugunsten der Arbeiter mit nicht geeichten Gefäßen vorgenommen worden sind. Schon im jetzigen preussischen Vergesetz ist die Neueichung solcher Gefäße vorgeschrieben, aber es kommt häufig vor, daß der Rauminhalt der Gefäße beim Gebrauch durch Verbiegen usw. verändert, und die Arbeiter verlieren dann an Arbeitslohn. Diese Betrügereien sind früher soweit gegangen, daß sie vor 25 Jahren im Ruhrgebiet sogar zu Strafmäßen geführt haben. Ich erinnere an den Strauß auf der Jeche „Germania“. In Oberschlesien sind sogar auf einer fiskalischen Grube falsche Eichungen festgestellt worden. (Hört! hört!) Daher ist die Neueichung dringend notwendig. Die Bedenken, die man gegen unseren Antrag geäußert hat, sind hinfällig. Wenn große Werke in Betracht kommen, die Tausende von Wagen haben, so kann die Prüfung so eingerichtet werden, daß von Monat zu Monat eine bestimmte Nummerzahl geprüft wird. — Den Antrag Delebrück bitte ich abzulehnen. Die ¼ Pfundgewichte sind notwendig, weil vielfach Betrügereien im Kleinhandel damit vorzukommen, daß statt 125 Gramm ein Hundert- und ein Zwanziggrammstück auf die Waage gelegt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Doormann (fr. Sp.): Den Antrag Albrecht, das Wort „öffentlich“ in § 6 zu streichen, werden wir ablehnen, ebenso den Antrag Albrecht betreffend der Neueichung. Wir können unsere Bedenken wegen der Neueichung der Fördergefäße zurückstellen, weil im Allgemeinen Vergesetz von 1892 Bestimmungen getroffen sind, die fast gleichbedeutend sind mit der Forderung der Neueichung.

Oberbürgermeister Meißner: Den Antrag Albrecht und Genossen auf Neueichung der Fördergefäße bitte ich abzulehnen, da sie praktisch undurchführbar ist. Freilich sind Unrichtigkeiten vorgekommen, aber nicht aus betrügerischer Absicht der Bergwerksverwaltungen. Ganz besonders weise ich zurück, daß betrügerische Versuche auf fiskalischen Gruben vorgekommen sind. Der Antrag Albrecht und Genossen bedeutet nicht eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern eine Erschwerung des Betriebes.

Abg. Freiherr v. Gamp (Rp.): Auch ich bemerke Herrn Sasse, daß von Vergesetzversuchen gar keine Rede ist. Die Durchführung des Antrages Albrecht und Genossen würde eine maßlose Belästigung des Betriebes bedeuten.

Abg. Reuner (nall.): Die gegenwärtige Fassung des § 6 ist klarer und besser, als die von den Sozialdemokraten beantragte. In § 14 beantragen wir, ausdrücklich auszusprechen, daß als Körpermaße die für den Verkauf von Wein, Obstwein und Bier angefertigten Mäße nicht anzusehen sind.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Janquière wendet sich gegen die beantragten Änderungen.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.) begründet einen Antrag, im § 6 überall statt „Wagen“ zu schreiben „Waagen“ und wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Ostheim (fr. Bg.): Der Antrag Albrecht über die Eichung der Förderwagen und Fördergefäße ist unpraktisch. Um aber den berechtigten Beschwerden der Bergarbeiter abzuhelfen, beantrage ich, dem § 7, welcher die Neueichung von Förderwagen und Fördergefäßen vorschreibt, soweit sie zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Eichung bei jeder

Ludwig Thoma für einen elenden Skribenten, bereit und fähig, die öffentliche Sittlichkeit zu verletzen — oder aber sie wollte diesem verdächtigen Kerl zeigen, daß man sich in Preußen von dergleichen Leuten nicht imponieren läßt. Und so verbot sie auf Grund des § 5 der Polizeiverordnung — in Preußen gibt's für alles, was das Gesetz zulässig noch erlaubt, immer eine Polizeiverordnung, die es verbietet — den Vortrag von „Assessor Karlsen“ und „Amalie Mettenleiter“. So kamen die Harburger Genossen um den Genuß, von Thomas' bayerischem Humor zu kosten. Die Polizei aber tat nur ihre Pflicht, die preussische Kultur vor bayerischer Unstilität zu bewahren.

Humor und Satire.

Der reichste Fürst. (Frei nach Justus Kerner.)  
Preissend mit viel schönen Reden,  
„Doppelt hält“, sprach der Bettimer,  
Ihrer Länder Wert und Zahl,  
Ein zwiefach genährtes Meid.  
Sahen auf der Wiener Hochburg  
Darum haben wir in Sachen  
Deutsche Fürsten jüngst beim Mahl.  
„Herzlich ist mein Reich wie Babel“,  
Feterlich zuletzt erhob sich  
Sprach das Jubiläumskind:  
Der von Redenburg vom Eich:  
„Völler hab' ich mehr und Sprachen,  
„Habe nicht Moral, noch Wahrrecht,  
Als in Ungarn Käufe sind.“  
„Hoch das Wahrrecht“, rief der  
„Doch ein Kleinod bliz mir  
Preuße,  
Kermstern,  
„Das die Stimmen sorglich wägt  
Droß Ihr all mich glücklich preist:  
Und das Amt des Legislators  
Weiß nicht bis zum heut'gen Tage,  
Auf die starken Schultern legt!“  
Was Ihr Herrn Verfassung heißt!“

Bei! Da riesen miteinander  
Preußen, Sachsen, Ostpreußen:  
„Redenburg, Ihr seid der Reichste!  
Wären alle wir Euch gleich!“  
(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Theaterchronik. Als nächste Premiere wird das Deutsche Theater Herbert Gulenberg's Schauspiel „Ulrich, Fürst von Waldeck“ am Sonnabend, den 10. Mai, aufführen.  
Eine Stiftung für das Völkermuseum zu Berlin hat der in Eberswalde verstorbene Prof. Artur Dähler errichtet. Aus den Zinsen eines Kapitals von 125 000 M. soll eine Bibliothek für Ethnographie begründet und eine Zeitschrift für völkerverwissenschaftliche Forschungen erhalten sowie Expeditionen und Reisen auf Kosten des Kapitals bestritten werden. Ferner wurde eine frühere Stiftung Dählers um 150 000 M. erhöht. Die Sammlungen des Verstorbenen, zu der eine reiche Sammlung peruanischer Altertümer gehört, waren dem Museum schon früher geschenkt worden.

Kleines feuilleton.

Leopold Schönhoff ist nach schwerem Leiden im Alter von 55 Jahren in Wiesbaden, wo er Heilung suchte, gestorben. Den Lesern des „Vorwärts“ ist er aus der Zeit, da er unter Liebknecht's Redaktion regelmäßig die Sonntagsplaudereien und in der Unterhaltungsbeilage seine epigrammatisch knapp gehaltenen markanten Theaternotizen schrieb, in guter Erinnerung. Er war kein eigentlicher Parteimann, ein Gang zum Eingängertum, der ihn in jeder Hinsicht charakterisierte, stand dem im Wege, aber sein aufrichter Wahrheitsinn, seine Verachtung brutaler Geldmacht, das vollständige Empfinden, das ihm, dem Sohne armer bayerischer Landleute, im Blute lag, ließ ihn darum nicht weniger deutlich fühlen, auf welcher Seite hier das Recht stand. Ein Geistlicher, auf die Begabung des regen Knaben aufmerksam geworden, hatte für Leopolds Ausbildung gesorgt. Durch seine mit sicherem Blick das Wesentliche erfassenden, anschaulich darstellenden Berliner Theaterreferate für die „Frankfurter Zeitung“ gelangte er im Ausgang der achtziger Jahre, damals, als der junge Naturalismus sich auf der Bühne vielverbreitend zu regen begann, rasch zu bedeutendem Ruf und Ansehen. Seine Stimme wurde eine der meist beachteteten, man spürte, daß eine kernige, geschlossene Persönlichkeit hinter den Urteilen stand. Indessen Schönhoff selber hatte, wohl nach dem Eindruck aller, die ihm persönlich näher traten, wenig Freude an der Anerkennung. Er, der so gut über das Theater zu schreiben mochte, hegte die denkbar geringste Meinung von dessen Wert. Die Verquickung des Künstlerischen mit der geschäftlichen Spekulation, das ganze Drum und Dran gedankenloser Schaulust und eitlem Luxusgepräges wideren ihn, dessen Einsamkeitsdrängen die aufgezogene Gesellschaftsform des Bühnenkunstgenusses von vornherein antipathisch war, dermaßen an, daß er auch an dem mit unterlaufenden Guten kaum mehr rechte Freude empfinden konnte. Er liebte, seinen Groß gelegentlich in scherzhaft grotesken Uebertreibungen Luft zu machen und erging sich dann vor den verdubelten Hören in der Ausmalung eines sozialistischen Zukunftstheaters, in der, gleich nach der Abschaffung der Bourgeoisie auch die der Theater dekretiert sein würde. So galt ihm seine eigene Tätigkeit als wertlos und nutzlos, und diese Ansicht bestärkte, da er nichts anderes mehr ergreifen zu können glaubte, die Reizung zur Hypochondrie, die immer schwerer lastend ihn umging. Die wochenlangen Fußwanderungen, die er in jedem Sommer unternahm, boten ihm wider den Drud solcher träben Stimmungen zum Glück ein gewisses Gegengewicht. Da fand er wandernd Kameradschaft, wie er sie wünschte, Menschen, die von der Scheinwelt des Theaters, der Literatur und all dem nichtigen, wichtig tuenden Gerede über allerlei Dinge nie berührt worden waren. Bauern und Handwerksburschen, die vom wirklichen Leben, wie sie es mit ihren eigenen Augen ge-

Reparatur zu wiederholen ist, die eine wesentliche Veränderung des Raumverhältnisses zur Folge haben könnte.

**Abg. Sasse (Soz.):** Der Antrag Voßhein bedeutet keine Verbesserung gegenüber dem Gesetzentwurf. Ich bitte daher, unseren Anträgen zuzustimmen. Die Verunglückten des Abg. Doormann auf das Allgemeine Berggesetz von 1892 ist hinfallen, denn es wird im ganzen Steinkohlenbergbau nicht nach Gewicht bezahlt, das geschieht nur im Erzbergbau Deutschlands. Es handelt sich um sehr wesentliche Mengen, die nicht bezahlt werden, um 2 bis 3 Zentner pro Bagge, also bei einer Förderung von 20 bis 30 Wagen um eine sehr beträchtliche Schädigung der Arbeiter. Ich habe mit Recht von Betrug gesprochen, und der Bergbehörde kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Schweißereien gebuldet hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Anträge v. Kappenberg (zu § 9a), Delbrück (zu § 14) werden zurückgezogen. Die §§ 8, 7, 8, 9, 14 werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Desgleichen die folgenden Paragraphen.

Die §§ 18 und 23 werden zusammen beraten. § 18 bestimmt, daß die Eichämter staatliche Behörden sind und daß bestehende Gemeindeeichämter todtcrüchlich weiter gestattet werden können.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, zu sagen: „Die Eichämter sind staatliche oder kommunale Behörden“ und weiter zu bestimmen: „Für die Gemeindeeichämter gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Staatseichämter.“

§ 23 bestimmt, daß die Vorschriften über die Organisation der Eichbehörden nicht vor dem 1. Januar 1912 in Kraft treten sollen. Hierzu beantragen die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen, 1910 statt 1912 zu setzen.

Abg. Dettis (natl.) begründet einen Antrag zu § 18, den Gemeinden die Beibehaltung ihrer Eichämter zu gestatten.

Abg. Stolte (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die kommunalen Eichämter bestehen seit vielen Jahren und haben bewiesen, daß die Nachprüfung ebensogut von den Kommunalbeamten ausgeführt werden kann wie von den staatlichen Beamten. Es liegt daher gar kein Grund vor, die kommunalen Eichämter, die ihre Pflicht voll erfüllt haben, zu beseitigen. Davon, daß die Einheitslichkeit des Eichwesens durch das Bestehenbleiben der Kommunalämter irgendwie gefährdet werden könnte, kann gar keine Rede sein, da für die kommunalen Beamten genau dieselben Vorschriften gelten wie für die Beamten in den staatlichen Anstalten. Die anderen vorliegenden Anträge gehen uns nicht weit genug. Im Interesse der Gemeinden und der Industrie bitte ich Sie dringend, unseren Antrag anzunehmen. (Wabrol bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Auf die Einzelheiten der Materie will ich nicht eingehen, sie sind in der Kommission des vorigen Reichstages eingehend dargelegt worden. Man hat anerkannt, daß die Nachprüfung, welche den Angelpunkt der Vorlage bildet, nicht ohne Verstaatlichung der Eichbehörden durchgeführt werden kann.

Die Anträge der Sozialdemokraten und auch der Antrag Dettis sind für die verbündeten Regierungen unannehmbar.

Abg. v. Camp (Rp.): Wir haben keinen Anlaß, ein Veto des Reichstages den Gemeinden zu überlassen.

Abg. Everling (natl.) zieht den Antrag Dettis zurück.

Sächs. Bundesratsbevollmächtigter Fischer: Keine Regierung muß jedem Antrage widersprechen, der geeignet wäre, die Verstaatlichung der Eichämter hinauszuschieben. Schon jetzt hat die sächsische Regierung mit Rücksicht auf die bevorstehende reichsgesetzliche Regelung auf verschiedene Reformen vorläufig verzichtet.

Abg. Stolte (Soz.): Das Wohlwollen, von dem der Redner gesprochen hat, erfährt eine eigentümliche Beleuchtung durch die Klagen auch von nationalliberaler Seite. Wenn Herr Fischer in Sachen an leitender Stelle stände, wäre es vielleicht anders. (Heiterkeit.) Redner befürwortet nochmals den sozialdemokratischen Antrag. Neben Sie (nach rechts) doch nicht vor einem Stimmzettel des Bundesrats Ihre Grundsätze preis. (Wabrol bei den Sozialdemokraten.)

Die §§ 15 bis 18 werden unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags unverändert angenommen, desgleichen nach unwesentlicher Debatte der Rest des Gesetzes. Die vorliegenden Petitionen werden für erledigt erklärt.

Das Haus tritt in die zweite Lesung des Nachtrags- etats betr. die Teuerungszulagen ein.

Die Kommission beantragt eine Resolution, in der die Erhaltung ausgesprochen wird, daß für die in den Reichsbetrieben beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Hilfsarbeiter im Laufe des Rechnungsjahres eine angemessene Erhöhung der Bezüge eintreten werde.

Abg. Erberger (Z.): Es herrscht jetzt ein eigenartiger Modus zwischen Reichstag und Bundesrat. Wenn eine Vorlage an den Reichstag kommt und dieser die Vorlage erweitern will, erklärt der Bundesrat einfach: dann ist der Entwurf für uns unannehmbar. Wie kommt der Bundesrat zu dieser Haltung? Hiergegen müssen wir umso mehr protestieren, als die Gefahr vorliegt, daß auch bei der Vorlage über die Gehaltsaufbesserung der Beamten dasselbe geschehen wird. Ich bedaure, daß es nicht gelungen ist, auch nur die minimalen Verbesserungen, die wir in der Kommission beantragt haben, in das Gesetz hineinzubringen.

Reichschatzsekretär Sadow: Der Redner meint, wenn die Regierung von vornherein erklärt, wie weit sie gehen könne, so liege darin eine Degradierung des Reichstages. Das ist nicht der Fall. Wenn hier eine Stellungnahme der Regierung schon von vornherein erfolgt ist, so liegt darin vielmehr eine Rücksichtnahme auf den Reichstag. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wed. Heidelberg (natl.): Es ist Schuld der Regierung, daß wir den mangelhaften Weg der Teuerungszulage in diesem Jahre wieder beschreiten müssen. Auch unsere Wünsche gehen über die Regierungsvorlage hinaus; wenn wir sie zurückstellen, so hat uns dazu nicht das „Unannehmbar“ der Regierung veranlaßt, sondern die sachlichen Einwendungen der Regierung. (Zustimmung bei den Nationalliberalen, Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Wir erkennen die praktischen Bedenken gegen die Amendierung der Vorlage an, da doch nicht mehr zu erreichen ist und werden für die Vorlage stimmen.

Abg. Eichhoff (fr. Rp.): Die Hoffnung, die Vorlage in der Kommission auszugestalten, hat sich leider als trügerisch erwiesen. Es ist nicht einmal gelungen, den Beamten die Teuerungszulage zu sichern, die am 1. April v. J. keine Gehaltszulage erhalten haben und deren Ausschließung von der diesjährigen Zulage ganz unbegründet ist. Die Schuld des Reichstages ist es nicht, wenn nicht mehr zu erreichen ist.

Abg. Weder-Röhl (Z.) beantragt, daß die Arbeiter in den Reichsbetrieben keine Zulage erhalten.

Schatzsekretär Sadow betont, daß die Löhne dieser Arbeiter und Handwerker erhöht worden sind, als von der Erhöhung der Beamtengehälter noch keine Rede war. Die Regierungen werden auf dem eingeschlagenen Wege nach Bedürfnis diese Löhne zu erhöhen fortfahren.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Wll (Z.), Bruhn (Antif.) und Frhr. v. Camp (Rp.) schließt die Debatte.

Die Vorlage wird unverändert angenommen, ebenso die Resolution.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen.) 2. Lesung der Dampferubvention, der Kolonialbahn, der Ostmarkenzulage und der Vorlage betreffend Haftung des Tierhalters. Auf Antrag des Abgeordneten Hoch (Soz.) wird auch noch die Vorlage betr. § 63 des Handelsgesetzbuchs auf die Tagesordnung gesetzt. Schluß 7 Uhr.

## Ueber den Verlauf der Maifeier

im Reiche liegen noch eine Anzahl Meldungen vor, die durchweg erkennen lassen, daß überall da, wo Proletarier für ihre wirtschaftliche und politische Befreiung kämpfen, die Maifeier würdig und wirkungsvoll begangen wurde.

In Tegel hatten sich zur Vormittagsversammlung 200 Genossen eingefunden, die den Ausführungen des Referenten Kubig-Panlow lebhaften Beifall spendeten. — In Wilhelmshagen sprach in einer gutbesuchten Abendversammlung Genosse Franz Schneider-Berlin. — Die Genossen von Mählender-Buchhorst hatten eine Abendfeier veranstaltet, in der Genosse Wilhelm Ritsche die Festrede hielt. — Finsterwalde sah am Vormittag einen stattlichen Zug, der sich durch die Hauptstraßen nach dem Versammlungsorte bewegte, wo der Kandidat des Kreises, Genosse Schubert, die Festrede vor etwa 800 Teilnehmern hielt. Zu den Abendveranstaltungen hatten sich an 2000 Personen eingefunden. Die Polizei hatte in rührender Fürsorge die Aufführung lebender Bilder sowie den Tanz verboten. — Auch im Wahlkreise Jüllschau-Sommerfeld-Krossen, einem fast durchweg ländlichen Kreise, fanden in mehreren Orten gut besuchte Versammlungen statt. — Die noch vorliegenden Berichte aus den übrigen Gauen Deutschlands lassen fast durchweg einen erfreulichen Fortschritt der Arbeiterbewegung erkennen. Sie zeigen, daß der Gedanke der Maifeier sich unauflöslich in die Herzen der Proletarier eingepreßt hat und daß keine Drohungen des Unternehmertums imstande sind, die fortschreitende Erkenntnis der Notwendigkeit der Arbeiterzeitverfugung und der Schaffung wirklicher Arbeiterschutzgesetze hintanzuhalten.

## Außerordentliche Generalversammlung des „Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“.

Darmstadt, 8. Mai.

Die Teilnehmer der Generalversammlung eröffneten vormittags in einer nicht öffentlichen Aussprache die auf der Tagesordnung stehenden Punkte.

Die Generalversammlung selbst wurde nachmittags bald nach 2 Uhr vom Vorsitzenden des Verbandes, Genossen Körner-Mannheim eröffnet. Im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands begrüßte sodann Genosse Robert Schmidt-Berlin die Generalversammlung. Wenn auch der Anlaß, an dieser Sitzung teilzunehmen, um die durch das Reichvereinsgesetz geschaffene Lage zu besprechen, kein angenehmer sei, so sei doch nicht daran zu zweifeln, daß man neue Wege finden werde, um die Aufgaben, die sich die Organisation der „Jungen Garde“ gestellt hatte, zur Ausführung zu bringen. Er hoffe, daß sich die Gewerkschaften künftig mehr der Jugendagitation annehmen werden, um die enge Verbindung dieser Bewegung mit der Gewerkschaft herbeizuführen. Der nächste Gewerkschaftskongress wird sich mit der Frage beschäftigen.

Im gleichen Sinne entbot hierauf namens des Parteivorstandes der Parteisekretär Genosse Müller-Berlin die Grüße der Partei. Der beste Beweis, daß der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen“ Gutes geleistet habe, sei in der Ausstattung zu sehen, die Regierung und bürgerliche Parteien mit der gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung gerichteten Bestimmung des neuen Vereinsgesetzes dem Verbandserteilt habe. In der Sache sei schon so viel zu sagen, daß bei allen Unbequemlichkeiten, die der neue Zustand zur Folge habe, es der Reaktion nicht gelingen werde, die junge Saat zu vernichten. Der Parteivorstand werde dafür sorgen, daß sich der Münchener Parteitag mit der Jugendagitation beschäftigen werde, und es werde sicherlich dahin kommen, daß der von den Gegnern gegen uns geführte Schlag sich als ein Schlag ins Wasser erweisen werde. Wie die Partei sich nach Erlaß des Sozialistengesetzes den Verhältnissen angepaßt und doch nicht die prinzipielle Auffassung wie die politische Arbeit vernachlässigt, darüber auch die Mittel gefunden habe, das Sozialistengesetz möglichst zu überwinden, so werde auch jetzt die Folge des neuen Ausnahmegesetzes sein, daß schließlich die „Junge Garde“ und die Partei den Urhebern der neuen Bestimmungen Dankestelegramme senden können. Nachdem begrüßt noch Genosse Schäfer-Mannheim namens des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie und Genosse Ruppert-Darmstadt namens der Hessischen Landespartei die Generalversammlung.

Bereten sind 88 Orte mit 51 Delegierten.

Genosse Körner erstattet den Bericht des Hauptvorstandes. Danach zählte der Verband am 30. September 1908 88 Ortsgruppen, zu denen in der Zwischenzeit 81 neue kamen, während sich 22, meist in kleineren Städten, wieder aufgelöst haben. Eine Ortsgruppe wurde polizeilich aufgelöst, während 11 andere Organisationsformen umarmen. Gegenwärtig hat der Verband 85 Ortsgruppen und insgesamt circa 4000 Mitglieder, davon 250 weibliche. Eine Umfrage im vorigen Jahre hat ergeben, daß etwa zwei Drittel der Mitglieder weniger als 18 Jahre alt seien. Die Presse habe eine bedeutende Verbreitung gefunden; in Dresden z. B. seien aus den 200 Abonnenten, die die Zeitung dort anfänglich hatte, 2000 geworden. An Broschüren wurden 4119 Stück durch den Verband verkauft. Alles in allem sei zu sagen, daß der Verband mit Erfolg gearbeitet habe.

Genosse Frieß erstattet hierauf den Kassenbericht. Einschließlich eines Kassenbestandes von 168,85 M. am 21. September 1908 hatte der Verband seitdem eine Einnahme von insgesamt 6652,74 M. — darunter 4619,25 M. aus Marken und 1248,89 M. für die „Junge Garde“ —, hingegen eine Ausgabe von insgesamt 6197 M. — darunter 3210 M. Druckkosten der „Jungen Garde“ und 988,77 M. Porto —, so daß noch ein Kassenbestand von 454,75 M. ultimo März vorhanden war.

Zum Hauptpunkt der Tagung, zum Reichvereinsgesetz, führte der Referent, Genosse Reichstagsabg. Dr. Frank-Mannheim aus, daß wir nicht die gewünschte Einigkeit mit dem Reichvereinsgesetz, sondern die befürchtete Uniform bekommen haben. Es ist den jungen Leuten unter 18 Jahren nur noch das Recht zur Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen geblieben, auch wenn diese von politischen Vereinen ausgehen. Wir sind aber entschlossen, die alten Ziele zu verfolgen, wenn wir auch wohl neue Wege einschlagen. Zweierlei komme da hauptsächlich in Frage. Einmal der Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, der von der „Jungen Garde“ begonnen, nunmehr von den kräftigeren gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere von den Gewerkschaftsvereinen übernommen sein werde, wobei das Verdienst des Verbandes bleibe, dieses vernachlässigte Gebiet in Angriff genommen zu haben. Das zweite sei, dem jungen von der Schule entlassenen Arbeiter beizustehen, um die gewaltigen Bildungslücken, die die Schule gelassen habe, einigermaßen auszugleichen. Vor allem aber sei wichtig, daß die jungen Leute sogleich bei Verlassen der Schule den geeigneten Anschluß finden und erhalten während der Jahre, bis sie in die großen Organisationen eintreten können. Zur Ausführung dieser Aufgaben empfiehlt der Redner die Schaffung von Agitationskomitees in ganz Deutschland, sowie eines geeigneten großen Jugendorgans durch die Partei selbst, wozu auch der Parteivorstand durchaus geneigt sei, wie er auch sonst dafür eintreten wolle, daß die Partei die Mittel zu einer umfassenden und nachhaltigen Jugendagitation zur Verfügung stelle. Unter diesen Umständen sei der Verband der „Jungen Garde“ als Sonderorganisation nicht nötig und könne angesichts der neu geschaffenen Lage sich auflösen. Redner empfiehlt daher die vom Hauptvorstand vorgelegte Resolution folgenden Wortlaut:

Die außerordentliche Generalversammlung des „Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ protestiert mit Entschiedenheit gegen die durch das Reichvereinsgesetz beabsichtigte Entziehung der Arbeiterjugend.

Damit die Ziele der Jugendorganisationen unter den neuen Verhältnissen erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahre alten Genossen sind an allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu bilden, die für die Verbreitung der „Jungen Garde“ zu sorgen und in Verbindung mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bestehenden Ortsvereine sind, wo sie möglich, in unpolitische Bildungsvereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftslehrlingskommissionen bilden.

4. Der bisherige Hauptvorstand hat weiter und in Verbindung mit den Agitationskomitees für die Herausgabe der „Jungen Garde“ zu sorgen. Der bisherige Hauptvorstand nimmt den Namen „Zentralkommission für die Jugendagitation“ an.

5. Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „Junge Garde“ und Geldmittel des Verbandes an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abzutreten.

Genosse Müller vom Parteivorstand empfahl die Annahme der Resolution. Wenn auch der Parteitag noch kein Wort zu sprechen habe wie auch der Gewerkschaftskongress, so sei doch kein Zweifel, daß es gelingen werde, das Jugendorgan zu schaffen und auch die Mittel für die anderen Arbeiten zu erhalten. In gleicher Weise äußerte sich Genosse Robert Schmidt für die Gewerkschaften.

Die anschließende Diskussion bewegte sich im Sinne dieser Ausführungen; nur zwei württembergische Genossen meinten, daß auch unter dem neuen Gesetz der Verband weiter bestehen könne, wenn auch mit einigen Änderungen, was die Genossen Frank und Müller widerlegten.

Schließlich wurde die Resolution mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Ferner wurde noch die folgende Resolution angenommen: Der Umstand, daß die Aenderung in unserer Organisation gerade in die Zeit der Schulentlastung fällt und unsere Gegner daher die jungen Leute in die Lehrlingsvereine zu bringen suchen, sollte es allen organisierten Arbeitern zur Pflicht machen, alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären und von den gegnerischen Jugendorganisationen fernzuhalten.

Die organisierte Arbeiterschaft, speziell die Vertrauensmänner haben die Pflicht, alle jungen Leute beiderlei Geschlechts den Veranstaltungen zuzuführen, die von Seiten unserer Komitees arrangiert werden.

Es soll ein entsprechender Aufruf in allen Partei- und Gewerkschaftsblättern erlassen werden.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet, die mit einem Hoch auf die freie und sozialistische Jugendbewegung und dem Gesang der Marsellaise geschlossen wurden.

## Oberförster Lewandowski vor dem Schwurgericht.

Am 29. September v. J. verstarb in der Privatklinik des Professors Pawlowski der Leutnant v. Schmidt, genannt Pfeisfeld, an einer schweren Schussverletzung im Unterleib. Leutnant v. Schmidt, der im 5. Garderegiment zu Fuß in Spandau diente, hatte mitgegeben, daß er als Gast bei der im Hause Kaiser-Allee 22 wohnenden Oberförsterwitwe Frau Lewandowski gewillt habe, daß durch eigene Unvorsichtigkeit sein Revolver losgegangen und ihm die Kugel in den Unterleib gedrungen sei. Der Offizier verstarb noch an demselben Tage. Nach drei Monaten, am 27. Dezember, erstattete ein Fräulein Luise Suppl, die zur Zeit des Vorfalls Stütze bei der Frau Lewandowski gewesen war, von Brandenburg aus eine Anzeige bei der Schöneberger Kriminalpolizei, wonach Leutnant v. Schmidt nicht das Opfer einer Unvorsichtigkeit geworden, sondern von dem Oberförster Lewandowski, der ihn in früher Morgenstunden im Schlafzimmer seiner Frau getroffen habe, erschossen worden sei. Die darauf von der Polizei angestellten Ermittlungen bestätigten dann auch diese Behauptung und führten zur Verhaftung des Oberförsters Lewandowski. Lewandowski hatte die jetzt 38 Jahre alte statliche und elegante Frau Luise v. Korff geheiratet. Das Ehepaar mietete, obgleich sie beide vermögenslos waren, in der Kaiser-Allee 22 eine Wohnung, die mit höchstem Komfort eingerichtet und, wie die Frau behauptet, vielfach von eleganten Kavaliern, darunter Träger von Namen aus der höchsten Aristokratie, aufgesucht wurde. Am 1. Juli 1907 trat Lewandowski bei der Frau v. Korff auf dem Gute Stefanowo, Kreis Bentschen, Provinz Posen, eine Privatförsterei an und erhielt dort ein Gehalt von 2100 M. nebst freier Wohnung und Feuerung. Seine Frau blieb mit ihrer Gesellschafterin Fräulein Luise Suppl in ihrer Wohnung in Berlin zurück und besuchte hin und wieder ihren Ehemann auf dem Gute auf einige Tage. Nach den Ermittlungen und dem Geständnis des Angeklagten haben sich nun die Dinge in folgender Weise entwickelt: Am 29. September 1907, morgens gegen 6 1/2 Uhr, wurde an der Lewandowski'schen Wohnung heftig geklopft. Die Gesellschafterin der Frau v. Korff sprang aus dem Bett, keidete sich notdürftig an und öffnete. Vor ihr stand der Oberförster Lewandowski. Lewandowski klopfte an das Schlafzimmer seiner Frau, er vernahm dort ein Flüstern seiner Frau und eines fremden Mannes und forderte wiederholt vergeblich, daß ihm geöffnet werde. Er zog schließlich eine geladene Browning-Pistole hervor und schob durch die Tür in das Schlafzimmer hinein. Leutnant v. Schmidt, der in dem Schlafzimmer der Frau Lewandowski weilte, war getroffen. Fräulein Suppl wollte einen Arzt holen, der Angeklagte soll dies aber in barscher Tone unterfangen haben. Der Schwerverletzte wurde dann aber doch in die Klinik gebracht. Der Angeklagte hat nach seiner Verhaftung behauptet, daß er bei Ausübung der Tat seiner Sinne nicht mächtig gewesen sei, sondern blindlings seine Pistole abgefeuert habe, als er das Flüstern im Schlafzimmer seiner Ehefrau gehört hatte. Die Anklagebehörde hat ihm dies nicht geglaubt, sondern die Anklage wegen Totschlags erhoben.

Die Verhandlung begann gestern.

Unter den Zeugen befindet sich auch die Frau des Angeklagten, Luise Lewandowski, geb. Freiin v. Korff, die wegen Ruppel in Untersuchungshaft sitzt. Sie wird vom Vorsitzenden befragt, daß sie berechtigt sei, ihr Zeugnis abzulegen zu können, erklärt jedoch, daß sie auszusagen wolle.

Bei der Vernehmung des Angeklagten

bestätigte dieser folgende Angaben, die ihm der Vorsitzende aus den Akten vorhält: Er ist am 18. November 1872 zu Kassel geboren und hat erst das dortige Gymnasium besucht. Später besuchte er das Gymnasium zu Frankfurt a. M., welches er mit dem Einjährigzeugnis verließ. Der Angeklagte trat sodann als Fähnrich in die Armee ein und staltete schon nach kurzer Zeit wieder um. Verheiratet ist er seit dem 29. April 1901 mit der geb. Freiin v. Korff.

Angekl. Lewandowski: Nachdem ich in einer Forstwirtschaft in Oberarthain in Oesterreich die nötigen Vorkenntnisse erlangt hatte, ging ich zur Großherzoglich Sächsischen Forstakademie in Eisenach über, wo ich das Referendarexamen machte. Ich kam im Jahre 1901 nach dem Fürstlich Reichsheim Forstrevier Hohenberggrün als Privatförster und verblieb dort bis zum Jahre 1906. — Korff: Hier lernten Sie ja wohl auch Ihre jetzige Frau kennen und haben geheiratet? Im Jahre 1903 bezogen Sie dann nach der Abstrafe in Grünau.

**Warren Sie eigentlich damals irgendwelches Vermögen?**  
Angell.: Nein. Ich wurde von meiner Großmutter unterstützt. —  
Vorl.: Wieviel haben Sie ungefähr erhalten? — Angell.: In Zinns-  
besengrün habe ich etwa 6000 bis 8000 M. Wargeld erhalten. —  
Vorl.: Hatte Ihre Frau Vermögen? — Angell.: Sie behauptete  
immer, Geld zu haben, hat mich darüber aber nie angefragt! —  
Vorl.: Haben Sie denn nie danach gefragt, woher nun eigentlich  
das Geld kam, das für den Haushalt verwendet wurde? — Angell.:  
Nein. Meine Frau hat mir nur gesagt, daß sie von ihrem Onkel,  
dem General v. Korff, große Zuwendungen erhalte. — Vorl.: Haben  
Sie denn einmal gesehen, daß Ihre Frau von dem Onkel Geld  
erhalten hat? Es muß Ihnen doch aufgefallen sein, daß immer  
Geld vorhanden war, obwohl Sie damals keinen Verdienst hatten?  
— Angell.: Gesehen habe ich nicht, daß sie Geld bekommen hatte,  
aber meine Frau hatte eben immer Geld. Die ganzen Finanz-  
verhältnisse, wenn ich mich so ausdrücken darf, hat meine Frau  
besorgt. — Vorl.: Sie mieteten nun die Wohnung in der Kaiser-  
allee. Wieviel Miete bezahlten Sie denn dort? — Angell.: Das  
weiß ich nicht genau. Es war eine Fünfstümmertwohnung, die, wie  
ich glaube, 1000 oder 1500 M. gekostet hat. — Vorl.:  
**Woher bekamen Sie denn eigentlich Geldmittel in der Zeit, als  
Sie ohne Stellung waren?**  
Angell.: Wenn ich Geld brauchte, ließ ich mir von meiner Frau  
etwas geben. — Vorl.: Ich habe immer noch keine Erklärung dafür,  
daß Sie sich gar kein Kopfschütteln darüber gemacht haben sollten,  
woher das Geld eigentlich kommt. Jeder Mann hat doch ein ge-  
wisses Interesse daran, zu erfahren, woher das Geld zur Erhaltung  
des Hausstandes kommt. — Angell.: Mit den Geldangelegenheiten  
habe ich mich so gut wie gar nicht beschäftigt. Meine Großmutter  
hat mich ebenfalls wiederholt unterstützt, nachdem ich um Geld  
an sie geschrieen hatte.  
Auf weitere Fragen des Vorstehenden erklärt der Angeklagte:  
Von der Pariser Straße an habe seine Frau ein Pensionat und auch  
eine Schneiderakademie für Damenleider gehabt. Von dort seien  
sie nach dem Alexanderufer 2 gezogen. Seine Frau, die stets drei  
bis vier Pensionäre hatte, habe diese Wohnung für 3000 M. ge-  
mietet. Unter den Pensionären, die in der Pension gewohnt, nennt  
der Angeklagte eine Reihe von Namen, darunter auch den Reichs-  
grafen Arz zu Wargeng. — Vorl.: Von dem Alexanderufer sind sie  
dann nach der Kaiserallee 222 gezogen. Was haben Sie dort an  
Miete bezahlt? — Angell.: Der Preis war noch höher. — Vorl.:  
Das war nun gerade zu der Zeit, wo Sie in Pensionen eine Stellung  
annehmen wollten? — Angell.: Ja. — Vorl.: Das ist doch aber  
merkwürdig. Sie wollen nach Pensionen in eine bescheidene Stellung  
gehen und mieten eine sehr teure Wohnung. — Angell.: Meine  
Frau wollte, ehe die Stellung in Pensionen nicht ganz fest gemacht  
worden wäre, nicht aus Berlin weggehen. — Vorl.: Um den teureren  
Umzug zu ersparen, mieten Sie eine sehr teure Wohnung?! —  
Angell.: Schweig. — Vorl.: Waschen Sie uns doch nichts vor,  
Angeklagter! Es ist doch wohl besser für Sie, wenn Sie uns die reine  
Wahrheit sagen! — Angell.: Ich sage alles, wie es ist und mache  
gar keine Winkelzüge. — Vorl.: Ja, woher dachten Sie denn, daß  
Ihre Frau all das Geld beschaffte, was sie hatte bezw. brauchte? —  
Angell.: Meine Frau hatte

**mit dem Grafen Arz zu Wargeng ein Heiratsprojekt**  
vor und hoffte, daß da etwas Erledigtes für sie herauszukommen  
würde. — Vorl.: Sie gingen nun in den letzten Junitagen nach  
Stephanowa. Ihre Frau blieb hier. — Angell.: Ja, wir besuchten  
uns mündlich gegenseitig. — Vorl.: Wie oft hat Sie denn Ihre  
Frau in Stephanowa besucht? — Angell.: Zwei- bis dreimal. —  
Vorl.: Nun kam das Mandat 1907 in der Nähe von Stephanowa.  
Ihre Ehefrau war zu jener Zeit gerade dort. — Angell.: Ich hatte  
sie gebeten, zu kommen; es kamen

**Offiziere zur Einquartierung**  
und ich wußte nicht, wie ich sie beschützen sollte. — Vorl.: Unter  
den Offizieren befand sich auch der Leutnant v. Schmidt-Bihelbeck?  
— Angell.: Er war Quartiermacher und machte Quartier für sich  
und drei Offiziere. — Vorl.: Auf wie lange? — Angell.: Auf drei  
bis vier Tage. — Vorl.: Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß Leutnant  
v. Schmidt mit Ihrer Frau in näheren Verkehr trat? — Angell.:  
Mir ist nichts aufgefallen, ich hatte nicht den geringsten Argwohn.  
— Vorl.: Leutnant v. Schmidt ist aber doch nach Beendigung der  
Einquartierung noch einmal zu Ihnen gekommen. — Angell.: Ja,  
auf einen Tag. — Vorl.: Das fiel Ihnen auch nicht auf? —  
Angell.: Nein, ich hatte ihn lieb gewonnen durch sein nettes, frisches  
Wesen und weil er sich auch bereit erklärt hatte, eventuell sich einmal  
zur Erlangung einer passenden Stellung für mich zu verwenden.  
Er war auch ein passionierter Jäger, und wir waren zur Birch  
gefahren, ohne daß er zum Schuß gekommen wäre, und so dachte ich,  
er wolle noch einmal sein Glück versuchen. — Vorl.: Als er dann  
abzog, ist er dann nicht zusammen mit Ihrer Frau abgezogen?  
— Angell.: Ja, er fuhr bis Schwiebus mit, das ist mir aber nicht be-  
sonders aufgefallen. — Vorl.: Hat der Leutnant v. Schmidt nicht  
auch einmal eine Dedikation an Sie gemacht? — Angell.: Ja, einen  
bezogenen Zigarettenbehälter. — Vorl.: Nun kommen wir zum  
Sonnabend, den 28. September.

**Weshalb entschlossen Sie sich so plötzlich, nach Berlin zu reisen**  
und noch dazu in der Nacht? — Angell.: Der Entschluß kam mir  
plötzlich. Ich hatte meiner Frau geschrieben, sie sollte doch zu mir  
herüberkommen, sie hatte es aber abgelehnt. — Vorl.: Sie sollten  
an jenem Tage sehr niedergeschlagen gewesen sein. — Angell.: Ich  
lebte da in einem einsamen Forsthaus, ohne jede mir zuzugende  
Gesellschaft und da war ich öfter mißgestimmt. Kurz vorher hatte  
mir außerdem Frau v. Alting gekündigt. Ich hatte mich zur Reise  
ohne jede Absicht und ohne jeden Hintergedanken entschlossen.  
— Vorl.: Sie fuhren 3.10 Uhr nachts ab und trafen um 6.25 Uhr auf  
Waldhof Zoologischen Garten ein. Gegen 8.35 Uhr waren Sie schon  
in Ihrer Wohnung in der Kaiserallee. Was ist da nun geschehen?  
— Angell.: Auf mein Klingeln wurde mir von einem jungen  
Mädchen, das mich nicht kannte, geöffnet. Sie verteilte mir den  
Einlaß und meinte: Das könnte ein jeder sagen, daß ich der Ober-  
förster Lewandowski sei. Sie gab aber schließlich ihren Widerstand  
auf und ließ mich hinein, während sie selbst sich zurückzog. Ich

**Klopfte an das Schlafzimmer meiner Frau,**  
dessen Tür dicht neben dem Korridor Eingang liegt. Die Tür war  
verriegelt, was mir zunächst nicht auffiel. Da nicht geöffnet  
wurde, klopfte ich mehrere Male. Da sagte meine Frau: Sie käme  
gleich! Ich mußte aber lange warten. Dann trat ich mit meiner  
Frau in dem genannten kleinen Salon zusammen, sie war  
nur mit dem Nachthemd bekleidet.

— Vorl.: Mein Gott, haben Sie denn der Frau gar nichts weiter  
gesagt; man läßt doch seine Frau nicht so im bloßen Hemd herum-  
tanzen! — Angell.: Sie machte mir starke Vorwürfe, daß ich sie so  
unangemeldet überfiele und erklärte mir, daß sie sich dieses ver-  
biten müsse. Da ist mir die Luft vergangen, mit ihr in das  
Schlafzimmer zu gehen. — Vorl.: Dann ging Ihre Frau nach  
Ihrer Behauptung wieder in das Ankleidezimmer und verriegelte die  
Tür? — Angell.: Ich hing dann an, Veracht zu schöpfen und war  
fürchterlich aufgeregt. Ich klopfte an die Tür. Da kam es mir  
so vor, als ob drinnen geklüffelt würde. Ich verlangte nochmals,  
daß geöffnet werden sollte und wollte wissen, wer da sei. Ich schlug  
in meiner Erregung die nicht durchschlossene Scheibe ein, sowohl von  
der Schlafzimmers- als auch von der Ankleidezimmertür. — Vorl.:  
Es waren die links stehenden Scheiben? Sie sind ein Linkshänder?  
— Angell.: Ja. — Vorl.: Wir groß waren die Lächer, die Sie in  
die Scheiben schlugen? — Angell.: Etwa zwei Hände groß. —  
Auf weitere Fragen des Präsidenten erklärt der Angeklagte, daß  
er zwar durch das Loch in der Scheibe habe durchsehen können, er  
habe aber nichts erkennen können, da es ganz dunkel gewesen. Er  
habe das benennende Verlangen gehabt, zu wissen, wer da wäre.  
Er habe sich in einer unbeschreiblichen Aufregung befunden. —  
Vorl.: Was haben Sie getan, um der Wahn herauszukommen?  
— Angell.: Ich habe gedroht, durch die Tür zu schlagen. Dieses Hin  
und Her bewegte eine ganze Zeit und ich zogte mich immer mehr  
auf. — Vorl.: Sie konnten doch aber durch das Loch in der Tür-  
scheibe greifen und den Riegel öffnen. — Angell.: Daran habe ich

wohl nicht gedacht. Ich hatte mich auch beim Einschlagen der Scheibe  
an der Hand verletzt. Meine Frau kam dann in den kleinen Salon  
und suchte mich zu beruhigen. — Präsl.: Schließlich  
schossen Sie nun durch die Tür  
des Ankleidezimmers vom Korridor aus, wo Sie Posto gefaßt  
hatten. Was geschah nun weiter? — Angell.: Von innen rief  
jemand: Herr Oberförster, ich habe einen Streifschuß bekommen.  
Nach kurzer Zeit kam dann Herr v. Schmidt heraus. — Präsl.:  
Was hatten Sie für einen Gedanken, als Sie loskamen? —  
Angell.: Ich wollte nur einen

**Schredschuß**  
abgeben, damit derjenige, der drinnen war, sich melden sollte.  
Meine Aufregung war unerträglich. — Präsl.: Sie sind leidlicher  
Bistolenjäger? — Angell.: Ja. — Vorl.: Sie haben es sich also  
in dem fröhlichen Augenblick auch nicht einmal klar gemacht, daß  
die Möglichkeit vorhanden war, daß Sie auch in der Weise, wie Sie  
geschossen haben, einen Menschen treffen konnten? — Angell.: Da-  
ran habe ich nicht im entferntesten gedacht, daß ich jemand treffen  
sollte. — Vorl.: Die Browningspistole trugen Sie, wie festgestellt  
ist, ja fast ständig bei sich, und zwar in der Gefäßtasche. Nach dem  
Schuß verging wohl noch eine ganze Zeit, ehe sich Herr von Schmidt  
meldete. Schließlich kam er aus dem sogenannten kleinen Salon  
heraus. Sie standen wohl noch mit der Pistole in der Hand auf  
dem Flur und beobachteten die drei Eingänge? — Angell.: Darüber  
kann ich Bestimmtes nicht mehr sagen. — Vorl.: In dem kleinen  
Salon bekamen Sie von Schmidt wohl zuerst zu Gesicht. — Angell.:  
Zunächst. Ich habe ihn sofort erkannt. — Vorl.:

**Wie war von Schmidt denn bekleidet?**  
Angell.: So weit ich mich noch erinnere, hatte Schmidt nur  
das Hemd und eine weiße Tennis- oder Unterhose an. Ein blaues  
Jackett trug er über den Arm gelegt. — Vorl.: Als Sie Herrn  
v. S. sahen, hat er da zu Ihnen etwas gesagt? — Angell.: Er  
wollte mir etwas sagen, ich rief ihm aber sofort zu: „Auf die Knie,  
nur auf den Knien haben Sie mir etwas zu sagen.“ — Vorl.: Sie  
sollen darauf noch gesagt haben, Schmidt solle so, wie er stehe und  
gehe. Ihre Wohnung verlassen. — Angell.: Zunächst, das stimmt.  
— Vorl.: Sie sollen aber ferner noch gesagt haben: Wenn ich ge-  
wünscht hätte, daß Sie es sind, Herr von Schmidt, dann hätte ich nicht  
geschossen. — Angell.: Das ist möglich, daß ich so etwas gesagt habe.  
— Vorl.: Diese Erklärung ist doch aber höchst eigentümlich. Sie  
müssen doch demnach damit schon vorher gerechnet haben, daß Sie  
jemand im Zimmer treffen würden. Ihre jetzige Erklärung und  
Ihre damalige Aeußerung lassen sich doch schwer miteinander ver-  
einigen. Haben Sie sich wirklich nicht gesagt: Wenn da einer  
stehen sollte, so schießt da ihn eben nieder? — Angell.: Nein, etwas  
derartiges habe ich bestimmt nicht gedacht. Ich habe nur deshalb  
den Schuß abgegeben, um festzustellen, ob überhaupt jemand und  
wer da war. — Vorl.: Als dann Fräulein Supplé hinzukam, sollen  
Sie nochmals zu von Schmidt gesagt haben: Verlassen Sie, so wie  
Sie sind, meine Wohnung. Herr von Schmidt hat die Supplé, sie  
mochte doch erlauben, daß er sich in ihrem Zimmer auf das Bett  
legen könne, da er sich infolge der Verletzung sehr schwach fühle. —  
Angell.: Das weiß ich nicht mehr. Ich sah nur noch, wie Schmidt  
mit Fräulein Supplé nach hinten ging. — Vorl.: Nach kurzer Zeit  
soll die Supplé aber schon wieder gekommen sein und Ihnen gesagt  
haben, daß Herr von Schmidt anscheinend schwer verletzt sei und  
sie deshalb einen Arzt holen wolle. — Angell. (einfallend): — und  
dabei soll ich gesagt haben:

**Der Herr soll meinewegen verrecken,**  
ein Arzt wird nicht geholt. Ich kann nur sagen, daß ich dies nicht  
schlecht oder böswillig gemeint habe. Ich sagte mir damals, daß  
Schmidt von dem Streifschuß, von dem er selbst immer nur ge-  
sprachen hat, nicht sterben würde. — Vorl.: Sie sollen sich übrigens  
verhältnismäßig schnell wieder mit Ihrer Frau ausgehört haben?  
Es wird behauptet, daß Sie schon am Nachmittag desselben Tages  
am Fenster

**auf dem Schoß Ihrer Frau gesessen**  
haben sollen, oder umgekehrt sie auf Ihrem Schoße. — Angell.: Das  
muß ich ganz entschieden in Abrede stellen. Im Gegenteil, ich habe  
mit meiner Frau noch sehr heftige Auseinandersetzungen gehabt.  
Später bin ich zusammengebrochen und habe mich auf ihrem Schoße  
ausgeweidet. — Vorl.: Sie sollen auch am Nachmittag noch zu der  
Frau Kurjanski gesagt haben: Wenn ich gewußt hätte, daß es  
von Schmidt war, hätte ich überhaupt nicht geschossen. Erklären Sie  
mir doch diese auffällige Aeußerung? — Angell.: Ich kann nur  
sagen, daß ich damit meinte, wenn ich gewußt hätte, daß ich jemand  
treffen würde, so hätte ich überhaupt nicht geschossen. — Vorl.: Sie  
finden also, wie es den Anschein hat, überhaupt keine ausreichende  
Erklärung dafür.  
Auf Fragen des Staatsanw.-Rats läßt sich Angeklagter zu,  
daß ihm seine Frau von Berlin aus nach Stephanowa zweimal  
größere Geldbeträge zur Unterstützung geschickt hat und daß auch  
sehr häufig der Gerichtsdollmetscher bei ihm aus- und eingegangen  
ist. — Staatsanw.: Wenn Sie, wie Sie sagen, nur einen Schred-  
schuß abzugeben beabsichtigt hätten, ohne dabei jemand treffen zu  
wollen,

**weshalb haben Sie nicht nach der Bede geschossen?**  
Es war dies doch das Nächstliegende. — Angell.: Ich habe seiner-  
zeit gar nicht daran gedacht, da ich zu aufgeregt war. —  
Staatsanw.-Rat läßt: Ich habe jetzt einen Antrag zu stellen.  
Es ist erforderlich, daß zur Beurteilung der Sache auch das ganze  
eheliche Leben des Angeklagten näher erörtert werden muß. Es  
werden hierbei wohl Dinge zur Sprache kommen, die nicht geeignet  
sind, in der Öffentlichkeit verhandelt zu werden. Ich stelle deshalb  
den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit.  
Das Gericht beschließt

**die Öffentlichkeit auszuschließen.**  
Der Ausschluß der Öffentlichkeit bleibt bis zum Schluß der  
gestrigen Sitzung aufrecht erhalten. Es wurden mehrere männliche  
und weibliche Zeugen vernommen, welche über das eheliche Leben  
des Angeklagten und seiner Ehefrau und über manche pikante Be-  
sonnheiten in der Wohnung der letzteren Aufschluß geben sollten.  
Dieser Teil der Beweisführung soll den Geschworenen eine Grund-  
lage zur Beurteilung bieten, ob der Angeklagte von dem seiner  
Frau nachgesagten Treiben auf erotischem Gebiete unterrichtet ge-  
wesen sein dürfte, ob er daselbst begünstigt und seinen Nutzen davon  
gezogen hat und inwiefern seiner Erklärung Glauben zu schenken  
ist, daß er an dem kritischen Morgen ohne jeden Hintergedanken nach  
Berlin gereist und ganz „zufällig“ den Leutnant von Schmidt in  
dem Schlafzimmer seiner Ehefrau übertraf. — Die Ver-  
handlung wurde in später Nachmittagsstunde auf Dienstag vertagt.  
Die Öffentlichkeit soll auch an diesem Tage ausgeschlossen bleiben.

## Aus der Partei.

**Die Landtagskandidatur in Altona-Ostensen.**  
Die Genossen des s. schleswig-holsteinischen Landtagswahlkreises  
hatten die Kandidatur dem Genossen Leo Kronen übertragen.  
Leider ist der Gesundheitszustand des Genossen, der schon bei An-  
nahme der Kandidatur etwas leidend war, ein derartig schlechter  
geworden, daß der Arzt ihm nur dann Heilung versprechen konnte,  
wenn er einen längeren Aufenthalt im Süden nimmt und sich  
vollständig der Ruhe hingibt. Unter diesen Umständen war Genosse  
Kronen genötigt, die Kandidatur niedersulegen. Die dortigen Ge-  
nossen haben nunmehr den Genossen Emanuel Wurm mit  
der Kandidatur betraut.

**Gemeindevorsteher.**  
Einen schönen Erfolg errangen unsere Genossen bei den  
Wahlen zur Gemeindevorsteherung in Oberstein a. d. Rabe.  
Alle fünf sozialdemokratischen Kandidaten wurden trotz der Aus-  
sperrendrohungen der dortigen Unternehmer mit großer Majorität  
gewählt.

**Sollen Arbeitergeschworene von der Parteikasse unterstützt werden?**  
In Wahren kommt es jetzt öfters vor, daß Arbeiter als Schöffen  
oder als Geschworene herangezogen werden. Auf dem Gantag  
der Sozialdemokratie Nordbairerns wurde nun ein  
Antrag eingebracht, es möchten Parteigenossen in diesem Fall ihren  
Lohnverlust von der Parteikasse ersetzt bekommen, so lange der  
Staat an Schöffen und Geschworene eine Entschädigung nicht be-  
zahle. Genosse Rechtsanwält Dr. Süßheim trat dem Antrag aus  
prinzipiellen und taktischen Gründen entgegen. Würde man den An-  
trag zum Beschluß erheben, so könnte es leicht sein, daß von solchen  
Schöffen oder Geschworenen gesagt wird, sie seien von der Sozialdemo-  
kratie bezahlte oder ausgehaltene Richter und die Staatsanwaltschaft  
würde jeweils bei Bildung der Geschworenenbank von ihrem Ab-  
lehnungsberechtigt Gebrauch machen. Die Konferenz lehnte dem  
auch den Antrag ab.

**Aus den Organisationen.** In Augsburg ist die Mitglieder-  
zahl des sozialdemokratischen Vereins so groß geworden, daß eine  
Verformung des Vorstand beauftragte, sich mit der Anstellung  
eines Parteisekretärs zu beschäftigen.

**Von einem schweren Mißgeschick**  
betroffen wurde gestern Genosse Waberski in Hamburg. Er  
wollte in Altona einen Freund besuchen, stürzte von der Treppe  
und erlitt dabei einen Schädelbruch, so daß er ins Altonaer  
Krankenhaus übergeführt werden mußte. Waberski ist seit  
längerer Zeit als Redakteur am Hamburger „Echo“ tätig und hat  
als dessen früherer Verantwortlicher mehrere längere Freiheits-  
strafen erlitten. Hoffentlich erholt sich Genosse Waberski recht  
bald von dem schweren Unfall.

**Behandlung sozialdemokratischer Verführer.**  
Genosse Rardwald, der, wie bekannt, wegen angeblicher  
Majestätsbeleidigung zu der enorm hohen Strafe von 1 Jahr  
3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hatte gleich nach Ab-  
weisung seiner Revision durch das Reichsgericht einen Antrag  
an die Staatsanwaltschaft gerichtet, ihn seine Strafe in Königs-  
berg verbüßen zu lassen. Gleichzeitig eruchte er um die nach den  
geltenden Vorschriften möglichen Vergünstigungen wie Selbst-  
beschäftigung usw. Die Strafe in Königsberg zu verbüßen, hat  
der Oberstaatsanwalt abgelehnt. Rardwald muß vielmehr zur  
Strafverbüßung ins Altonaer Gefängnis. Auf die sonstigen  
Wünsche hat die Staatsanwaltschaft gar keine Antwort erteilt.  
Auf die Vergünstigung der Selbstbeschäftigung hat Genosse  
Rardwald auf Grund des § 16 des Strafgesetzbuches Anspruch  
kaufend, wird Rardwald durch eine Beschwerde beim Justiz-  
minister über die Verfügung des Königsberger Oberstaatsanwalts  
zu erreichen versuchen, daß ihm wenigstens dieselbe Behandlung  
bei der Strafverbüßung zuteil wird, wie sie mancher „hochgeborene“  
Sittlichkeitsverbrecher genießt.

**Pollizielles, Gerichtliches usw.**  
Wegen angeblicher Beleidigung der Wilhelmshäbener Polizei  
wurde der Verantwortliche des „Hamburger Echo“ zu 100 M.  
Geldstrafe verurteilt. Das „Norddeutsche Volksblatt“  
in Vant hatte seinerzeit in derselben Sache 1000 M. Geldstrafe  
erhalten; an den Bericht über die Gerichtsverhandlung hatte das  
„Hamburger Echo“ einige Bemerkungen geknüpft, die das strafbare  
Delikt enthalten sollen.

**Strafakto der Presse.** Genosse Behold als verantwortlicher  
Redakteur der Erfurter „Tribüne“ wurde wegen Beleidigung des  
Redakteurs und Verlegers des Blattes „Semie“ in Altona vom  
dortigen Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der  
Käferische Anwalt hatte eine „ganz exemplarische“ Freiheitsstrafe  
beantragt. Die Verhandlung selbst führte zu einer schweren  
moralischen Niederlage des Klägers.

**Wegen Beleidigung eines Pastors** wurde vor einiger Zeit Ge-  
nosse Leopoldi, Redakteur am Haleschen „Volksblatt“, vom  
dortigen Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.  
Das Landgericht hat in der Berufung die Strafe auf einen Monat  
herabgesetzt. — Der Verleger des Haleschen „Volksblattes“, Ge-  
nosse Groß, wurde von der Beleidigung des Gendarmen Parl  
aus Lodowig von der Strafkammer des Landgerichts in Halle frei-  
gesprochen.

## Soziales.

**Unfallverhütungsvorschriften sind für die Rabe.**  
Wegen fahrlässiger Tötung infolge eines  
Wauunfalles hatte sich am Donnerstag der Schachtmeister  
Doktor Polzin vor der zweiten Strafkammer des Land-  
gerichts III zu verantworten. Auf dem Gelände der Terraingel-  
schaft „Groß-Berlin“ in Friedrichsfelde werden seit Anfang Sep-  
tember vorigen Jahres Erdarbeiten zwecks Anlegung von Straßen  
ausgeführt. Die abzulagernden Bodenmassen werden mittels  
einer Feldbahn mit Lokomotivbetrieb etwa zwei Kilometer weit  
fortgeschafft. Gegen Abend des 27. September wurde dem  
Schachtmeister Polzin von dem Vorarbeiter gemeldet, daß  
an einem Kippwagen des bereits beladenen Arbeitszuges eine von  
den beiden Feststellvorrichtungen — ein sogen. Schlemper — fehle.  
Der Schachtmeister erwiderte: „eine Reise geht er noch.“ Er gab aber dem  
Vorarbeiter den Auftrag, den Schlemper anzubringen. Entgegen  
den Unfallverhütungsvorschriften verließ auch der  
Kippwagen im Waugzug, welcher nach der „Kippe“ abfuhr. Als der  
Zug leer zurückkam, wollte der Schmieid den Schlemper anbringen,  
aber er hatte nicht. Und da es inzwischen Feuerabend war, wurde  
der schadhafte Wagen auch wieder beladen. Als der Kasten  
etwa zur Hälfte voll war, kippte er um. Ein jammervolles Geschrei  
drang unter dem ungeheuren Rosten hervor. Der Arbeits-  
burische Landskron aus Friedrichsfelde lag unter dem Wagen  
eingeklemmt. Derselbe wollte gerade den Wagen schmieren, als der  
Wagen umkippte. Auch hier war gegen die Unfall-  
verhütungsvorschriften verstoßen worden. Erstens  
war der Junge erst 18 Jahre alt und durfte deshalb zu derartigen  
Arbeit nicht verwendet werden; und zweitens sollen die Wagen  
während des Beladens nicht geschmiert werden. Der Junge wurde  
noch lebend hervorgezogen, starb aber bald nach der Ein-  
lieferung im Krankenhaus Friedrichshain. Der  
angeklagte Schachtmeister verteidigte sich damit, daß  
es nicht üblich sei, wegen solch kleiner Mängel — fehlen  
eines Schlemper — einen Wagen gleich auszulegen. Außerdem  
hätte er geglaubt, der Schmieid würde die kleine Reparatur noch  
fertig machen. Am anderen Morgen hätte er aber soviel anderes  
zu tun gehabt, daß er sich um den Wagen nicht mehr kümmern  
konnte. Auch hätte er dem Jungen keinen Auftrag gegeben, den  
Wagen zu schmieren. Derselbe hätte wohl bisher bei dem Pferde-  
betrieb die Wagen geschmiert; zum schmieren bei dem eben ein-  
gerichteten, viel gefährlicheren Dampftrieb, hätte er aber einen  
älteren Mann bestimmt. Ein als Junge vernommener Arbeiter  
bekundete auch, daß der Junge nach dem Unfall noch gesagt hätte:  
„Der Meister hat mir nicht beigeht.“

Ein als Sachverständiger vernommener Geheim-  
Regierungsbaurat der Igl. Eisenbahndirektion  
wurde zum Verteidiger des Angeklagten. Er meinte, bei solchem  
Vandebetrieb wird es erfahrungsgemäß mit den Vorschriften nicht  
immer so genau genommen. Es hätte auch nicht viel auf sich gehabt,  
daß der Schachtmeister den Wagen, trotz des Fehlens des Schlemper,  
im Arbeitszug beließ. Er hatte dem Vauwärter den Auftrag zur  
Reparatur gegeben, und er hätte sich darauf verlassen können, daß  
der Schmieid den Wagen noch machte. Wenn der Arbeiter, welcher den  
Wagen belud, den Kasten nicht ungleichmäßig belastet hätte, so wäre  
er nicht umgekippt. Der Schachtmeister hätte nicht so viel Zeit, jeden  
Morgen jeden Wagen nachzusehen, ob er auch betriebsfähig ist. Da-  
zu hätte er wieder noch seine Vorarbeiter, auf die er sich verlassen  
müßte. Trotzdem nun zwei Zeugen bekundet hatten, daß der  
Unternehmer erst zwei Tage vor dem Unfall dem Schachtmeister aus-  
drücklich aufgegeben hatte, jeden schadhafte Wagen sofort zu ver-

riren, wurde der Angeklagte freigesprochen. Die Urteilsgründe des Gerichts deuten sich vollständig mit dem Gutachten des Herrn Geheimrats. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

Auf's Schärfste zu mißbilligen aber ist, daß zur Entschuldigung der Fahrlässigkeit, die ein Menschenleben vernichtet hat, seitens des Sachverständigen und des Gerichts die häufige Uebertretung als Entlastung angenommen wurde. Diese Praxis auf andere Delikte übertragen, müßte dahin führen, den Gewohnheitsdieb freizusprechen. Die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften wird immer laager, Leben und Gesundheit der Arbeiter würden immer mehr gefährdet werden, wenn die in diesem Prozeß betätigte Praxis allgemeine Regel werden sollte. Würde für alle Fälle fahrlässiger Körperverletzung derjenige, der von der häßlichen Arbeit Gevinn hat, der Unternehmer selbst, bestraft werden und würden als Richter in solchen Fällen nur aus allen Teilen der Bevölkerung von dieser gewählte Richter sitzen, so würde die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Unfälle endlich erheblich geringer werden.

#### Wieder ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen.

Der soeben erschienene Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe zu Krefeld beschäftigt sich ausführlich mit einem „Erlaß“ des Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, welcher der Ortskrankenkasse des Bezirkes ganz genau vorschreiben möchte: „welche Bücher und Formulare in der Kassenverwaltung zu benutzen sind, wann und unter welchen Voraussetzungen Zahlungen geleistet werden dürfen, wie und wo über den Empfang der Gelder Quittung zu leisten ist, wie sich die Kassenvorstände und wie sich die Kassenvorsitzenden, sowie die Vorstände zu verhalten haben“.

Ein 108 Seiten starkes Buch enthält alle diese sonderbaren Vorschriften und könnte, wie der Bericht treffend bemerkt: „ein Mittel werden, um Kassenvorstände und Beamte ihr ohnedies nicht leichtes Amt noch schwerer zu machen“.

Bezeichnend ist es auch, daß zu dieser völlig ungerechtfertigten „Verfügung“ — die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz den Anstoß gegeben hat, welche sich seit Jahren bemühte: die Krankenkassen zur Verhütung recht unbrauchbarer Formulare zu bewegen! Offenbar wittern die Reaktionsäre und Bureaucraten der Versicherungsanstalt Morgenluft und glauben, wie der Bericht der Kasse bemerkt, daß die Krankenkasse ihre Diener, die ohne zu murren und ohne Entschädigung das tun sollen, was die Herrin verlangt. Da nun einzelne Gemeinden laut Ortsstatut, denn anders ist es ja in Preußen nicht möglich, den Krankenkassen die Einziehung der Invalidenbeiträge übertragen haben, so glauben eben die Herren Landesräte, daß diese für derartige Zwecke zu zahlende Vergütung „weggeworfenen Geld“, nur durch „Anstellung von Militärärzten als ständige Kontrolloren die Entziehung der Beiträge genügend sichergestellt werden könne“.

Deshalb war der Regierungspräsident auch so „gütig“, den Kassenvorständen zu schreiben, daß sich herausgestellt hat, „daß die Kassenvorführung namentlich bei kleinen Kassen eine sehr mangelhafte sei.“ Die Gründe liegen hierfür im wesentlichen in der „Persönlichkeit der betreffenden Rentanten, die vielfach nicht die nötige Vorbildung in Kassenangelegenheiten besitzen, auch teilweise nicht die Fähigkeit und Energie haben, sich in die Kassengeschäfte einzuarbeiten oder wegen hohen Alters dazu ungeeignet sind.“ — „Jedenfalls ist zu vermeiden, daß lediglich Versorgungs- oder sonstige in der Person des zu Vestellenden liegende Mängel bei der Wahl zum Kassenvorstand maßgebend sind, und auf diese Weise mehr Leute in bürgerlichem Alter in diese Stellung kommen, als dies im Kasseninteresse erwünscht erscheint.“

Das sind Mugdams-Porte! So lange hat der Edle gewütet, bis auch der Regierungspräsident im Rheinlande diesen Erguß wogte. Interessant ist es auch, daß auch die Frage des Alters jetzt eine Rolle spielt und weiß man trotz diesem Was nicht recht, wann die Regierungsweisheit das Schwabenalter beginnen und beenden läßt. Alle Wummelgreise werden Oberpräsidenten und Minister, sie sind nie zu alt! Auch Bauernbürgermeister führen die Geschäfte der Gemeindefrank-

versicherung und sie sind alle „intelligent“, besitzen auch die „nötige Vorbildung“ usw. Das wollten ja natürlich die so angegriffenen Rentanten der rheinischen Krankenkassen nicht gelten lassen und haben 70 an der Zahl in einer Versammlung einmütig gegen diese sonderbare „Verfügung“ protestiert! Aber auch die Großindustriellen großen dem Präsidenten. Die „Krefelder Zeitung“ brachte eine Meldung, wonach der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen diese Verfügung „als über den Rahmen der Gesetzbestimmungen hinausgehend und als ein Eingriff in die den Krankenkassen gewährleistete Selbstverwaltung anzusehen sei. Auch sei die Anweisung ganz undurchführbar und wäre es besser gewesen, vorher die Krankenkassen erst zu hören.“

Braucht das ein preussischer Regierungspräsident? Nein, er „verfügt“ einfach, trotz Gesetz und Selbstverwaltung!

#### Die eskalierende Lage der Techniker

wird durch nachstehendes Inserat, welches in der letzten Nummer der „Deutschen Salangen-Zeitung“ veröffentlicht ist — aber durchaus nicht ein einzelner Fall ist — trefflich illustriert.

#### „Bekanntmachung.“

Die Stelle eines Baubeamten soll möglichst bald besetzt werden. Das Gehalt beträgt 1400 M. jährlich. Bewerber mit abgeschlossener Baugewerkschulbildung, und die namentlich Erfahrung im Hoch- und Tiefbau, in Kanalisation und in der Aufstellung von Wasserleitungen haben, wollen sich melden bei dem Magistrat in Blomberg in Sippe.

Etwa 80 Jahre alt wird der Techniker sein, wenn er alle die verlangten Erfahrungen gemacht haben wird. Und dafür winkt ihm dann das fürstliche Gehalt von 1400 M. jährlich. Als besondere Vergütung erhält er dann vielleicht den Titel „Stadtbaumeister“. Und doch dünkt sich der größte Teil der Techniker etwas Besseres als Arbeiter und belampt die auf Verehrung des Arbeiters von den wirtschaftlichen und politischen Fesseln gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie.

## Aus Industrie und Handel.

#### Tätigkeit der Syndikate.

Die Generalversammlung des „Syndikats deutscher Zuckerraffinerien“ hat den Verlagsentwurf, der eine Zentralisation des Verkaufs von Konsumzucker im Inlande bezweckt, angenommen. Motiviert wird dieser Akt der Selbsthilfe mit der zum 1. September 1908 erfolgenden Zulassung russischen Zuckers auf dem englischen Markt, wodurch die Lage der deutschen Industrie verschlechtert werde. Die heimischen Verbraucher sollen diese Verschlechterung der Profitinteressen haben. An der Generalversammlung nahmen 47 Fabriken teil, die angeblich 60 bis 70 Proz. des Inlandsverbrauchs und etwa 80 Proz. des Exports decken.

Unter den Verbänden, die in letzter Zeit ins Leben getreten sind, ist jener der deutschen Häuteabnehmer von besonderem Interesse. Handelt es sich doch bei ihm nicht um die Kartellierung der Verkäufer, sondern um einen Zusammenschluß der Käufer auf den Auktionsmärkten. Durch die Vereinigung der Schlächter in den Häuteverwertungsgenossenschaften war der Schwerpunkt des Häutehandels in die Auktionsämter verlegt worden, wo sich die Einkäufer einer geschlossenen Pöhalang der Verkäufer gegenübersehen. Diesem Zustand will der vor kurzem gegründete Verband der Häuteverkäufer ein Ende machen. Die ihm angehörigen Händler, Fabrikanten und Kommissionäre haben beschlossen, in Zukunft bei den Auktionen nicht mehr Kaufanträge zu bestmöglichen Preisen, sondern nur zu limitierten Käufen zu geben.

Anfolge der starken Einfluß von belgischem Tafelglas behauptet der „Verein deutscher Tafelglashütten“ gezwungen zu sein, die jetzt schon verlustbringenden Verkaufspreise für Tafelglas neuerdings herabzusetzen. Die sächsischen Glashütten schlossen gemeinsam mit den rheinischen Hütten eine Konvention für Spezialprodukte, Ratt- und Russlinglas ab. In der Ende April in Brüssel abgehaltenen Versammlung des Internationalen Spiegelglasverbandes wurde einstimmig beschlossen, die Erzeugung in belgischen, holländischen,

deutschen, französischen, österreichischen und italienischen Fabriken um 30 Proz. der Herstellungsmöglichkeit, gegebenenfalls um 40 Proz. herabzusetzen.

Wohin die Preispolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats führt, das zeigt die in der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie gemachte Mitteilung, daß die Gesellschaft sich ganz dem Gebrauche der englischen Kohle zuwenden werde, da die Preise der deutschen Kohle den bestehenden Verhältnissen noch immer nicht angepaßt werden. Die Kariflage ist übrigens so, daß ein Rückgang der englischen Kohlenpreise erwartet wird. Aus diesem Grunde ist die Neigung zu langfristigen Kontrakten gering und speziell in Hamburg, wohin die Zufuhr englischer Kohle zunimmt, machen die Kohlenproben des Rheinlandes verdammt schlechte Geschäfte. Das Kohlen-Syndikat hält aber trotzdem an seiner Preispolitik „unentwegt“ fest; mögen auch täglich Meldungen über Betriebseinstellungen industrieller Werke einlaufen, mag auch die Stahlindustrie des Auslandes eine weitere Preisermäßigung ankündigen und so den deutschen Wettbewerb erschweren: die deutsche Industrie muß sich nach wie vor den Druck der hohen Kartellpreise gefallen lassen. Das Syndikat ist zu keiner Konzession bereit. Das Profitinteresse über alles! Wenn einmal die Arbeiter so ihr ungleich höheres Lohninteresse verfolgen würden . . . wie würden da Staat und Ausbeuter Peter schreien! Terrorismus ist eben ein Monopol der Kartellritter.

Etwas Rebellion. Eine Interessengemeinschaft, die aus dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Industriellen und dem Verein zur Vorbereitung von Handelsverträgen besteht, hielt am Sonnabend eine Versammlung ab, um über die Schaffung einer Reichshandelskammer zu beraten. Das Referat über die geplante Reichshandelskammer erstattete Generalsekretär des Bundes der Industriellen Dr. Wendtlandt-Berlin. Zu der Diskussions nahm Herr Bued, Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, scharf Stellung gegen den vom Referenten entwickelten Plan. Infolgedessen erklärte nunmehr der Bund der Industriellen seinen Austritt aus der Interessengemeinschaft.

#### Lebensmittelverteuerung.

Die Händler der Kolonialwarenbranche sind anscheinend der Meinung, durch unsere Zoll- und Steuerpolitik werde den Konsumenten die Lebenshaltung noch nicht genügend verteuert, so daß sie, zu ihrem Vorteil natürlich, noch etwas nachhelfen müssen. Die's gemacht wird, verrät der Bericht des Rabattsparevereins Freiburg i. Br. Es heißt darin:

„Die stärkste Gruppe des Vereins, die der Kolonialwarenhandlungen und verwandten Branchen (Gruppe VI), ist dazu übergegangen, die Preise für solche Artikel, die bisher unter Preis verschleudert wurden und von der Konkurrenz noch verschleudert werden, nach unten zu begrenzen (Mindestpreise).“

Vorläufig sind von dieser Maßregel Zucker und Petroleum betroffen worden. Es wurde anfangs wohl befürchtet, daß diese Artikel ganz der Konkurrenz anheimfallen würden; es hat sich aber gezeigt, daß diese Befürchtung grundlos war, denn die festgesetzten Mindestpreise — deren Höhe durch den Gruppenvorstand bestimmt — sind durchweg eingehalten worden, ohne daß ein fühlbarer Nachschub im Umsatz in diesen Artikeln eingetreten wäre.“

„Da sehen wir bereits die Lebensmittelverteurer an der Arbeit“, bemerkt dazu ganz richtig das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“. Mit Zucker und Petroleum fängt es an; bald werden die Herren feststellen, daß auch in anderen Artikeln „geschleudert“ wird und auch für diese Mindestpreise vorschreiben, natürlich nicht zu niedrige, und je mehr die Herren essen, desto stärker wird ihr Appetit werden. Nun wachsen ja allerdings die Bäume der Rabattsparevereine nicht in den Himmel, dafür sorgen die Konsumvereine. Die Konsumenten sehen aber aus dem Beispiel, wie töricht sie im Grunde handeln, wenn sie im Rabattsparevereinsladen kaufen. Das ganze Rabattwesen ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, deren Möglichkeit auf der alten Wahrheit beruht, daß die Welt betrogen sein will. Und obendrein unterstützen die Betrogenen die Bestrebungen der Händler zur Verteuerung aller Lebensmittel.“

#### Dankagung.

Für die, aus Anlaß meines 70. Geburtstages, mir dargebrachten Ueberrassungen, verbunden mit großartigen Arrangements, sage ich allen lieben Freunden, Freundinnen, liebvertrauten Kollegen und Kolleginnen von Nah und Fern, dem Vorstand und Aufsichtsrat, sowie den Gönnern des deutschen Tabakarbeiterverbandes, den Bevollmächtigten und Vertrauensleuten der Kassenstelle Berlin, der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands, sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins „Nord“ den herzlichsten und tiefgefühltesten Dank. Diese beiden Tage werden mir unvergeßlich sein.

187/5  
Karl Butry.

Wie dem Arbeiterhande angehörend, in Berlin und Umgegend wohnenden

**Stenotachygraphen** werden gebeten, ihre Adresse Herrn L. Schlat in Tauscha-Beipzig bekannt zu geben. 1894b  
Der Deutsche Stenotachygraphen-Bund.

#### Leihhaus

Gegenstandskauf vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28  
Ecko Ritterstr.

**Blumen- und Kranzbinderei** von Robert Meyer, .  
am Mariannen-Str. 2.  
**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 25292  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

#### Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquette.  
Plüsch-Satteltaschen.  
Muster b. näh. Angabe franko.  
Berlin, 150.  
Emil Lefevre, Oranienstr.



# Santa Lucia

Kraft-Rotwein

Fl. 150 u. 300

Küchlich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.

Häufig wird die Frage an uns gerichtet, wann und wieviel Santa Lucia Kraft-Rotwein der der Stärkung Bedürftige trinken soll? — Antwort: 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2. Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas Santa Lucia genossen, wirkt wunderbar heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Ami IIIa, 4835.

#### Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhabern unter:

**kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**

Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal wech und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

## Engelhardt-Malz bier

Preis 10 Pf. pro Flasche.

das beliebteste, überall käuflich.  
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.  
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

2490L\*

Vom 11. bis 16. Mai 1908

werde ich im 272/2<sup>o</sup>  
Hotel Quos, Schadowstraße, Ecke Dorotheenstraße,  
anwesend sein, um

### künstliche Augen

direkt nach der Natur für Patienten  
anzufertigen und einzupassen.  
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

#### Gemeinsame Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf u. Umgeg. Wohnungsgebühren tarif.

Beschlossen in der außerordentlichen Generalversammlung am 6. Februar 1908.

Für die Durchführung des Wohnverfahrens gemäß § 61 des Statuts betragen die Wohngebühren:

- |  |               |
|--|---------------|
| 1. bis 300. einjährlich 0,10 M.                | ) ggf. Porto. |
| 2. ab 300 bis 150 M. einjährlich . . . 0,20    |               |
| 3. ab 150 M. bis 150 M. einjährlich . . . 0,40 |               |
| 4. über 150 M. einjährlich . . . 0,75          |               |

Die Wohngebühren werden in derselben Weise wie die Mißstände beigetrieben.

Der Vorstand, gez. Wegener, gez. Schulze, Vorsitzender, Geschäftsführer.

Genehmigt Deutsch-Wilmersdorf, 21. April 1908.  
Der Magistrat gez. Steinborn.



### Eine Mark

Lebendige Bekleidung liefert elegante fertige 1908

### Herren-Garderoben

Anfertigung nach Maass. Zubehör, Reparaturen.

### Julius Fabian,

Schneidemeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37,  
Eingang Grauböcker Weg.



Stempel-Fabrik von 1892<sup>o</sup>  
**Robert Hecht,**  
Berlin S., Oranienstr. 112,  
liest schnell und billig alle Arten  
Stempel in bester Ausführung.

Kaufstund-Typen „Perfek“ zum Zusammenstecken einzelner Blätter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an liefert franko, garant. natur. Rahmbutter, Honig 10 Pf. Dose Pflanzenhonig 4,50 M.; zur Probe 1/2 Butter 1/2, Honig 5,75 M.  
**Frau Toni Andermann,**  
Buczack No. 4 via Breslau.

### H. Piau, Bandagist

jetzt: Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Polizei-Präsidium. — Ami VII, 13799.  
Für Damen weibliche Bedienung. \*  
Lieferant für alle Krankenkassen.

### Bruch-Pollmann

empfehlen (ein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin N., 24881<sup>o</sup>  
jetzt Gothringer Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Pololen, angenehm u. weich am Körper.

### Englischen Unterricht,

eingeln und im Paket, erteilt 36372<sup>o</sup>  
**Gertrud Swenty,**  
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

An der Grabstätte Auers.

Ein selten schöner Frühlingstag, dieser 3. Mai, so recht geeignet für die Gedächtnisfeier, die an diesem Tage von den Genossen Berlins geplant war. Und so pilgerten am Sonntag schon in aller Frühe zahlreiche Parteigenossen und Genossinnen hinaus nach dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde, um unserem vor Jahresfrist verstorbenen Vorläufer Ignaz Auer an seiner Grabstätte ein sichtbares Zeichen der Dankbarkeit zu errichten. Damit niemand Schaden leide, hatte unsere fürsorgliche Polizei sich in ansehnlicher Stärke eingefunden. Von der Erde der Frankfurter Chaussee an die ganze Sudumstraße entlang, waren eine ganze Anzahl Schutzleute — mit umgeschlossener Browningpistole — aufgestellt, angerechnet die Post der Kriminalbeamten, die sich in der Rolle von Zuschauern gefielen. Auf dem Friedhof selbst bligten zahlreiche Helmspitzen der Niederbarnimer Gendarmen durch das frische Grün des Strauchwerks, der imposanten Trauerveranstaltung so recht eindringlich zum Bewußtsein bringend, daß wir in Preußen-Deutschland in einem Polizeistaat leben.

Die Grabstätte Auers liegt in unmittelbarer Nähe unseres „Alten“, dem unbergelichen Wilhelm Liebknecht. Zwei Kampfnaturen, die, jeder noch seiner Art, ihr ganzes Leben dem Emanzipationskampfe des Proletariats gewidmet und erst hier Ruhe gefunden haben.

Die Feier auf dem Friedhofe wurde eingeleitet durch Gesang der Vereine Männerchor 1905 und Freier Männerchor, worauf die Hülle des Denkmals fiel. Derauf nahm Genosse Paul Singer — auch einer von den Alten — das Wort zu einer Gedächtnisrede, in der er etwa folgendes sagte:

„Was vergangen, kehrt nicht wieder, ging es aber leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück“. In formvollendetster, lebenswahrer und eindrucksvoller Darstellung hat der Künstler Ignaz Auers Bild heute wieder vor uns entstehen lassen, wie die Dankbarkeit, Liebe und Verehrung der Arbeiter es noch heute im Herzen tragen. Vor wenig mehr als einem Jahre erlittete uns die Trauerkunde von Ignaz Auers Hinscheiden. Wir gedachten der Zeit, da wir ihn zum erstenmal gesehen hatten. Nach harter, arbeitsreicher Jugend kam Ignaz Auer im Jahre 1872 zum erstenmal nach Berlin und stand bald an der Spitze der kleinen Gemeinde, die unter dem Namen der Eisenacher die marxistisch-sozialistische Theorie zur Wahrheit zu machen suchte. Bald wurde Auer auch von Berlin zu den Kongressen der Partei delegiert, und so wurde er durch die Länge der Zeit, die Ansehungen der Partei zu vertreten, bald weiteren Kreisen bekannt, gewann rasch das Vertrauen der Genossen und gehörte schon in jungen Jahren zu denjenigen, auf die die Partei mit Recht große Hoffnungen setzen konnte. In Dresden leitete dann Auer die Expedition unseres dortigen Parteiblattes und stand im Vordergrund der Agitation, bis ihn die Berliner Parteigenossen wiederum nach Berlin beriefen, um in der Assoziationsdruckerlei und der Redaktion der „Freien Presse“ tätig zu sein. Wir, die wir schon jene Zeit mit ihm gemeinsam durchlebt haben, wissen, mit welcher unergänglichen Treue und unbeugsamer Kraft er damals die Arbeit auf seine Schultern genommen hat. Damals hand noch mehr als heute persönliche Empfindung die einzelnen Genossen aneinander und gerade in Erinnerung an jene Zeit empfinden wir Ignaz Auers Verlust doppelt schwer. Dann kamen die denkwürdigen Jahre des Sozialistengesetzes, denkwürdig für die Partei, schmählich für die bestehende Gesellschaftsordnung. Ihnen allen ist die Mahnung bekannt, mit der Auer, nach der Verhängung des Belagerungszustandes, einer der ersten unter den Ausgewiesenen, das Abschiedswort der Ausgewiesenen sprach: „Nacht Euch nicht provozieren, tut Euren Gegnern nicht den Gefallen, das zu tun, worauf sie warten, um die Partei vollends zu ruinieren.“ Wie von Berlin, so wurde Auer auch in Hamburg und Harburg von Haus und Hof vertrieben, bis er in der Heimatstadt seiner Frau, in Schwertin, eine kurze Zeit verhältnismäßiger Ruhe fand. Dann beriefen ihn die Genossen nach München zur Leitung der Expedition unseres dortigen Parteiblattes. Er war unermüdlich agitatorisch tätig und sein Verdienst ist es in erster Reihe, daß die Partei in Bayern lebendiger wurde. In einem Geheimbundspöch verführten die Münchener Behörden, das preussische Polizeispiegelum auch nach Süddeutschland zu verpflanzen. Aber dank der Klugen und uneränterlich ruhigen Führung des Prozesses durch Auer als Hauptangeklagten brach die hülllose Anklage von Stunde zu Stunde der Verhandlung mehr zusammen. Zum Schlusse war es dem Gerichtshof klar, daß er durch die Polizeischergen irreführt worden war, und der Prozeß endete mit einer glänzenden Freisprechung. Aber schon damals mußte Auer infolge der schweren Schicksale, die ihm dank der Polizeibehandlungen beschieden waren, einen längeren Aufenthalt in einem südlicheren Klima nehmen, um seine schwankende Gesundheit wieder herzustellen. Aber auch dort war er rastlos tätig, und wir verdanken jenen Monaten das Werk „Nach zehn Jahren“, eine Darstellung der Wirkung des Sozialistengesetzes in den ersten zehn Jahren, die weit über die Kreise der Partei hinaus Aufsehen und begeisterte Zustimmung erregte. Allen Eifer, dessen er fähig war, und all die glühende Liebe zum Proletariat, die seine Seele erfüllte, hat Auer in dieses denkwürdige Dokument der Schande hineingelegt, das er den Nachkommen hinterlassen hat. Unsere aufrichtige, sinnige Dankbarkeit ist ihm dafür über das Grab hinaus gewiß. Auer hat damals unseren Gegnern warnend zugerufen: „Wehe denen, über die all' der Doh' all' die Verachtung sich ergiehet, wie die dieses Gesetz dem Volke eingefloht hat.“ Ja, wehe ihnen! Wir werden nicht eher rasten, als bis die Schmach des Sozialistengesetzes gelöscht ist durch die volle Befreiung des Proletariats. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erstattete Auer auf dem ersten Parteitag zu Halle das Referat über die Organisation, die sich die Partei neu geben mußte. Dazu kommen wir zu der Höhe seines Wirkens als Sekretär des Parteivorstandes, da er agitatorisch alle Kräfte zur Propagierung unserer Ueberzeugungen und Gedanken verwandte und organisatorisch die Reihen fest zusammenklopfte. Wir, die wir mit ihm im Parteibureau zusammenarbeiteten, wissen, wie eifrig und fruchtbar er stets gearbeitet hat. Aber bald mußten wir zu unserem Entsetzen bemerken, daß uns Ignaz Auer nicht mehr lange erhalten bleiben würde, weil die tödliche Krankheit immer weiter um sich griff, die der Kunst der Kerze und der aufopfernd treuen Pflege seiner Lebensgefährtin spottete. Aber schon, als er körperlich nicht mehr in der Lage war, unserer Verhandlungen beizuwohnen, da ging sein Herzenswunsch in Erfüllung, da wurde sein Lebensstern gekrönt. Als auf dem Plenum der Parteitage festgesetzt wurde, daß der Zusammenhang von Partei und Gewerkschaften immer inniger werden sollte, als unter begünstigter Zustimmung aller Delegierten der Partei und der Gewerkschaften der Soz ausgesprochen wurde: Partei und Gewerkschaften sind eins und fühlen sich eins, da strahlte noch einmal das Gesicht unseres Ignaz Auer vor Freude. War doch erreicht, was er sein Leben lang im harten Kampfe erstrebt hatte. Als am 10. April v. J. die Fittiche des Todes über Ignaz Auer zusammenrauschten, als wir uns an den Gedanken gewöhnen mußten, daß wir ihn nicht mehr sehen, ihn nicht mehr die Hand drücken könnten, da haben wir den Verlust mit furchtbaren Schmerzen empfunden. Die Dankbarkeit der Genossen hat ihm diesen Denkstein errichtet, und uns bleibt heute nichts anderes übrig, als angefaßt des dahin gegangenen Freundes zu geloben, in seinem Sinne weiter zu arbeiten für die Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollenden, was er vor-

berreitend angestrebt hat, den Samen zu pflanzen, den er gesät. In seinem Sinne führen wir auch den Kampf um ein gerechtes Wahlrecht in Preußen, dessen nächste Etappe die Wahl selbst sein wird. Wenn Sie neue Kämpfer für das Proletariat werden und neuen Boden schaffen für die gesellige Vertretung der Forderungen der Arbeiterklasse, werden Sie im Geiste unseres toten Freundes handeln. Wenn aber einst die Zeit gekommen ist, wo das befreite Proletariat Recht und Wahrheit, Freiheit und Brüderlichkeit zum Siege geführt hat, dann werden baldig die Söhne des Volkes zu dieser Stätte ziehen, wo die beiden großen, unergänglichen Vorläufer des großen Freiheitskampfes ruhen. Streben wir mit aller Kraft weiter nach den Zielen, für die Ignaz Auer gelebt hat und gestorben ist. Sei gegrüßt, Unvergesslicher!

Unter Abfingen des Liedes: „Ein Sohn des Volkes“ erfolgte der offizielle Schluß der Feier, die sich in ihrer Einfachheit und Schlichtheit ganz dem Wesen des Verstorbenen würdig zeigte.

Im Laufe des Tages defilierten Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen an den Grabstätten Auers und Liebknechts vorüber, den von den Genossen gestifteten Denkstein in Augenschein nehmend.

Das Denkmal ist auf Grund des aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Quittmannschen Entwurfes gefertigt. Es stellt einen Feilschloß dar, der oben das Porträt Auers zeigt. Der Kopf ist mit geschlossenen Augen gegeben, als Ausdruck der Ruhe, des innerlichen Wesens des Verstorbenen, das den Jüngen deutlich aufgeprägt ist. Scitlich bildet eine nackte Gestalt, ein Arbeiter, der den Hammer aus der Hand gelegt hat und einen Kranz hält. Die Inschrift beschränkt sich auf die Worte:

Unser Ignaz Auer.

Geboren 10. 4. 1846. — Gestorben 10. 4. 1907.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint zum Himmelstrotze.

Wir ermahnen daher, alle Änderungen bezw. Renaudierungen bis spätestens Dienstag, den 12. Mai, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Bartsch, NW. 23, Lessingstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, SW. 47, Hagelbergstraße 27.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 50, Jahnstraße 24.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Strakmannstraße 20.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 51, Querweg, part.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 28, Wollinerstraße 51, II.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohr, Nizdorf, Seidewerstr. 15-16, IV.
Für Potsdam-Uthland an den Genossen August Paris, Velten, Lützenstr. 17.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitgliede, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 12. Mai einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einbringungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperre handelt (Bergungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, Berlin N. 28, Wollinerstraße 51 II.

Zur Lokalliste. In Klosterfelde, N.-B., ist das Restaurant „Zum Schultheiß“ am Bahnhof gesperrt, alle anderen Lokale sind frei. In Wandlitz-Banditzsee, N.-B., ist das Lokal „Ferraria“ gesperrt, alle anderen Lokale frei. In Bernsdorf, L.-B., hat der Inhaber des Lokals „Gasthof zur Sonne“, Herr Ermer, seine Unterdrift zurückgezogen, mithin ist das Lokal zu meiden. Das Lokal „Sportshaus Krossinsee“ vorfestsitz steht und ist zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. Es sind also frei: „Sportshaus Krossinsee“, Inhaber Schramm, und Gasthof „Zum Ode-Spree-Kanal“, Inhaber Pichl. Die Lokalkommission.

Achtung! Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend!

Die Leiter der Berliner Urwahlbezirke werden gebeten, die für jetzt nötigen schriftlichen Arbeiten, zu denen die Urwahllisten gebraucht werden, noch im Laufe dieser Woche zu erledigen, da gleich im Anfange der nächsten Woche die Listen auf kurze Zeit zurückgefordert werden müssen.

Das Verbandsbureau.

Wilmersdorf-Golensee. Den Genossen zur Kenntnis, daß die allgemeine Flugblattverbreitung zwecks Aufforderung zur Einschickung in die Wählerlisten am Mittwoch, den 6. d. Mis., von den bekannten Bezirkslokale aus stattfindet. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Steglitz. Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Schellhase. 1. Vortrag. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Die bevorstehende Landtagswahl. 4. Verschiedenes.

Treptow-Baumhüttenweg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute Dienstag die im Ortsteil Treptow jährliche Mitgliederversammlung ausfällt. Der Vorstand.

Stralau. Heute abend pünktlich 8 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von Löbe, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: Bericht des Gemeindevorsetzers, Berichterstattung von Groß-Berlin,

Aufstellung der Wahlmänner, Anträge und Vereingangelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Kurfürstebad. Referent Dr. A. Rosenfeld. Vorstands- und Kassenbericht. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Barth, Viktoriastraße 7. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Landtagswahl.

Eine sonderbare Auffassung über Ausübung staatsbürgerlicher Rechte vertritt der Magistrat zu Berlin. Wir haben schon mitgeteilt, daß zahlreichen Personen, die wegen Nichtaufnahme in die Urwählerliste Einspruch erhoben haben, der folgende gedruckte Bescheid zugegangen ist:

Ihren Anträge, Sie in die Wählerliste für den Landtag nachzutragen, kann nicht entsprochen werden, weil Sie sich nach Ausweis anderer Aktenmaterials nicht im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte befinden und aus diesem Grunde gemäß § 8 der Verordnung vom 30. Mai 1840 nicht wahlberechtigt sind.

Der § 8 der oben angezogenen Verordnung besagt: Jeder selbständige Preuze, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz hat, stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

Diese Bestimmung legt der Magistrat vollkommen falsch aus. Er erkennt jeder Person, die jemals mit dem Gesetz in Konflikt geraten und Ehrverlust erlitten hat, auf die Dauer seines Lebens die Ehrenrechte ab. In Wirklichkeit ruht die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, wie wir schon neulich darlegten, nur für die Dauer des vom Gericht festgesetzten Zeitraums. Nach der magistratlichen Deduktion würde jemand, der zu irgend einer Zeit eine Ehrenstrafe erlitten, niemals mehr in den Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte gelangen. Uns sind Fälle vortragen worden, nach denen Personen vor 20, 25 Jahren eine mit Ehrverlust auf eine Zeit erkannte Strafe erlitten, von der Ausübung ihres Wahlrechts ausgeschlossen werden. Diese Auffassung des Magistrats scheint übrigens erst neueren Datums zu sein, denn fast alle die Leute, die der Magistrat diesmal aus den angeführten Motiven von der Ausübung des Wahlrechts ausschließt, hat er bei früheren Wahlen in die Listen aufgenommen. Woher also auf einmal diese neue Sinnesänderung?

Personen, die sich dieserhalb an das Wahlbureau wandten, um noch eine Korrektur der irtümlichen magistratlichen Auffassung herbeizuführen, sind dahin beschieden worden, sich beschwerdeführend an den Minister des Innern zu wenden. Obwohl durch Betretung dieses Beschwerdemeges es sehr wahrscheinlich ist, daß die Beschwerdeführer diesmal leicht um ihr Wahlrecht kommen können, das ihnen zweifellos zusteht, möchten wir die von der Magistrate des Magistrats Betroffenen dringend ersuchen, umgehend sich mit einer diesbezüglichen Beschwerde an die genannte Stelle (Minister des Innern, Berlin, Unter den Linden 72/73) zu wenden.

Aus dem Landtagswahlkreise Nizdorf-Schöneberg wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben:

Eine merkwürdige Differenzierung haben die beiden Gemeinden unseres Wahlkreises bei der Aufstellung der Wählerlisten vorgenommen. Während in Schöneberg die Wählerlisten nach der Einschätzung für das neue Steuerjahr aufgestellt worden sind, hat der Nizdorfer Magistrat mit Genehmigung des Ministers des Innern die Listen nach dem alten, abgelassenen Steuerjahr angefertigt. Zweifellos ist das Verfahren ungesetzlich und kann zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen. Die Wahlzeit ist festgesetzt: 2. Klasse von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr, 1. Klasse von 1 bis 2 Uhr, für die 3. Klasse von 3 bis 8 Uhr. Die Sozialdemokratie rechnet bestimmt auf den Wahlsieg, trotzdem das Verfahren des Nizdorfer Magistrats sie gegenüber den bürgerlichen Parteien benachteiligt. Bei dem jüngsten Anzeichen der Steuerherrschaft auf Grund des § 23 des Einkommensteuergesetzes waren, wie sie behauptet, viele sozialdemokratische Wähler in die 1. und 2. Klasse gekommen, die nun trotz der höheren Steuer in der dritten wählen. Auch wir finden, bemerkt dazu das „Berl. Tzgl.“, das verschiedenartige Verfahren der beiden Magistrate höchst bedenklich und sind der Meinung, daß dieses Vorgehen eventuell zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen muß.

Der Wirtswart, den die Behörden in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen anrichten, wird immer schlimmer und zeigt, abgesehen von der Ungerechtigkeit an sich, deutlich, daß es die höchste Zeit ist, das ganze heutige Landtagswahlrecht schon aus diesem Grunde so schnell wie möglich über Bord zu werfen.

Die Bevölkerungszahl Berlins

zeigt alljährlich im März einen Rückgang. Das Berliner statistische Amt, das die Monatsstabellen für März jetzt fertiggestellt und veröffentlicht hat, berechnet für Anfang April 1908 die Bevölkerungszahl auf 2 101 933 Personen. Da sie für Anfang März auf 2 113 084 Personen berechnet worden war, so stellt sich das Minus aus März diesmal auf 11 151 Personen. Für den vorjährigen März war eine Verminderung um 11 040 Personen berechnet worden, in diesem Jahre ist also der Märzrückgang nur ganz unwesentlich stärker als im vorigen Jahre gewesen. Zu beachten ist aber, daß diesmal schon für den Februar, gegen alle Regel, sich eine Verminderung der Bevölkerungszahl um 504 Personen ergeben hatte, während im vorigen Jahre aus dem Februar noch eine Zunahme um 2518 Personen hatte gebucht werden können. In diesem Jahre war auch das Ergebnis aus Januar schon ungünstiger gewesen als das aus dem Januar vorigen Jahres: Der Januar brachte diesmal nur noch eine Zunahme um 227 Personen, im vorigen Jahre aber hatte er eine Zunahme um 5346 Personen gebracht. Ähnlich hatte sich auch schon in den Monaten Dezember, November, Oktober 1907 gezeigt, daß die Bevölkerungszunahme gegenüber derjenigen aus denselben Monaten des vorhergehenden Jahres erheblich zurückblieb. Im ganzen konnte aus dem Winterhalb-

Jahr 1907/08 ein Zuwachs von nur 7664 Personen gebucht werden, während das Winterhalbjahr 1906/07 noch einen Zuwachs von 20312 Personen gebracht hatte. So hat der Beschäftigungsmangel gewirkt, er hat eine Massenflucht der Arbeiter aus Berlin zur Folge gehabt.

### Der verlassene Omnibus.

Die Ziffern der Verkehrsstatistik Berlins liegen jetzt für den Monat März vor, und man kann nun aufs neue prüfen, wie die Reform des Omnibustarifs gewirkt hat. Von der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft waren im März 1907 auf damals 31 Linien mit Pferdebetrieb noch 9409 688 Personen befördert worden, im März 1908 beförderte dieselbe Gesellschaft auf 36 Linien mit Pferdebetrieb nur noch 6782 152 Personen. Dagegen hatte der Berliner Spediteurverein, der den 5-Pfennig-Tarif beibehalten hat, auf seinen drei Linien wieder eine Zunahme des Verkehrs gegenüber demselben Monat des vorigen Jahres zu verzeichnen. Er beförderte im März 1907 nur 361 432 Personen, im März 1908 aber beförderte er 381 441 Personen. Seit Neujahr 1908 hat die Allgem. Berl. Omnibusgesellschaft für ihre Linien mit Pferdebetrieb den höheren Tarif. Auf diesen Linien beförderte sie in den drei Monaten Januar bis März des Jahres 1907 noch 26 185 852 Personen, aber in denselben Monaten des Jahres 1908 nur 10 444 228 Personen, das macht für 1908 ein Minus von 6 691 129 Personen. Anzuführen wäre hier noch der Verkehr auf den Kraftomnibuslinien, er betrug 4 854 884 Personen im ersten Quartal vorigen Jahres, 3 600 983 Personen im ersten Quartal dieses Jahres. Eine Verminderung ist auch hier eingetreten, aber allerdings ist auch die Zahl der Kraftomnibuslinien gegenwärtig geringer als im vorigen Jahre. Der Spediteurverein hat in allen drei Monaten ein Verkehrplus gegenüber denselben Monaten des vorigen Jahres gehabt; auf seinen drei Linien beförderte er im ersten Quartal vorigen Jahres nur 983 101 Personen, aber im 1. Quartal dieses Jahres 1 072 673 Personen. Diese Zunahme ist eingetreten, obwohl die Allgemeine Gesellschaft auf denselben ihrer Linien, die mit den Linien des Spediteurvereins konkurrieren, den alten 5-Pfennig-Tarif beibehalten hat. Wird gespannt darauf, wie die allernueste Tarifänderung wirken wird, die uns demnächst von der Verwaltung der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft wieder bescheid werden soll. Den Aktionären der Gesellschaft bereitet die eingetretene Verkehrsminderung schwere Sorge. Aber am schlimmsten werden von diesem „Erfolg“ der Tarifserhöhung die Chauffeure getroffen, die bisher in den Trinkgeldern einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen sahen und nun mit der Verminderung der Fahrgäste auch eine Schmälerung der Trinkgelder hinnehmen müssen.

Der Reichstag auf einer Sonntagbesichtigung. Da sage noch einer, daß unsere Volksvertreter keinen Wissensdrang besitzen und daß sie bei Bildung ihres Urteils zu sehr von der ewig grauen Theorie statt von der Praxis des Lebens sich leiten lassen. In ein Teil von ihnen opfert dem Anschauungsunterricht sogar kein Sonntagsgewinnigen, mancher Gläubige unter ihnen sogar eine Messe. Mehr als sechzig Reichstagsabgeordnete hatten sich am vergangenen Sonntag schon vor 9 Uhr morgens am Stettiner Bahnhof eingefunden, um der Einladung der Stadtverwaltung Berlin folgend, eine Besichtigung der Rieselfelder bei Blankenburg, der Irrenanstalt, Lungenheilstiftung und Siechenhaus in Wuch, sowie das in einer Sandwüste errichtete Gut Hochreuthfeld und die Schweinezüchterei in Sämeysdorf zu besichtigen. Mancher mag geschwammt haben, ehe er sich zur Mitfahrt entschloß, weil er besorgte, daß der riesige Reisenaufwand in seinem Verhältnis zum Nutzen, den man aus einer solchen mehr oder weniger doch Galoppbesichtigung ziehen kann, stehen würde. Bei der Rückkehr war aber niemand, dem seine Teilnahme leid getan hätte. Ganz im Gegenteil. Die gezeigte Verlesung, die hier wie manches andere nicht beschrieben zu werden braucht, weil die „Vorwärts“-Leser über diese Einrichtung schon eingehend unterrichtet worden sind, erweckte das lebhafteste Interesse namentlich der Landwirte. Und wenn sich auch trotz der eingehenden und sachkundigen Erläuterungen, die der Direktor der Verlesung den Abgeordneten gab, nicht jeder ein klares Bild von dem ungeheuren Nährwert, das von Berlin bis zu den zu besichtigenden Feldern in der Erde liegt, machen konnte, die Wirkungen der Verlesung sah in jeder an dem üppigen Gras- und Pflanzenwuchs der Felder. So etwas bringt man doch nur mit großen Mitteln zuwege, hörten wir manchen sagen, der zu Hause Stadtbauer ist und dem als solchen die Fäkalienableitung in seiner Heimstadt schon manche Sorge bereitet hat. Nicht werden die Fäkalien nach erfolgter Klärung in einen Fluß geleitet, was bei kleinen und mittleren Städten angehen mag, sich aber für eine Millionenstadt wie Berlin von selber verbietet. Die Rot hat auch hier beten und die gesamten Abwässer volkwirtschaftlich vorteilhaft verwerten gelernt. Der Verlesung der Irrenanstalt, die nichts besonders Bemerkenswertes hat, deren modernen eingerichteter Wirtschaftsbetrieb jedoch das lebhafteste Interesse der wenigen Damen, die sich beteiligten hatten, erweckte, folgte ein Besuch in der Lungenheilstiftung. Die außerordentliche Sauberkeit in der Anstalt, die luftigen, hellen Räume ließ einige bürgerliche Abgeordnete Bedenken äußern, ob in der Begleitung des Guten nicht doch vielleicht etwas zu viel gefische, denn wenn die Leute geheilt seien und sie in ihre einfachen Verhältnisse zurückkehrten, würden sie sich da erst recht unglücklich fühlen. Das alte Lied, man soll die Begehrlichkeit der Rasse nicht werden, auch dadurch nicht, daß man sie an Keuschheit und gesunde Wohnräume gewöhnt.

In französisch-Buschholz arbeiteten am Sonntagvormittag etwa einhundert Dutzend Leute, Männer und Frauen, auf einem Ausharberfeld, als ob es Wochentag sei. Man ließ hier also angeführt der Befehlgeber das Gesetz systematisch übertreten. Nachdem im großen Saale der Anstalt zu Wuch die Teilnehmer ein kräftiges Mahl — Frühstück nannte es die Stadt bescheidener Weise in ihrer Einladung — eingenommen, erreichten sie per Wagen und Feldbahn gegen 6 Uhr abends das Städtchen Bernau, von wo aus Berlin per Eisenbahn leicht erreicht wurde.

Die „Berliner Hausfrau“ ist eins jener Blätter, die in der Annahme von Inseraten fast skrupellos zu sein scheinen. In jeder Nummer findet man Inserate, die selbst von den annehmenstungetigen Scherl- und Roffe-Blättern zurückgewiesen werden. So haben hier insbesondere die Kartendecker und Wahrsagerinnen, die nach dem bekannten Jacquadesehen Giftmord am Teufelssee überall ausgesprochen wurden, gewinnbringenden Unterkursus gefunden. Die neueste, vom 3. Mai datierte Nummer der „Hausfrau“ enthält nicht weniger als 51 bezirksartige Inserate, zum Teil mit offen auf Rezipere berechneten Scherzen. Auch Annoncen, in denen Wahrsagebücher zum Selbstlernen der Wahrsagekunst und des Kartendeckens angepriesen werden, sind reichlich vertreten. Wir können immer wieder nur eindringlichst davor warnen, an solche Leute, die nicht mehr Menschenhaft besitzen wie jeder andere gewöhnliche Europäer, das Geld vollkommen nutzlos fortzuwerfen. Wie unendlich oft schon haben Wahrsagerinnen, die lediglich auf die Dummheit spekulieren, furchtbare Unheil angerichtet! Wenn die „Berliner Hausfrau“ ihre Leserinnen den herabwürdigen „Frauenwunderbar“ ins Garn treibt, setzt sie sich in schärfsten Widerspruch zu ihrer sonstigen Tendenz.

Dieselbe Nummer enthält das folgende niedliche Angebot: „Gesellschaftlich verlangt für ältere, feingebildete Dame, wöchentlich 5 Nachmittags, monatlich 16 M. Nur schriftliche Offerten Leistungsträger 44, hochparterre links.“ Das macht, den Nachmittags

nur zu je vier Stunden gerechnet, etwa 20 Pf. pro Stunde! Feinbildung und — Herzenbildung sind allerdings zwei mitunter weit voneinander entfernte Begriffe.

Eine Ballonweiffahrt wurde am Sonntag im Anschluß an die Einweihung der neuen Ballonhalle vom Berliner Verein für Luftschiffahrt von Schmörgendorf aus veranstaltet. Kurz nach Mittag wurde mit dem Füllen der Ballons in der Halle begonnen, und es wurde 3½ Uhr, bis als letzter der „Helmholtz“ sie verließ, um draußen an seine Gondel angehebelt zu werden. Die übrigen Ballons wurden inzwischen in einer nahen Kalmulde starberelt gemacht. So war Ruhe genug, diese Arbeiten, die von Soldaten des Luftschiffahrtbataillons ausgeführt wurden, zu beobachten. „Tschudi“, „Bogold“, „Cognac“ und „Ernst“ machten den Eindruck gutgehaltener Fahrzeuge, obgleich kaum einer von ihnen weit hinter seiner fähigsten Luftreise zurück ist. Anders der Veteran unter ihnen, der „Helmholtz“. Die dunkle Ballonhülle zeigte Hunderte von Wunden, die er sich bei bewegten Landungen zugezogen hatte. Aber alle diese zahlreichen Wunden waren sorgfältig ausgebessert, und ihre Narben leuchteten stolz im strahlenden Sonnenschein.

Die Witterung war vorzüglich, der Wind leicht, und mit Rücksicht darauf war das Ziel nicht allzuweit entfernt gewählt, um ein Landen bei Tage zu gewährleisten. Es war der Treffpunkt der Chausseen Bränendorf—Nittenwalde und Deutsch-Busterhausen—Ragow, ein Ort, der nur 27 Kilometer in der Luftlinie vom Aufstiegsort entfernt liegt. Um 3¼ Uhr waren alle fünf Starter aufstiegsbereit, und wenige Minuten darauf erhoben sie sich auf das Startzeichen gleichzeitig ohne eine Sekunde Differenz. Der Wind war vollständig nach Norden gedreht, und genau südlich zogen die goldgelben Kugeln davon. „Cognac“ hielt sich am östlichsten und kam damit der zu steuernden Flugrichtung am nächsten. „Tschudi“ wurde ständig weiter abgetrieben und war zuerst einige Secunden, um in höheren Regionen günstigere Windrichtungen zu finden. Der Versuch war von Erfolg begleitet, und bald entspann sich ein Positionskampf. Alle fünf gestarteten Ballons landeten, wie zu erwarten war, östlich vom Ziel. Innerhalb zwei bis drei Kilometer Entfernung auf der Chaussee Nittenwalde—Ragow gingen vier Ballons nieder. „Cognac“, der in der Nähe von Nittenwalde gelandet war, setzte nach einer Zwischenlandung die Fahrt fort.

Zwei größere Störungen im Stadt- und Vorortsbetriebe fanden auch am letzten Sonntag wieder statt und wurden bei dem überaus starken Ausflügerverkehr recht unangenehm empfunden. Nachmittags um 3 Uhr war bei einem Wannenzug in der Nähe der Station Friedebau ein Menschenbrand entstanden. Das Feuer wurde rechtzeitig erloscht, so daß eine Gefährdung der Passagiere nicht eintrat, doch mußte der Train auf der Strecke stehenbleiben, die Fahrgäste aussteigen und sich zu Fuß nach der Station begeben. Der gefährdete Zug wurde austangiert. Die hierdurch hervorgerufene Verkehrsstörung dauerte eine halbe Stunde, während welcher sich auf den Bahnsteigen ungeheure Menschenmassen sammelten.

Durch den Defekt einer Stadtbahnlokomotive eines aus dem Bahnhof Charlottenburg in der Richtung nach Friedrichstraße ausfahrenden Zuges entstand gegen 6 Uhr abends eine längere Betriebsstörung. Am den Verkehr einigermaßen ausgleichend zu können, wurden die Trains in der Richtung nach dem Gieselerischen Bahnhof über die Ferngleise geführt. Die Fahrgäste der Stadtbahn waren gezwungen, in wackeliger Richtung bis zur nächsten Fernstation zu fahren und dort umzusteigen, wenn sie nach Wohnhöfen in der östlichen Richtung wollten. Andererseits aber wurde das Fernbahngleis derartig überlastet, daß auch der Vorortverkehr in der östlichen Richtung darunter zu leiden hatte, da sowohl Stadtwie Vorort- und Fernzüge längere Zeit vor der Einfahrt zum Bahnhof Charlottenburg liegenbleiben mußten. Auch hier währte die Störung jetzt eine halbe Stunde, die um so unangenehmer empfunden wurde, als um diese Zeit bereits die Rückführung der Ausflügler begonnen hatte.

Ein Kampf auf Tod und Leben. Ein aufregender Vorfall spielte sich Sonntag nachmittags auf dem Wannsee bei Voelshof ab. Gegen 4 Uhr fuhr ein Segelboot, von verschiedenen Seiten sich nähernd, in Abstand von wenigen Metern aneinander vorüber, als plötzlich bei dem einen Fahrzeug das Großsegel umfiel und eine in diesem fahrende Dame über Bord gerieten wurde. Bei dem starken Winde und der Schnelligkeit der Fahrt wurde das Boot weit fortgetrieben und die Dame wäre zweifellos verloren gewesen, wenn nicht ein Infolge des zweiten Bootes mit voller Kleidung sich in die hochgehenden Wellen gestürzt hätte. Es gelang dem Schwimmer, die Gefährdete zu fassen, doch wurde die Situation für den mutigen Lebensretter um so schwieriger, als die Dame sich an ihren Retter anklammerte und ihn mit in die Tiefe zu ziehen drohte. Als nun gar die Dame noch von einem Sturmpflanzenlast erfaßt wurde, erschien jede Rettung fast unmöglich. Die Lage der beiden Personen war eine um so gefährlichere, als bei dem starken Gegenwinde sich andere Boote nur langsam der Stelle zu nähern vermochten. Endlich gelang es doch den in Folge der äußersten Anstrengung völlig erschöpften Retter und die inzwischen bewußtlos gewordene Dame in einem der Boote aufzunehmen. Beide Personen wurden nach Voelshof gebracht, wo Hunderte von Zuschauern den aufregenden Vorfall beobachtet hatten.

Dem Nationaldenkmal im Viktoriapark abgeführt ist Sonntag nachmittags die 10jährige Erna Wirth, deren Eltern in der Tegeler Straße 4 wohnen. Das Mädchen war mit mehreren Schulfreundinnen nach dem Viktoriapark gegangen und dort bestiegen die Kinder die Freitreppe des Denkmals. Die W. verlor das Gleichgewicht, stürzte die kleineren Stufen hinab und blieb beschwunden am Fuße des Denkmals liegen. Das Mädchen hatte eine schwere Gehirnerschütterung, Verletzungen an Armen, Beinen und am Kopf davongetragen und wurde von der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, woselbst ihr die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt. Der Zustand der Verunglückten ist ein hoffnungsloser.

Bei der Malfest im Rose-Theater, Badstr. 68, wurde gefunden ein Regenschirm; bei Ballschmied, Badstr. 18, ein kleiner Koffen, Schlüssel und ein Armband. Zu erfragen bei H. Raschke, Alsterstraße 30, Expedition. — Ebenfalls bei der Malfest bei Ballschmied sind für 200 M. Weintragsmarken der Freien Jugendorganisation gefunden worden. Dieselben sind in der „Vorwärts“-Expedition, Stettiner Straße 10, abzuholen.

Radrennen zu Steglitz. Der am Sonntag ausgefahrene „Große Frühjahrspreis“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer, wurde von Bruno Demke in überlegener Weise vor seinen Gegnern Goor, Robl und Walthour gewonnen. Demke, der zurzeit auf der Höhe seines Könnens ist, fuhr vom Beginn ab, es folgten Goor, Robl und Walthour. Letzterer kommt schon in der 4. Runde von seinem Motor ab, wird in der 6. von Demke überhundet und fällt endgültig auf den letzten Platz, ohne nie im Rennen zu sein. Damit blieben nur Goor und Robl übrig und zwischen ihnen kam es zeitweilig zum Kampf um den zweiten und dritten Platz. In der 7. Runde geht Robl vor dem Belgier und lange Zeit bleibt das Rennen in unverständlicher Folge. Endlich in der 10. Runde glückt dem Belgier ein Vorstoß und er erobert sich den zweiten Platz. Robl fährt zusehends langsamer und läßt ziemlich zwei Runden an Goor ein, als dessen Motor in der 14. Runde verlagert und er auf den dritten Platz fällt. Doch mit Ausbietung aller Kräfte arbeitet sich Goor vorwärts, passiert in der 17. Runde Robl das erste Mal und ist von der 19. Runde ab wieder Zweiter mit 5850 Meter Abstand von Demke, Robl 6000 Meter, Walthour 20 000 Meter zurück. — Einen ähnlichen Verlauf hatte das 80 Kilometer-Rennen. Hier war B. Huber—Rürnberg Sieger vor Feiny (1900 Meter), Gledermann (8080 Meter), Breuer (3820 Meter) und Högler (5080 Meter) zurück. Der letztere, der zum Beginn die Führung hat, erleidet bereits in der 5. Runde Motordefekt und scheidet somit aus dem Rennen. Er kämpft zwar gegen den Schluß tapfer, doch ist sein Schicksal besiegelt. Die anderen spielten keine Rolle, am wenigsten Breuer. Gledermann wurde wegen Verspätet gegen die Bahnbestimmungen

bisanzisiert und muß sich mit dem letzten Platz begnügen. — Die Fliegerrennen waren, wie immer, sehr interessant und führten zu starken Feldern an den Start, daß zahlreiche Vorläufe notwendig waren. Den Preis von Steglitz gewann Wegener knapp vor Peter, Carraperzi und Stabe. Im Prämienfahren siegte Scheuermann vor Teckmer und Contab, während Rabe, Ganzevoort, Erleben, Kibel und Pawle Prämien erhielten. Das Vorgabefahren brachte einen Sieg der Kugensieker. Ganzevoort (180 Meter), Thoma (200 Meter), Saldow (160 Meter) und Knit (200 Meter) gingen in weitem Abstand durch das Ziel. — Das Landefahren gewann Scheuermann—Wegener vor Contab—Althoff, Redela—Teckmer und Stol—Peter.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 6. Mai, 7½ Uhr, veranstaltete der königliche Musikdirektor Bernh. Jürgang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fr. Gerz. Reiser (Alt), Herrn Alf. v. Hoffard (Tenor) und Herrn Walter Kray (Violine). U. a.: v. Orgelkonzerte von Guilmant, Santalati—Erien und Quette von Seb. Bach. Der Eintritt ist frei!

Zu rekonvaleszieren. Am 27. April er. ist in Schlattensee die Leiche einer unbekanntens circa 18 bis 20 Jahre alten Frauenperson angeschwemmt. Dieselbe ist circa 1,40 Meter groß und dunkelblond. Besselt war dieselbe mit dunkelgrauem Kostüm, weißer Waise, weißer Unterwäsche, weißen Strümpfen, gelben Sandrißchen und schwarzblauem Gürtel, in der Mitte mit einem weißen Streifen. An Schmutzgegenständen trug sie ein Armband und eine Uhrkette. Rekonvaleszenten wollen sich beim Amtsvorsteher in Zehlendorf, bei der hiesigen Kriminalpolizei oder in den Polizeireviere melden. Am 30. April er. wurde in Charlottenburg die Leiche einer 60 bis 60 Jahre alten Frauenperson aus der Spree gelandet und nach dem dortigen Leichenschauhaus geschafft. Die Leiche ist 1,55 Meter groß, schwächlich, hat grau meliertes Haar, spitze Nase, Zahnflügel und war bekleidet mit schwarzer Taille, schwarzem Jackett mit grauem Kragen und weißem Hemd, gez. B. N. und hat circa 3 bis 4 Monate im Wasser gelegen. Rekonvaleszenten wollen sich bei dem Polizeipräsidium in Charlottenburg melden.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagabend kam ein sehr gefährlicher Brand am Reibemweg 80 zum Ausbruch. Die Feuerwehr, von mehreren Seiten alarmiert, war bald in großer Stärke vor Stelle. Im Keller brannten Bretter, alter Hausrat, Türen, Fenster usw. Undurchdringlicher Qualm füllte die Treppen. Unter den Hausbewohnern herrschte eine förmliche Panik, weil die Treppen nicht zu passieren waren und Kinder sich noch ohne Aufsicht in den Wohnungen befanden. Ueber Gassenleitern drangen die Feuerwehrmänner vor und in den Wohnungen ein. Im dritten Stock wurde ein 3½-jähriges Baby in einem verqualmten Zimmer vorgefunden und in Obhut genommen. Andere Feuerwehrmänner drangen mit Sauerstoffhelmen ausgerüstet bis zum Brandherd im Keller vor. Schließlich gelang es, den Brand auf den Keller zu beschränken. Die Entscheidung des Feuers ist nicht ermittelt. — Zweimal hatte die Feuerwehr unter den Linden zu tun. Das erstmal brannte Nr. 27 ein Keller und das zweite mal vor dem Hause Nr. 47 eine Benzin-Automobilbrücke. Auch in der Blumenstraße hatte der 12. Zug zweimal zu löschten. Nr. 8 brannten Schalbeden und Fußboden und Nr. 12 Betten, Gardinen usw. Ferner wurden Kellerbrände in der kleinen Hamburger Straße 12, Wiener Straße 49 und an anderen Orten gelöscht. In der Markgrafenstr. 20 brannten Regale und Stroh, in der Landsberger Allee 130 Wäsche, Körbe usw., in der Friedrichstr. 235 Fußboden und Balkenlagen, auf dem Roabitter Güterbahnhofe Pechföhlen.

Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag ununterbrochen zu tun. Besonders abends liefen zahlreiche Alarme ein. Um 9 Uhr nicht weniger als 10 verschiedene Feuermeldungen. U. a. brannte in der Reffelstr. 38 eine Wohnung, wobei eine Frau in großer Gefahr schwabte. Zum Glück wurde die Gefahr beseitigt, und es gelang den Hausbewohnern, die schon halbverbrannte Frau aus der Wohnung herauszuholen. Von den vielen Bränden sind besonders zwei, bei denen es gelang, festzustellen, daß sie vorsätzlich angezündet worden waren, bemerkenswert. Am Sonntag früh um 6 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Friedrichstr. 197 gerufen. Dort war in der Aushofstr. von Mörde Feuer ausgebrochen. Als die Feuerwehr in die Räume einbrach, brannte es an mehreren Stellen, die räumlich voneinander getrennt waren. Es brannten Regale, Alfen, Schalbeden usw. Durch kräftiges Wassergeben gelang es dem 10. Zuge, die Flammen zu löschten. Der Befund ergab, daß das Feuer vorsätzlich an mehreren Stellen angelegt worden war. Bei der näheren Untersuchung wurden dann auch noch mehrere Brandherde vorgefunden. Auch zwischen mehreren Alfen wurden Kohlenanzünder entdeckt. Die Kriminalpolizei wurde von diesen überraschenden Funden in Kenntnis gesetzt. — Eine weitere Brandstiftung beschloßte nachmittags die Wehr um 5 Uhr in der Bornsdorfer Straße 6. Als die Feuerwehr dort eintraf, brannten in einer Küche Spind und der Fußboden, und in einem Wohnzimmer Ketten, die vorher mit Benzol begossen worden waren. Die Wehr war aber schnell zur Stelle gewesen. Noch bevor der Brand eine größere Ausdehnung erlangt hatte, war die Feuerwehr am Brandorte und dann schnell Herz besoffen. Die Wohnungsinhaber waren nicht zu Hause. Auch in diesem Falle wurde die Kriminalpolizei von dem Ergebnis der Ermittlungen benachrichtigt.

Später wird gemeldet: Der Verdacht der Brandstiftung gegen den Kaufmann Bruno Lingl und dessen Vertreter Alwin Wendt hat sich durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei derart verstärkt, daß beide gestern vormittags nach Roabitz in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurden. — Die Brandstiftung in der Bornsdorfer Straße wird der Wohnungsinhaberin Wilhelmine zur Last gelegt, da das Fräulein bisher noch nicht wieder in ihre Behausung zurückgekehrt ist. Die Kriminalpolizei forscht eifrig nach der Verhaftung der Brandstiftung.

Die im Berliner Aquarium lebenden eingetroffenen Sendungen führten den Marinern eine ganze Reihe Meerestische zu, von denen verschiedene ein besonderes wirtschaftliches und biologisches Interesse besitzen. Ein seit der Zeit der alten Römer schon wegen seines zarten, wohlschmeckenden Fleisches hochgeschätzter und zu jener Zeit als ausgesuchte Delikatesse geltender Stachelkoffer ist der Seewolf oder Seebarsch, ein stacheliger grau-grüner, am Bauche silberweißer Fisch, der im Mittelmeergebiet zahlreich auftritt, nach Norden hin allmählich seltener wird, aber neuerdings auch auf unsere Fischmärkte gekommen ist, so daß er unsere Beachtung verdient. Ein auch sehr wohlschmeckendes Fleisch besitzender, aber seiner schlümmen Stacheln wegen von den Fischern eher gefürchteter als geschätzter und als Speisefisch wenig Verwertung findender Flossenträger ist die zur Familie der Drachen- oder Iperfishische zählende Drachenaule oder das Petermännchen (Trachinus), ein bis zu ½ Meter lang werdender Fisch von hohem wissenschaftlichem Interesse und wohl einzig dastehender Eigenart, indem er Giftbrüsen besitzt, deren Absonderung in die durch die wiederleg- und aufrichtbaren Stacheln der ersten Rückenflosse den Menschen und Tieren gerissenen Wunden eintritt und schlimme Schwellungen und Zustände herbeiführt, bei kleineren Tieren sogar tödliche Folgen hat.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Wupper Gebrendt. Zunächst erstattete darauf Genosse Kister den Rassenbericht für das erste Quartal. Dieser weist bei einer Einnahme von 1868,88 M. und einer Ausgabe von 1707,04 M. einen Bestand von 66,84 M. auf. An den Kreis wurden 1242,21 M. abgeführt. Hierauf referierte Genosse A. Fendel über „Der Reichsverband“. Redner gab zunächst einen Überblick auf die Entstehungsgeschichte desselben. Aus der Angst vor der Sozialdemokratie nach dem Ausfall der Wahlen von 1908 geboren, trat dieses Gebilde politischer Grundlosigkeit ins Leben. Vereitwilligst Geburtskräfte leisteten

famliche Bürgerliche Parteien, die in diesem Wechsel-  
habe die einzige Möglichkeit erblickten, der Sozialdemo-  
kratie Herr zu werden, da sie noch den trübten Er-  
fahrungen von 1890 absolut kein Vertrauen trugen, es noch  
einmal mit der Bildung eines Kartells, bestehend aus sämtlichen  
bürgerlichen Parteien, zu versuchen. Nach einer heftigen Kritik der  
Kampfweise des Reichsverbandes, deren Gemeinheit und Nieder-  
trächtigkeit er an einer Reihe von Fällen vor Augen führte, be-  
schäftigte sich Redner ausführlich mit der die „geistige Leitung“ des  
Lügenverbandes darstellenden Person des Herrn v. Liebert, wobei  
sowohl dessen Eigenart als auch seine politischen Fähig-  
keiten gleichermaßen eine angemessene Würdigung erfuhren. Ebenso  
brandmarkte Genosse Fendel mit fräftigen Worten die politische  
wie allgemeine Charakterlosigkeit der agitatorisch „iätigen“  
Reichsverbands-Tagelöhner. — Nach dem Verfall auf-  
genommenen Vortrage wies Genosse Küter mit einigen Worten  
auf den am Orte bestehenden „Moniteur“ des Reichsverbandes  
den „Schöneberger Generalanzeiger“ hin, der schon mehr als ein-  
mal es versucht habe, durch Fälschungen im Stile des Lügenverbandes  
gegen Schöneberger Genossen den Beweis für seine politische Be-  
deutung zu erbringen.

Unter Vereinsangelegenheiten teilte Küter mit, daß die nächste  
Verbandsgeneralversammlung am 17. Mai stattfinden; er schlug vor,  
die Delegierten dazu, elf an der Zahl, in den Bezirken zu wählen.  
Dem wurde zugestimmt und die Wahl der Genossen gleich im voraus  
bestätigt. — Weiter wurde auf Anregung des Genossen Bierdt der  
Lokalkommission aufgegeben, wegen der Saalverhältnisse im  
Restaurant des „Neuen Schauspielhauses“ die notwendigen Schritte  
einzuleiten.

Zum Schluß wurde ein aus der Mitte der Versammlung ge-  
stellter Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung  
einen Vortrag über das Thema „Alkoholisismus“ zu setzen, abgelehnt  
mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlarbeiten.

### Wilmersdorf-Galensee.

Künftig wird zur Kenntnis gebracht, daß in der Zeit vom 9., 10.  
und 11. Mai, von morgens 8 bis abends 7 Uhr im Wahlbureau,  
Lauenburgerstraße 19 part., die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen.  
Wir machen darauf aufmerksam, daß jeder Wähler sich davon zu  
überzeugen hat, ob sein Name in die Liste eingetragen ist.

Wer in die Liste nicht eingetragen ist und die Nachtragung nicht  
veranlaßt, geht seines Wahlrechtes verlustig.

Die Zeit der Auslegung ist für jeden Wähler günstig. Versäume  
daher keiner seine Pflicht.

### Steglitz.

Die Wäherversammlung unserer Gemeindevertreter wählte zum  
Nachfolger des besetzten Schöpfen Dr. Behendorf, der bekanntlich  
jetzt Gemeindevorsteher von Lanthow ist, den Stadtrat  
Fabianus aus Köpenick mit 19 von 22 abgegebenen Stimmen.  
Der Antrag unseres treulichen Nachwählers zu dem Bildungsin-  
stitut, genannt „Gemeindegewerkschule“, war zu Ostern d. m. n. h. hier,  
daß eine Ueberführung der vorhandenen Klassen eintrat. Die Ge-  
meindevertretung stimmte deshalb der Neuerrichtung einer Klasse  
zu, wodurch nunmehr eine Schülerzahl von „nur“ 40 bis 45 pro  
Klasse erreicht ist. Auch bei dieser Zahl weicht man nicht, was mehr  
zu bedauern ist: Die Kinder oder die Lehrpersonen. Daß über die  
Sorge um die Volksschüler die höheren Bildungsanstalten nicht  
vergessen werden, zeigte die Bewilligung von 600 000 M. zum Neu-  
bau eines Realgymnasiums. Diese Schule wird 24 Klassen ent-  
halten mit den bei solchen Anstalten üblichen Zeichen- und Physik-  
sälen, Bibliotheksräumen, Konferenzzimmern usw., außerdem eine  
Direktion, und zwei Schulbibliotheken. Eine Wandelhalle ge-  
staltet den Schülern auch bei schlechtem Wetter, sich in den Pausen  
die nötige Bewegung zu verschaffen. Der Fußboden und die  
Paneele erhalten Linoleumbelag. Die Ausstattung bleibt demnach  
nicht weit hinter derjenigen unserer Gemeindegewerkschule zurück.  
Der Bau soll bereits am 1. Oktober nächsten Jahres fertig sein. Ver-  
mutlich ist eine gemeinsame Einweihungsfeier mit unserer —  
Badeanstalt geplant. Das würde dann eine Ueberdeckung  
für unsere Dorfbesohner geben, die bisher der Reinigung waren,  
daß unsere Badeanstalt in bezug auf die Länge der Bauzeit mit  
dem Kölner Dom in Konkurrenz treten würde.

Selbstmord durch Erhängen verübte in der Nacht vom Sonn-  
abend zum Sonntag der Maurer Heinrich Beer. Am Sonnabend-  
abend war L. noch bis gegen 11 Uhr in einem Restaurant und  
unterhielt sich in anscheinend bester Laune mit den übrigen Gästen.  
Bei seinem Weggange äußerte er, daß er sich jetzt aufhängen wolle,  
was natürlich niemand für ernst nahm. Am Sonntagmorgen ent-  
deckte ein Spaziergänger seine Leiche an einem Baume auf dem  
Neyschen Gelände.

### Lanthow.

Ein neuer Herr ist seit einigen Wochen in unsere Gemeinde  
eingezogen, um fürderhin die Geschäfte derselben zu leiten. Dem  
bisherigen Gemeindevorsteher, der lange Jahre dieses Amt be-  
kleidete, mag wohl die Erkenntnis gekommen sein, daß weder sein  
Können, noch sein Wissen ausreichten, um auch weiterhin die  
Führung der Geschäfte einer solchen sich außerordentlich rasch ent-  
wickelnden Gemeinde erfolgreich übernehmen zu können.

Der Anfang seiner Amtstätigkeit reicht noch in die Zeit  
zurück, da Lanthow fast ausschließlich noch ländlichen Charakter  
trug. Der echte Typus eines märkischen Großbauern mit einem  
Einschlag bäuerlicher Ökonomie war der bisherige Gemeindevor-  
steher ein wohl in allen Kreisen persönlich geachteter Mann.

Von der praktischen Verwaltung einer Gemeinde, ihren  
kulturellen und sozialen Aufgaben hatte er keine Ahnung; die  
notwendigsten Geschäfte wurden von den Subalternbeamten der  
Gemeinde recht und schlecht erledigt. Trotz seiner langen Amts-  
zeit mögen ihm wohl die vielfachen Gesetze, Verordnungen und  
Anweisungen auf verwaltungsmäßigem Gebiet meist wieder mit  
heben Stegeln geblieben sein. Daß er — wie kostbare Leute be-  
haupten — nicht einmal das Titelblatt der Landgemeindeordnung  
gesehen habe, glauben wir nicht. Wenn ihm auf der einen Seite  
bezüglich seiner Verwaltungstätigkeit infolge mangelnder Lichtig-  
keit recht enge Grenzen gezogen waren, so kann nicht geleugnet  
werden, daß dieser Mangel mehr als ausgeglichen wurde durch  
eine ungemein feine Witterung für alles, was dem Grundbesitz  
von Vorteil und Nutzen sein konnte; ist er doch selbst einer der  
größten Grundbesitzer in der Gemeinde. Um nun nach dieser  
Richtung hin nicht gänzlich aus dem Geleise zu kommen und viel-  
leicht den Anschluß zu vergessen, hat Herr Dilgès es nicht ver-  
saunt, sich nun zum Schöpfen der Gemeinde wählen zu lassen.  
Als neuer Gemeindevorsteher und zugleich Amtsvorsteher wurde ein Herr  
Dr. Behendorf, vormals Schöffe im benachbarten Steglitz für eine  
Zeitenleistung von 10 000 M. pro Jahr gewonnen. Man rühmte  
ihn nicht nur als einen tüchtigen praktisch erfahrenden Verwaltungs-  
beamten, sondern man hatte über ihn auch das Gerücht verbreitet,  
daß er für die sozialen Aufgaben und Bedürfnisse einen offenen  
Blick habe und der arbeitenden Bevölkerung ein gewisses, wenn  
auch vielleicht nicht ausschweifend großes Wohlwollen entgegen-  
bringe. Wenn aber Maria Stuart vor sich sagen konnte: „Ich bin  
besser als mein Ruf“, so kann man heute schon von dem neuen  
Gemeindevorsteher in Lanthow behaupten: er ist erheblich  
schlechter als sein Ruf.

Nicht etwa deshalb, weil er gleich im Beginn seiner neuen  
Laufbahn mit der zwar sehr gemüthlichen, aber doch etwas ur-  
wüchsigen bäuerlichen Form des Gemeindeparslamentarismus un-  
räumte, schließlich auch nicht deshalb, daß er sofort die Rede-  
freiheit in einer Weise be- und einschränkte, daß die bürgerlichen  
und sonstigen Gemeindevorsteher vor Schrecken fast die Mundperre  
bekamen — sondern aus dem Grunde, weil sein amtliches Präsidium  
gleich mit einer politisch und sozial reaktionären und  
arbeiterfeindlichen Tat einsetzte. Bekanntlich waren bei  
den letzten Gemeindevorwahlen in unserem Orte die Genossen  
Theurzig und Madick in der 3. Klasse mit erheblicher  
Majorität gewählt worden. Dies unerwartete Ergebnis hatte auf

die Gegner der Sozialdemokratie eine niederschmetternde Wirkung  
ausgeübt und alle möglichen Mittel und Wege wurden versucht,  
den Einzug der beiden Genossen in die Gemeindevorstellung zu  
verhindern. Protest auf Protest gegen die Gültigkeit der Wahl  
liefen von den bürgerlichen kommunalen Vereinen ein und die  
Gemeindevorstellung hatte sich unlängst mit denselben zu befaßen.  
Sie hat nun tatsächlich, so unglücklich es klingen mag, mit Zu-  
stimmung und unter der eifrigen Mitarbeit ihres neuen Oberhirten  
die Wahlen der 3. Klasse für ungültig erklärt. In der vorigen  
Woche bekamen die beiden Genossen folgenden Beschluß zugestelt:  
„Ihre von der 3. Klasse am 11. März er. vorgenommene  
Wahl zum Gemeindevorstand hat die Gemeindevorstellung durch  
Beschluß vom 24. d. M. für ungültig erklärt, da die festge-  
setzte Wahlzeit eine durchaus unzureichende ge-  
wesen ist und als unzureichend bei der Einladung  
zur Wahl hätte erkannt werden müssen.“

Man sagt sich an den Kopf und fragt unwillkürlich, wie es  
denn möglich sei, daß eine öffentliche Körperschaft mit solch ge-  
suchten, den Gemeindevorstand und sie selbst beschämenden  
Gründen vor die Öffentlichkeit zu treten wagt.

Die Wahl hat wie früher, von 6—8 stattgefunden. Während  
vor 2 Jahren bei einer geringeren Wählerzahl der Wahllast  
erst um 10 Uhr beendet war, konnte derselbe in diesem Jahre  
bei einer größeren Anzahl Wähler bereits um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr ge-  
schlossen werden!

Den einen Wahlprotest, der sich darauf stützte, daß die gleich-  
zeitige Vornahme von Ergänzungs- und Neuwahlen angeblich  
den gesetzlichen Vorschriften nicht entspreche, hatte die Gemeindevor-  
stellung abgelehnt, weil sonst auch die Wahlen der 1. und  
2. Klasse laßiert werden müßten. Und da in diesen keine Sozial-  
demokraten sondern honnette und gleichgesinnte Leute sitzen, so  
wollte man dies Odium nicht auf sich laden. Man mußte  
deshalb nach anderen „Gründen“, suchen um wenigstens  
vorläufig die beiden unbehaglichen und wahrscheinlich auch  
manchem Lanthower Gemeindevorsteher unangenehmen Ver-  
treter des Proletariats los zu sein. Herr Dr. Behendorf hat in  
diesem Kampf gegen das Recht seinen ganzen Einfluß geltend  
gemacht, die „Gründe“ der Gemeindevorstellung mit seinem Namen  
gedeckt und damit gleich im Anfang seiner Amtstätigkeit jene Be-  
hauptung, als sei er ein sozial denkender und den gerechten Be-  
strebungen der Arbeiterschaft wohlwollend gegenüber stehender  
Mann, als erstklassiges Phantasieprodukt selbst gelan-  
zichnet. Die Lanthower Arbeiter werden mit Mißtrauen die  
weitere Tätigkeit des neuen Gemeindevorstehers weiter verfolgen.  
Das Verwaltungsvorverfahren, das nunmehr eingeleitet wird,  
dürfte voraussichtlich mit einer Niederlage der Gemeindevor-  
stellung und ihres juristischen Beschützers enden.

### Vorsigwalde-Wittenau.

Unter dem Verdad, das Sittlichkeitsverbrechen an der sechs-  
jährigen Tochter Martha des Handwerkers Reinick aus Wittenau  
vor einigen Tagen auf dem Felde bei Reinickendorf verübt zu haben,  
wurden vorgeführt die zwei polnischen Erbauer, der 24jährige  
Konstantin Stombeck und der 19jährige Stanislaus Bialac, in  
Panlow verhaftet. Der letztere mußte vorläufig freigelassen werden,  
weil Zeugen ansagten, daß er zu der angegebenen Zeit nicht in  
Wittenau gewesen sein könnte.

### Friedrichshagen.

In öffentlicher Gemeindevertretersitzung teilte der Gemeindevor-  
steher mit, daß von den Adjazenten der Lindenallee, deren  
Grundstücke mit der Vorderfront an der Köpenicker Straße gelegen  
sind, die Zahlung der Kanalisationsgebühren verweigert wird mit  
der Motivierung, daß dieser Teil der Straße Eigentum der Ge-  
meinde sei. Da aber die Grundstücke der betreffenden Eigentümer  
mit der Hinterfront Ausgänge nach der Lindenallee haben und  
diese zur Müllabfuhr usw. benutzt werden, empfehle es sich, bei  
fortgesetzter Zahlungsverweigerung der Kanalisationsgebühren den  
in Frage kommenden Teil der Lindenallee durch Aufstellung eines  
Baumes vor öffentlicher Benutzung abzuschließen. Die Gemeinde  
hat die Pflicht, sich denjenigen gegenüber, die sich der Lasten ent-  
ziehen wollen, auf den Rechtsstandpunkt zu stellen. Die Vertretung  
beschloß einstimmig, der Gemeindevorstand möge mit den betreffen-  
den Eigentümern noch einmal in Verhandlungen treten, um auf  
friedlichem Wege eine für beide Teile befriedigende Lösung herbei-  
zuführen. Beharren jedoch die Eigentümer bei der Zahlungsver-  
weigerung, so wird die Vertretung in einer späteren Sitzung end-  
gültigen Beschluß fassen. Weiter teilte der Gemeindevorsteher mit,  
daß gegen die beschlossene Pflasterung der Kastanienallee von den  
Anliegern mit drei Ausnahmen energischer Protest erhoben ist.  
Zunächst ist über die schlechte Beschaffenheit, über das „Schlamm-  
bad“, den „Moortweg“ in der Kastanienallee geklagt, jetzt nun, wo  
die Anlieger zu den Pflasterungskosten herangezogen werden, wollen  
sie von der Pflasterung nichts wissen, sondern wünschen den  
„ihaltlichen“ Zustand beizubehalten. Wenn sich unter diesen Um-  
ständen die Pflasterung auch etwas verzögert, stattfinden wird sie  
aber doch — gegen den Willen der Anlieger. Die Ausführungen  
des Gemeindevorstehers fanden die lebhafteste Zustimmung der Ver-  
tretung. In geheimer Sitzung wurde über die Umänderung des  
Kanalisationsbureaus und die Verschönerung eines Beamten in den  
Ruhestand Beschluß gefaßt.

## Aus der frauenbewegung.

### Ein anerkennendwerter Entschluß.

In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des  
Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht vom 20. April wurde  
nach einem kurzen Referat der Vorsitzenden über die politische  
Lage in Preußen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Mittwoch den 20. April 1908 im Café Austria ver-  
sammelten Mitglieder der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Ver-  
bandes für Frauenstimmrecht beschließen, bei den bevorstehenden  
Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus nur solche Kandidaten  
zu unterstützen, die eine bindende Erklärung abgeben, daß sie im  
Parlament für die Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten  
und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen zu allen ge-  
setzgebenden Körperschaften energisch eintreten wollen.“

An alle in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rigsdorf und  
Teltow-Beeskow aufgestellten Kandidaten der bürgerlichen Parteien  
waren Fragebogen gefaßt worden mit dem Zweck, daß wir die  
Kandidaten, die unsere Fragebogen nicht beantworteten, als Gegner  
der Forderung des Frauenstimmrechts betrachten würden.

Die Fragen lauteten also:

Was geben Sie im Falle Ihrer Wahl zum preussischen  
Abgeordnetenhaus zur Erreichung dieses Ziels zu tun?

a) Werden Sie einen Antrag auf Einführung des all-  
gemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer  
und Frauen im Parlamente stellen? oder

b) Werden Sie einen von anderen Parteien oder Personen  
gestellten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen,  
direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen  
unterstützen und befürworten?

Nur zwei Kandidaten, die Herren R. S. Witt-Wannsee und  
Dr. Breitscheid-Wilmersdorf, haben alle drei Fragen rückhallos  
mit ja beantwortet, zwei volksparteiliche Kandidaten beantworteten  
nur die Frage der prinzipiellen Zustimmung zu unserer Forderung  
mit ja. An die sozialdemokratischen Kandidaten wurden keine  
Fragebogen geschickt, da es selbstverständlich ist, daß sie für unsere  
Forderung eintreten.

Die Mitgliederversammlung beschloß infolgedessen einstimmig,  
daß es den Mitgliedern zur Pflicht zu machen ist, nur sozialdemo-  
kratische Kandidaten oder die zwei bürgerlichen Kandidaten Witt  
und Dr. Breitscheid zu unterstützen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Dienstag, 5. Mai, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Öffentliche Versammlung im  
Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. Vortrag: Frau R. Key:  
„Welches Interesse haben die proletarischen Frauen an den Auf-  
gaben des preussischen Landtages?“

Rigsdorf. Mittwoch, 6. Mai, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152:  
Generalversammlung. Vortrag und Stellungnahme zur Auf-  
lösung des Vereins.

Freiburg. Dienstag, 5. Mai, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Rheinshof: Vortrag:  
Genosse Kaspar.

Reinickendorf. Mittwoch, 6. Mai, bei Grander, Goppestraße 24:  
Vortrag: Dr. Erdono: „Blinddarmentzündung, deren Ent-  
stehung und operationslose Behandlung“.

### Vermischtes.

#### Ehe tragödie in einer Freiherrnfamilie.

Auf dem Schlosse Uddenberg bei Büren, Kreis Dortmund,  
hat in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend die Freifrau  
v. Ruegelen ihren Gatten erschossen und sich dann selbst einen  
Schuß beibracht. Als Grund zur Tat wird einer Meldung aus  
Dortmund zufolge Eifersucht angegeben.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ meldete am Sonnabend  
über diesen Vorgang: Die Freifrau lebte um 2 Uhr noch, ist  
jedoch nicht vernunftfähig. Die Freifrau ist eine Tochter der  
in Berlin wohnenden Majoreswitwe v. Strombeck. Freiherr Udo  
v. Ruegelen hielt sich meistens in Dortmund auf und war  
vor drei Tagen von einem achtstägigen Aufenthalt von dafelbst zurück-  
gekehrt. Berrückte Vermögensverhältnisse in Verbindung mit Eifer-  
sucht sollen die Ursachen der Tat sein. Der Baron war in großer  
Geldverlegenheit. Zahlreiche Gläubiger konnten keine Zahlungen  
mehr erhalten. Die Freifrau ist tödlich verwundet und wurde  
bereits von den Ärzten aufgegeben. Freiherr v. Ruegelen ist von  
Frankenhausen in Thüringen gebürtig, wo seine Mutter noch lebt.

Nach einer neueren Meldung ist die Schwerverletzte am Sonntag  
früh gestorben.

Erdbeben. Eine Meldung aus Hamburg besagt: In der Nacht  
zum 3. Mai verzeichneten die Apparate der hiesigen Dampfstation für  
Erdbebenforschung ein Erdbeben von mäßiger Stärke in 8700 Me-  
ter Entfernung, Beginn der Aufzeichnung 2 Uhr 0 Minuten  
27 Sekunden. Dauer zwei Stunden.

Zu Eisenbahnen erschossen. Nach einer Meldung aus Swine-  
münde erlöschte sich Sonntagmorgen zwischen 12 und 1 Uhr im Berliner  
Juge zwischen Swinemünde und Heringsdorf ein dem Mittelstrande  
angehöriger ungefähr 25 Jahre alter Passagier. Der Tod trat im  
Swinemünder Krankenhaus ein; die Personlichkeit ist unbekannt.

Opfer der Grube. Wie aus Königsblütte berichtet wird,  
wurden auf der „Raggrube“ bei Königsblütte beim Pfeilerabbau  
drei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen ist tot, die beiden  
anderen wurden schwer verletzt geborgen; an ihrem Aufkommen  
wird gezweifelt.

Der Blitz im Kirchturm. Nach einer Meldung aus Landau (Pfalz)  
schlug in Oberlustadt der Blitz während eines schweren Gewitters in  
den Turm der Simultankirche und zündete. Der Turm brann aus,  
das Langschiff der Kirche wurde unter schwerer Arbeit der Feuerweh-  
retter.

In den Flammen umgekommen. Eine furchtbare Nachricht kommt  
aus New York. Das Hotel Adelphi, das größte Gasthaus der City,  
ist vollständig niedergebrennt. 25 Personen erlitten den Tod in  
den Flammen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde des Anwalts Dr. J. zweiter  
Dorf, dritter Eingang, der Treppen, Fabeckstr. 10  
wöchentlich abends von 7 $\frac{1}{2}$  bis 9 $\frac{1}{2}$  Uhr. Gestern 7 Uhr  
Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein  
Buche und eine Zahl als Zeugniss beigefügt. Schriftliche Antwort  
wird nicht erteilt. Alle Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Huffal. Rein: Ihre Eltern können gegen den Blitz fragen. — S. 2.  
S. Anred. Besprechung müßte der Tochter ein Pfleger bestellt werden.  
Die Besprechung wäre vorhandenen Gläubigern gegenüber möglich. Der  
Vertrag ist vor einem Notar oder vor Gericht zu schließen. Bestimmte An-  
wälte usw. zu empfehlen, können wir grundsätzlich ab. — S. R. Köpenick.  
Rein: Der Vertrag bleibt bestehen, wenn der Blitz nicht auf eine frühere  
Lösung einget. — R. R. 73. Werden Sie sich an einen Leiter einer  
Handwerkerhalle. — R. M. Die Beschaffung des Überlaufes findet dort  
Tag der Veräußerung der Straße ab statt. — Anna 2. M. 1. Beides.  
2. Die Forderung ist eine bevorrechtigte, inwiefern ist die Frage freilich.  
— O. S. 109. Werden Sie sich an den Vorstand der Handels- und  
Transportarbeiter, Angelufer 15. — R. S. Wir nehmen grundsätzlich be-  
tragliche Empfehlungen ab und müssen es Ihnen anheimstellen, sich an einen  
Arzt zu wenden. — Natur. Solche Anhalt ist uns nicht bekannt. —  
M. 99. Für eine Wirtschaftlerin und Anwaltskanzlei, aber keine ständigen  
Leihbedräge zu zahlen. Die Höhe richtet sich nach der Höhe des Gehalts.  
2. Sechs Wochen 3. Ja. — R. S. 11. Ja. — Einer für viele. Im  
redaktionellen Teil wiederholt dargelegt. Wegen der Beschränkung beim  
Winter ein. — R. 17. Wo man Darlehne erhalten kann, ist  
uns weder nicht bekannt. — R. M. 900. Ja. — S. 2. Rein.

Wirtschaftlicher Marktbericht der hiesigen Nachrichten-Direktion über  
den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch:  
Zufuhr stark, Geschäft lau, Preise für Hammelfleisch unverändert, sonst  
nachgebend. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Ge-  
lückel: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft lebhaft, Preise auf. Rische:  
Zufuhr in lebenden Fischen mäßig, in toten gehäugert, Geschäft matt, Preise  
im allgemeinen nachgebend. Butter und Käse: Zufuhr gering,  
Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und  
Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise schwachend.

### Witterungsübersicht vom 4. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr.- hoch mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wärme- Grad C	Stationen	Barometerr.- hoch mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wärme- Grad C
Swinemünde	764.0	SW	3	6.6	Dabranda	761.8			4.6
Quanduburg	761.0	SE	4	8.2	Petersburg	756.0			2.6
Berlin	763.0	SE	3	8.2	Schlawe	755.0			2.6
Krankau	760.0	1. halb	12	8.2	Berchen	755.0			2.6
Händau	760.0	SW	15	8.2	Carré	759.0			1. halb
Bien	766.0	SW	9	8.2					

### Wetterprognose für Dienstag, den 5. Mai 1908.

Borniegebirg trübe, am Tage etwas läßler mit Regenschauern und  
stetlich frischen östlichen Winden.

#### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand			Wasserstand		
Ort	am 3. 5.	am 4. 5.	Ort	am 3. 5.	am 4. 5.
Wesiel, Müll	306	-10	Scale, Großh.	184	-6
Prege, Unterburg	137	+1	Qabel, Spandau	107	-4
Wesiel, Thora	218	-8	Rathaus	167	-1
Oder, Halldorf	183	-8	Spree, Spremberg	96	0
Strossen	179	-3	Strossen, Beckom	144	-1
Kranfurt	182	-7	Weser, Rindem	68	-9
Wesiel, Erdm.	70	-2	Rindem	141	-10
Randburg	102	-5	Rein, Ranghalsandau	408	-8
Rega, Vordamm	68	-3	Rein	283	+4
Elde, Reitmerg	46	-3	Rein	342	+13
Tredben	-5	+16	Rein, Hüllborn	110	-8
Barby	231	-1	Rein, Berthelm	170	-7
Magdeburg	102	-1	Rein, Arrie	140	-27



Gerichts-Zeitung.

Ein empfehlenswerter Polizeibeamter

mühte sich gestern in der Person des früheren Gemeindevorwärters Georg Weigmann vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. Der auf Freiheitsberaubung und Verleumdung lautenden Anklage lag ein besonders starker polizeilicher „Mißgriff“ zugrunde. Der Angeklagte ist im Oktober v. J. erst vom Militär entlassen worden. Als Militärantwörter fand er bei der Gemeinde Treptow eine Anstellung als Gemeindevorwärters. In dieser hatte er zugleich auch die Befugnisse eines Polizeibeamten auszuüben. Am Morgen des 13. November vorigen Jahres hatte der bei der Berliner Post- und Schließgesellschaft angestellte Privatwächter Franz Lissal ein höchst eigenartiges Abenteuer mit dem Angeklagten zu bestehen. Lissal war nach Beendigung seines Nachtdienstes bis zur Station Treptow gefahren und hatte von hier aus den Weg nach seiner in der Baumhüttenstraße gelegenen Wohnung angetreten. Unterwegs sah er von der nahen Kirche gerade 6 Uhr. Er war gerade im Begriff, seine Taschenuhr zu stellen, als sich ihm von hinten eine Hand auf die Schulter legte. Zugleich wurde er von dem in der Uniform eines Polizeibeamten befindlichen Angeklagten in barschem Tone gefragt, was er hier mache. Als L. ruhig

antwortete, er stelle nur seine Uhr, rief ihm Weigmann in brüllendem Tone zu:

„Im Namen des Gesetzes erkläre ich Sie für verhaftet.“

Der völlig Ueberraschte wachte im ersten Augenblick gar nicht, was er sagen sollte. Als er aber merkte, daß es dem Angeklagten mit der Verhaftung, die er anfänglich für einen Scherz gehalten hatte, ernst war, erklärte er, daß er der Wächter Lissal sei und seit mehreren Jahren in Treptow wohne. Außerdem bot er dem Angeklagten an, sich durch einen im Nebenhaus wohnhaften Wärdmeister zu legitimieren. Der Angeklagte erklärte jedoch kategorisch, daß er sich auf nichts einlasse. Als Lissal sich darauf berief, daß er langjähriger Bürger in Treptow sei, wurde er von dem Angeklagten mit Ausdrücken, wie

Lümmel, Vagabunde u. a.

belegt. Da sich inzwischen eine Menschenmenge angesammelt hatte, ging Lissal schließlich mit dem Angeklagten mit. Als sie eine Straße gegangen waren, fragte Weigmann nochmals nach dem Namen. Nachdem ihm L. nochmals seinen Namen gesagt hatte, erklärte der Angeklagte, er solle nun machen, daß er nach Hause komme. Wegen dieses Vorfalls wurde der überreizte Polizist am 21. November vom Amt suspendiert. Vor Gericht erklärte Weigmann auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er diese Ver-

haftung vielleicht in der Trunkenheit vorgenommen habe, er sei keinesfalls betrunken gewesen. Lissal habe ihn ohne jede Veranlassung angerempelt, woraufhin er durchaus Berechtigt die Verhaftung zwecks Feststellung der Personalien vorgenommen habe. Demgegenüber stand das eideschwurige Zeugnis des L., der den Vorfall, wie mitgeteilt, schilderte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht nahm trotz der gegenteiligen eigenen Angabe des Angeklagten an, daß er bei Begehung der Tat angetrunken gewesen sei. In dieser Trunkenheit habe er vielleicht irrtümlich angenommen, daß er von Lissal angerempelt worden sei. Da in diesem Falle nicht eine vorsätzliche Freiheitsberaubung vorliege, so habe das Gericht deshalb auf Freisprechung erkannt. Wegen Verleumdung wurde L. zu — zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Eigenartig, daß von gleich günstigen Annahmen eines Gerichts zugunsten von Arbeitern leider nie eine Mitteilung gemacht werden kann.

Eingegangene Druckschriften.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Nr. 8, Monatschrift des Bundes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. J. Holtz, v. Schulz, Dr. Fiesch. Verlag: Georg Reimer in Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

- 1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

- Süden bei Glesing, Wassertorstr. 68.
Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/7.
Südosten I (zwischen Adalbert- und Mantuffelstraße) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
Südosten II (zwischen Mantuffelstraße und Gölitzer Ufer) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Walter, Andreaskstr. 21.
Die Kollegen der Firma Dähnhardt, Langestr. 63, sind zu dieser Versammlung geladen.
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litfin, Memeler Straße 67.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei Boeker, Webersstr. 17.
Jede Sargfabrik muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.

- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
Wedding und Moabit: bei Fahrow, Nabenstr. 6.
Obmann für Wedding und Moabit ist Paul Lehmann, Kopenhagener Straße 38.

Bautischler.

- Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Möhring, Admiralstraße 18c.
Osten, Bez. 2: bei Zietz, Warschauer Str. 61.
Norden, Bez. 3: bei Karl Habe, Kopenhagener Str. 74.
Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Sachse, Lindow Str. 26, Bahnhöf Wedding.

Möbelpolierer.

- Osten bei Boeker, Webersstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
Norden bei Günter, Brunnenstr. 96.

Möbelmagazin-Arbeiter und Beizer

bei Grapontin, Zfallter Straße 102.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Rittersstr. 123.

Einsetzer

an Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 7. Die Kollegen der Firma Billig, Suckowwalde, und die Kollegen, die im Februar bei der Firma Mittag gearbeitet haben, ebenso die Kollegen der Firma Laumann, Köthen, sind hierzu besonders eingeladen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 9489L. Amt 4.3014.

Modell- und Fabrik-Tischler

bei Hilgenfeld, Bergstr. 62. Bodenleger im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15. Diese Versammlung beginnt um 8 1/2 Uhr.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Str. 57.

Kistenmacher

bei Baudach, Breslauer Straße 28.

Kammacher

bei Walter, Adalbertstr. 62.

Korbmacher

bei Hoffmann, Kopenstr. 47.

Bürstenmacher

bei Preuß (Hilsebein-Auschauf), Holzmarktstr. 65.

Perlmutter-, Horn- u. Steinußerarbeiter

6 1/2 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher

bei Natteroth, Ritterstr. 32. Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1. Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei Mühle, Mariannenstr. 41.

Maschinenarbeiter

Die Versammlung fällt aus.

Musikinstrumenten-Arbeiter

Die Vertrauensmänner-Versammlung am Mittwoch fällt aus. Am Montag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Festhallen, Andreaskstr. 21, eine Außerordentliche Branchen-Versammlung statt, wozu sämtliche Vertrauensleute erscheinen müssen. Die Branchenleitung.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gummextrakt.) Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charloffenstraße. Groß-Apothek, Bernauerstraße 33. - Wundchen: Behntzen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 110/1\*

Ausnahme-Preise

Table with columns for fabric types (Echt engl. u. Brüssel-Tüll, Prima Spachtel-Tüll, etc.) and prices (2.50, 9.50, 8.75, etc.).

Steppdecken.

Table with columns for fabric types (Seldenlasting, Wollatlas, Excelsior Cloth, etc.) and prices (9 M., 8.50, 5.25, 6.75, etc.).

Vorjährige Muster und Restbestände in Bettdecken aus Erbstüll, Spachtel- und Brüssel-Tüll, Halbstores und Scheiben-Schleier, Bettrückwände mit Volant, Rouleaux, abgepasst und vom Stück, sowie Läufer- und Zierdecken sind jetzt nach dem

Umzuge ca. 40% herabgesetzt.

Teppichhaus

B. Hurwitz

Rotes Schloss vis-à-vis dem National-Denkmal. Parterre und I. Etage.

Zentral-Verband der Maurer

Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zement-Branche. Gruppe: Rapphpuher und Träger. Mittwoch, den 6. Mai 1908, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal V:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Rehbein über: „Die Landtagswahl.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 187/15. Kollegen, agitiert für einen guten Besuch dieser Versammlung. Der Gruppenvorstand.

Steinarbeiter!

Berlin I. Mittwoch, den 6. Mai 1908, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Aussperrung. Sämtliche Ausgelassene und Arbeitslose sowie die in Arbeit stehenden Kollegen sind dringend eingeladen. 171/14\* Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Mittwoch, den 6. Mai 1908, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

Sektions-Versammlung der Lackierer

in „Dräsel's Festhallen“, Neue Friedrichstr. 35. Tages-Ordnung: 182/3. 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Cromwell und die englische Revolution.“ 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

22. Stiftungs-fest

Sonnabend, den 16. Mai 1908 in den Ruffen-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m. Konzert, lebende Bilder, Ball. Um rege Beteiligung ersucht Die Sektionsleitung.

